

Compte-rendu.
de la conférence régionale des ambassadeurs, Le Caire,
3 - 5 mai 1973

Participants

Monsieur le Conseiller fédéral Graber, Chef du Département
Monsieur l'Ambassadeur Thalmann, Secrétaire général
Monsieur l'Ambassadeur Bindschedler, Jurisconsulte
Monsieur l'Ambassadeur Marcuard, Délégué à la Coopération technique
Monsieur le Ministre Gelzer, Directeur suppléant, Service politique Ouest
Monsieur le Ministre Thévenaz, Secrétariat politique
Monsieur le Ministre Moser, Division du Commerce
Monsieur le Ministre Jaccard, Service des Suisses de l'étranger

Monsieur l'Ambassadeur Frey, Le Caire
Monsieur l'Ambassadeur Turrettini, New York (ONU)
Monsieur l'Ambassadeur Casanova, Djeddah
Monsieur l'Ambassadeur Dubois, Beyrouth
Monsieur l'Ambassadeur Dumont, Ammann
Monsieur l'Ambassadeur Grandjean, Ankara
Monsieur l'Ambassadeur Hess, Tel-Aviv
Monsieur l'Ambassadeur Stoudmann, Tunis
Monsieur l'Ambassadeur de Tribolet, Rabat
Monsieur l'Ambassadeur Vallotton, Alger
Monsieur le Chargé d'affaires Roch, Damas
Monsieur le Chargé d'affaires Vogelbacher, Bagdad
Monsieur le Chargé d'affaires Zellweger, Tripoli

Monsieur Indermühle, Service politique Ouest)
Monsieur Simonin, Secrétaire du Chef du Département)
Monsieur Stauch, Le Caire) procès-verbal
Monsieur Stäger, Le Caire)

Excusé:

Monsieur l'Ambassadeur Langenbacher, Addis Abeba

A. Séance du 3.5.1973

(début de la séance à 08 h.30)

M. Graber ouvre la première conférence régionale des Ambassadeurs. Il souligne l'importance qu'attache la Centrale à cette réunion, première du genre; elle éprouve le besoin d'être renseignée complètement et sûrement sur les relations entre la Suisse et les pays arabes. Jamais une conférence classique des Ambassadeurs, telle qu'elle se déroule à Berne, n'offrira une occasion comparable d'approfondir réellement un sujet régional. Il s'agit de mesurer les possibilités pour la Suisse de jouer un rôle utile, mais il est entendu que le réalisme politique oblige à constater qu'il n'y a pas, dans les circonstances actuelles, matière à rapprochement ou à bons offices. Ce qui importe, c'est d'entretenir des relations aussi bonnes que possible avec tous les Etats et ne ménager aucun effort pour capter la confiance de toutes les parties en cause.

La visite officielle à M. Zayyat a offert l'occasion d'entendre la voix officielle de l'Egypte et de créer un réel climat de confiance et de compréhension, sans lequel rien n'est possible.

La Centrale compte sur la participation active de chacun des chefs de mission présents, qui sont priés de faire des exposés aussi denses que concis.

M. Graber excuse MM. Langenbacher et Zellweger (ce dernier devant rejoindre la conférence le lendemain).

1. Le conflit Egypte-Israël

M. FREY

I. Aegyptische Position

Unter dem Schock der Niederlage und bereit, den Realitäten ins Auge zu schauen, hat Aegypten der Resolution 242 des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 zugestimmt, womit es die Existenz des Staates Israel innerhalb "des frontières sûres et reconnues" bejahte. Dabei ging Kairo davon aus, dass auf Grund dieser Resolution und der UN-Charter diese Grenzen diejenigen vom 4. Juni 1967 seien und ihre Sicherheit durch den Mechanismus international-rechtlicher Friedenssicherung garantiert werden müsse. Die ägyptische Auffassung kommt klar in der Antwortnote vom 15. Februar 1971 auf das Aide-Mémoire von Botschafter Jarring vom 8. Februar 1971 zum Ausdruck, nämlich: Wenn Israel sich zum Rückzug seiner Truppen verpflichtet, wird Aegypten sich verpflichten, Friedensverhandlungen aufzunehmen, womit der Staat Israel anerkannt und die Vorkriegslinie zur Staatsgrenze wird.

Kairo ist überzeugt, dass dieses "do ut des" eine faire Kompromisslösung ist:

1. Der Friedensschluss mit Aegypten wird den Frieden in der ganzen Region nach sich ziehen und Israel die Anerkennung bringen. Damit eröffnen sich für Israel wirtschaftlich und technologisch grosse Möglichkeiten, die weit wichtiger als der Gewinn einiger Quadratkilometer sind. Tausende von ägyptischen Lehrern, Aerzten, Ingenieuren, Architekten und Handwerkern - man spricht von einer halben Million - die heute ausserhalb Aegyptens tätig sind, werden dann der Konkurrenz der mindestens ebenbürtigen Israelis ausgesetzt.
2. Kairo ist hierzu bereit, weil es sich nicht durch die Hingabe von angestammtem Boden loskaufen kann. Das ägyptische Volk hat eine mystische Vorstellung vom Boden, gerade weil er so knapp ist. Keine Regierung kann Land abtreten, es wäre denn, es käme zu einer bedingungslosen Kapitulation mit einer Art Versailler Friedensvertrag, der als Diktat empfunden und den Kern des künftigen Krieges in sich bergen würde.
3. Kairo akzeptiert nachträglich mit der Anerkennung Israels nicht nur den Teilungsplan der UN vom 29. November 1947 - gegen den das Aegypten von König Faruk in den Krieg gegangen war -, sondern auch die territorialen Gewinne Israels von 1948 und 1956. Damit stellt sich Kairo gegen die palästinensische Führung, die ein multinationales und multireligiöses Palästina in den Grenzen des britischen Protektorates will und das zionistische Israel ablehnt.

4. Kairo riskiert aber auch die Opposition anderer arabischer Länder. Diese Opposition kann nur in Schach gehalten werden, wenn Aegypten keine territorialen Konzessionen macht und sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt. Auf arabischer Seite herrscht die Angst, dass Israel nicht bloss an den Jordan und ans Rote Meer will, sondern darüber hinaus nach weiteren Ländereien strebt, wozu die USA ihm Unterstützung leihen, um eines Tages vom Brückenkopf Israel aus die Oelquellen besetzen zu können. Und diese Furcht ist vielleicht nicht nur ein Mythos.

Kairo hat an diesem Grundkonzept bis jetzt strikte festgehalten. Starke Mehrheiten in den UN und wachsende Zustimmung aus aller Welt geben ihm die Bestätigung für die Richtigkeit seiner These. Aber damit ist Kairo doch nicht vorwärts gekommen, da Israel in einer Position der Stärke verharret und niemand es zum Einlenken zwingen kann oder will. Hoffnungslosigkeit breitet sich daher aus. Viele Leute, nicht nur in der Armee, meinen, man müsse eine Verzweiflungstat unternehmen, um wenigstens honorabel unterzugehen. Dabei dürfte die Gegenseite doch wohl nur darauf warten, noch härter als 1948, 1956 und 1967 zuzuschlagen. Die massgebenden Armeeleute, vor allem ein Mann wie General El Shazly, der Generalstabschef, sind keine Schwärmer und dürften m.E. keinen Krieg ohne einigermaßen gute Erfolgsaussichten beginnen. Ich glaube, dass auch der Präsident und seine Umgebung bei allen heissen Worten kühle Rechner sind. Aber eines ist möglich: Dass plötzlich eine Drucksituation entsteht, die zur Handlung drängt und dass dann die oberste Führung in einen Entscheidungszwang gerät. Eine solche Drucksituation könnte von aussen her provoziert werden, sei es von Israel, vom Black September oder von anderer Seite, oder durch massive innere Unruhen.

II. Aegyptische Lösungsvorstellungen

Doch von dieser ultima ratio - die mit Verstand wenig zu tun hätte - abgesehen sucht Kairo ununterbrochen nach Lösungen.

Nachdem Präsident Sadat vor zwei Jahren den Vorschlag auf Oeffnung des Suez-Kanals gemacht hatte - damals von Israel abgelehnt -, hat Hafez Ismail bei seinen Gesprächen in Washington erklärt, dass diese nur als erste Phase der Gesamtlösung in Frage käme, die die Rückerrückstattung der besetzten Gebiete, beidseitige Sicherheit, Friedensvertrag und Sicherung der palästinensischen Rechte umfassen müsse. Dies sei das Endziel der Reise, während Route und Fahrplan offen bleiben könnten.

Im letzten Newsweek-Interview mit Arnaud de Borchgrave hat Präsident Sadat dazu zwei nicht unwichtige Präzisierungen gegeben. Er sagte:

"Last month I told Nixon I wanted a successful effort with the U.S. for an over-all settlement. I made it very clear - let's take the occupation of our land out of the debate and begin to look at a complete solution and a vision of the future for the area for decades to come. So my intentions were quite clear. Yes, I wanted a final peace agreement with Israel. But there was no response from the U.S. or Israel - except to supply Israel with more Phantoms."

Ferner hat Sadat sich zwar gegen die Demilitarisierung der Sinai-Halbinsel ausgesprochen, hinsichtlich Sharm el Sheik, dem Kernstück der Halbinsel, aber folgendes gesagt:

"We will agree to anything for Sharm and guarantee freedom of Israeli navigation but not Israeli occupation. We will turn it over to the international community under any formula they think desirable - the Big Five of the Security Council, including China, with their troops, or neutral forces under their guarantee. But to have Israeli troops come und go as they please into Sharm is out of the question."

Der israelische Raid gegen Beirut hat Aegypten die erwünschte Gelegenheit geboten, die Gegenseite des Terrorismus zu bezichtigen und auf die Explosivität der Lage hinzuweisen. Für einmal hat Israel Kairo Schützenhilfe gegeben, so wie jener viel Nutzen aus den Aktionen der Black September gezogen hat. Immer mehr Leute finden, es müsse nun endlich etwas geschehen. Ende Mai wird es in New York zu einer neuen Analyse der Lage kommen. Botschafter Jarring dürfte dann einiges aus seinem Informationsköfferchen herausziehen. Auch ist es wohl möglich, dass die Vier oder sogar die Fünf mit China sich hinter die Sache machen.

Kairo hat sich nicht nach einem Beobachtersitz an der Sicherheitskonferenz gedrängt. Aber selbstverständlich begrüsst es die Gelegenheit, dort seinen Standpunkt geltend machen zu können. Je länger der Konflikt dauert, desto mehr werden die europäischen Länder zusammenrücken, um zur gegebenen Zeit mit Vorschlägen und wohl auch mit Druck auf Israel hervorzukommen. So glaubt man wenigstens hier.

Die heutige Haltung Kaircs ist folgendermassen:

1. Es ist zu Verhandlungen über eine Gesamtlösung bereit, mit dem Ziel, mit Israel einen Friedensvertrag abzuschliessen;
2. Die Verhandlungen sollen unter der Aegide des Sicherheitsrates geführt werden.
3. Eine amerikanische Verhandlungshilfe ist erwünscht, doch käme auch eine andere Mediation in Frage.

4. In der ersten Phase der Verhandlungen könnte die territoriale Frage ausgeklammert bleiben.
5. Die ägyptische Souveränität über die von Israel besetzten Gebiete muss wiederhergestellt werden, doch wird Kairo zu flexiblen Formeln Hand bieten und alle Garantien für Sicherheit bieten.

III. Lösungsaussichten und Mediationen

Trotz all dieser Möglichkeiten bleibt die jetzige Regierung überzeugt, dass der Schlüssel zur Lösung des Konfliktes in Washington ruht, da - wenigstens vorläufig - dort die besten Voraussetzungen seien, um auf Israel Druck auszuüben. Allerdings müsse eine eventuelle Lösung der amerikanischen Interessenlage entsprechen, was voraussetze, dass die USA ein vitales Interesse am Frieden im Mittleren Osten hätten, dass also dieses Interesse mehr Gewicht habe als die Rücksichtnahme auf die jüdische Diaspora. Hier nimmt man an, dass die Position der USA im Mittleren Osten im Allgemeinen, die Energielücke und die Konkurrenz der USSR im besonderen, Präsident Nixon früher oder später auf den Weg einer weniger pro-israelischen Politik führen werden. Eine Vermittlung von Dr. Kissinger würde begrüsst, weil - so meint man - er in Jerusalem mehr ausrichten könne als ein Nicht-Jude und er keinen Misserfolg riskieren könne. - Botschafter Jarring steht hier in hohem Ansehen, aber er kommt als Vermittler nicht mehr in Frage.

Voraussetzung für eine Mediation wäre, dass beide Parteien tatsächlich eine Gesamtregelung wollen, d.h. grundlegende Neuordnung des zwischenstaatlichen Verhältnisses und Befriedigung der Aspirationen der dort lebenden Völker, und den Status quo mit Andauern von Gewalt und Zwang ablehnen. Ist diese Voraussetzung gegeben, müsste vorgängig unter den Parteien die Vereinbarung erzielt werden, dass unter dem Vorbehalt der Gesamtregelung vorerst für die weniger strittigen Punkte eine Uebereinstimmung gesucht würde. Zu Beginn wären es Briefträger-Verhandlungen, dann beidseitige Verhandlungen an einem neutralen Ort mit dem Mediator als Präsident, dann mit ihm bloss noch als Moderator für Verfahrensdispute und schliesslich ohne ihn.

Kairo wird nicht bereit sein, eine Mediation ausserhalb der UN zu suchen, da es nach wie vor eine Lösung des Konflikts auf der Basis der Resolution 242 anstrebt und hierfür weltweiter Unterstützung gewiss ist. Es ist also der Sicherheitsrat, der einen neuen Mediator bezeichnen und das Mandat umschreiben muss, wobei daran zu erinnern ist, dass Botschafter Jarring nicht als Vermittler, sondern als Helfer zur Durchführung der Resolution 242 eingesetzt worden war. Die Ausgangslage für einen Schweizer als Mediator dürfte nicht ungünstig sein, wenigstens was Kairo betrifft, da die schweizerische Neutralität und Unparteilichkeit hohe Achtung geniesst.

M. HESS

Ich habe nur einige Minuten, um über den israelisch-ägyptischen Konflikt zu sprechen. Bekannte Fakten, so die Historie der Entstehung Israels, der bisherigen Auseinandersetzung zwischen Israel und den Arabern, militärischer und diplomatischer Art, Statistiken, lasse ich beiseite und konzentriere mich auf die Elemente, die von Israel aus gesehen sich wesentlich anders präsentieren als von den arabischen Hauptstädten aus.

Ich beginne mit einem Zitat von Premierminister Frau Golda Meir während einer Diskussion der Grundlinien der israelischen Außenpolitik im Rahmen der Regierungspartei: "Im Nahostkonflikt steht unsere Existenz auf dem Spiel. In Wirklichkeit geht es in der Debatte zwischen den Israeli und den Arabern nicht um die Frage von Grenzen. Die Araber verneinen uns das Recht zu existieren. Wenn sie einmal unsere Existenz anerkennen, werden territoriale Fragen rasch geregelt sein. Leider gilt aber nach wie vor ihr Beschluss vom September 1967 von Khartoum: Kein Friede, keine Verhandlungen, keine Anerkennung Israels. Die Araber wollen nicht verhandeln, weil sie Israel nicht anerkennen wollen." Soweit Frau Golda Meir.

Nach israelischer Auffassung wollen sich die Araber aber auch nicht de facto mit der Existenz Israels abfinden, sondern wollen den Status quo ante 1947 wieder herstellen, allerdings ohne die Engländer. Dies beweist der Krieg von 1948/49 und war der Zweck der Bedrohung von 1967 und der Unterstützung der palästinensischen Extremisten, die Israel vernichten wollen. In dieser Konzeption wäre Rückgewinnung der besetzten Gebiete die erste Etappe, Wiederherstellung der Lage von Anfang 1967, um bei einem späteren neuen Angriff mit bessern Waffen und Ausbildung die Israeli doch noch ins Meer drängen zu können. Kennzeichnend ist also tiefstes Misstrauen zwischen Israeli und Arabern.

Dabei ist man sich bewusst, dass sowohl jetzt der Kampf um die besetzten Gebiete, wie zwischen 1947 und 1967 die Bekämpfung des von der UNO geschaffenen Israels eigentlich nicht Selbstzweck ist. Der Kampf gegen Israel, je nach der Ideologie des einzelnen arabischen Staates, verbrämt und vermischt mit Antikapitalismus, Antiamerikanismus, Antikolonialismus, religiösem Fanatismus etc. war seit der Entstehung der arabischen nationalistischen Bewegungen um den ersten Weltkrieg herum, besonders aber seit der ägyptischen Revolution 1952 Katalysator und Mittel zum Zweck für die Einigung der Araber unter ägyptischer Führung oder unter Aegypten in Kombination mit einem oder mehreren andern arabischen Staaten.

Aus der Erkenntnis, dass der Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten somit komplex und tief ist und von langer Dauer sein wird, zieht Israel folgende Schlüsse:

1. Aeusserungen aus arabischen Staaten, dass man eine politische Lösung, ein Friedensabkommen anstrebe, werden mit grösstem Misstrauen geprüft. Sehr oft widersprechen sie auch gleichzeitigen Erklärungen, die sich intern an die arabische Welt richten. Sie werden nicht als Gesinnungswandel, sondern als taktischen Zug zum Zeitgewinn oder zur Erreichung anderer interner Vorteile betrachtet, sobald Vorbehalte angebracht sind, wie, man wolle nicht verhandeln, man verlange Vorleistungen Israels, man behalte die Rechte des palästinensischen Volkes, d.h. der Extremisten, welche die Vernichtung Israels anstreben, vor. Die Erfahrungen von 1948, 56, 67 und 69/70 bedingen als Gegengewicht eine absolut eindeutige Wandlung, eine politische Kehrtwendung in den arabischen Staaten, um das an sich starke Israel, gestützt von der Diaspora, den USA und der momentanen Achse Nixon-Breschnew zum Verzicht auf den relativ komfortablen status quo zu bewegen.
2. Es ist unlogisch, bei dem tiefen Misstrauen einen raschen Gesinnungswandel in Kairo zu erwarten. Deshalb sollen die israelischen Konzessionen erst endgültig festgelegt werden, wenn die Verhandlungen bevorstehen. In 20 oder 50 Jahren können sich die Verhältnisse so geändert haben, dass eine vorzeitige präjudizierende Festlegung dann hinderlich wäre. Dem Vorwurf der Inflexibilität versucht man durch Lancierung von Lösungsideen massgebender Politiker - ich denke an den Allon-Plan für Cisjordanien, die Ideen Dayans für den Sinai, Erklärungen von Minister Galili über die Behandlung von Gaza - zu begegnen. Aus den Wahlmanifesten und aus Aeusserungen einzelner Politiker ist immerhin ersichtlich, wie heute die Regierung denkt, auch wenn verbindliche Regierungsbeschlüsse nicht vorliegen. Im Verhältnis zu Aegypten will man eine israelische Präsenz in Sharm-el-Sheikh mit einem Korridor von Eilat her zur Sicherung des Ausganges ins Rote Meer, die Entmilitarisierung des Sinai und die Nichtrückgabe Gazas an Aegypten. Im Verhältnis zu Jordanien will man Ostjerusalem behalten sowie eine israelische Siedlungszone dem Jordan entlang als Sicherung gegen Infiltration, die Entmilitarisierung Cisjordanien, Rückgabe der dichtbesiedelten Gebiete auf dem Plateau mit einem Korridor nach Jordanien. Im Verhältnis zu Syrien will man den grössten Teil der Golanhöhen zur Sicherung der darunter gelegenen dichten israelischen Siedlungen behalten. Libanon gegenüber bestehen keine territorialen Ansprüche.
3. Da eine Lösung nicht bevorsteht, sondern Israel annimmt, dass die Araber die Vernichtung Israels mit militärischen Mitteln nicht aufgegeben haben, sieht Israel nur eine Möglichkeit, um den Krieg zu vermeiden, nämlich durch Ausbau des Verteidigungspotentials, so dass es abschreckend wirkt solange bis die andere Seite mit der Realität Israel sich abfindet und sich auf ihre eigenen Probleme konzentriert. Einerseits wird aktiv an der Aufrüstung gearbeitet und die Kanäle zu den Garanten der Aufrüstung, nämlich den USA und der jüdischen Diaspora mit allen Mitteln

offengehalten; andererseits wird versucht, die arabischen Gegner mit dem militärischen Uebergewicht zu beeindrucken, um sie abzuschrecken. Die Aufrüstung wird deshalb publizistisch auch ausgewertet und vordemonstriert. Dabei ist man sich aber bewusst, dass auch bei höchstem Verteidigungspotential emotionelle Verzweiflungstaten der Araber nicht ausgeschlossen werden können.

4. Das tiefe Misstrauen steht einer raschen und allumfassenden Lösung entgegen. Die Araber können nach israelischer Auffassung heute nicht über einen Friedensvertrag verhandeln und diejenigen Konzessionen machen, welche Israel glaubt, erwarten zu können. Man glaubt nicht an einen Deus ex machina wie Botschafter Jarring. Was 1967/68 nicht möglich war, ist heute noch weniger möglich. Die Position der Streitparteien und die Differenzen um den Sicherheitsratsbeschluss 1942 und um Jarrings Ideen vom Februar 1971 haben sich zu sehr verhärtet. Es braucht neue Initiativen. Die grossen Streitfragen Jerusalem, Grenzen, Entmilitarisierung, Anerkennung Israels etc. sollte man daher nach Auffassung Jerusalems vorläufig offen lassen und versuchen, durch etappenweises Herantasten an eine Normalisierung das Klima zu verbessern, vom Hass und der Idee des Heiligen Krieges abzulenken, die Streitparteien zu trennen. Der einzige realistische Vorschlag in dieser Richtung war bisher nach Auffassung Jerusalems die Oeffnung des Suezkanals durch technische Abmachung und durch Schaffung eines militärischen Niemandslandes auf dem Ostufer.
5. Wie gesagt, steht am Anfang des Nahostkonfliktes nicht so sehr Israel als die Rivalitäten unter den arabischen Staaten. Der Kampf gegen Israel ist Mittel zum Zweck. Daraus schöpft Israel aber auch Zuversicht. Die Rivalitäten unter den Arabern werden noch lange andauern und verhindern, dass sich die 90 Millionen Araber militärisch oder wirtschaftlich zu einer Macht vereinigen, welche Israel gefährlich werden könnte. Daneben allerdings basiert Israels Zuversicht auch auf dem Bewusstsein seiner eigenen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Stärke, der Verbundenheit mit der Diaspora, der Interessengemeinschaft mit den USA und der Annäherungspolitik Nixon-Breschnew.

Damit habe ich kurz über die Position und Lösungsvorschläge von Jerusalem aus gesehen referiert. Noch ein Wort zu den möglichen Mediatoren:

Israel will keine Schiedsrichter, keine von Aussenseitern ausgehandelte und aufgezwungene Lösung. Weder eine einzelne Macht, noch eine Gruppe von Mächten wie die 2 Supermächte, die 4 oder 5 Grossmächte oder die EWG, noch ein UNO-Organ wie der Sicherheitsrat oder die Generalversammlung seien unabhängig und neutral genug, um Israels Interessen Rechnung tragen zu können. Die Hilflosigkeit der Juden während 2000 Jahren Exil und besonders während der Nazizeit, aber auch die Erfahrungen mit Aussenseitern während der letzten 25 Jahre

liegen dieser Einstellung zugrunde. Die UNO hatte nur 1947, als Israel geschaffen wurde, eine für Israel wohlwollende knappe Mehrheit trotz Opposition der Araber. Wenig später, besonders mit der Kehrtwendung der UdSSR, wandelte sich die Situation und die UNO war nicht mehr in der Lage, Israel zu schützen. Dies zeigte sich besonders als im Mai 1967 U Thant auf Druck Aegyptens die UNO-Truppen im Sinai und Gaza zurückzog und als im November 1967 der Sicherheitsrat so zweideutig entscheiden musste, dass aufgrund seiner Beratungen und Beschlüsse keine Lösung gefunden werden kann. Israel akzeptiert zwar Botschafter Jarring als formalen Vermittler, der die Streitparteien an den Verhandlungstisch bringen soll, aber nicht als Schiedsrichter, der wie im Memorandum vom Februar 1971 materielle Lösungen erzwingen will. Ganz allgemein möchte Israel, dass man sich von aussen her nur soweit mit dem Konflikt befasst, dass vom Krieg abgeraten und zu Verhandlungen geraten wird. Man hat nichts dagegen, dass, wer immer sich für den Konflikt und für Ruhe und Ordnung im Mittelmeer interessiert, den Konflikt analysiert. Die materiellen Verhandlungen soll man jedoch den Parteien überlassen, wie dies in allen andern Konfliktsituationen geschieht (Vietnam, Kaschmir, Deutschlands Ostgrenze, Irland, etc.). Im Prinzip gilt diese Einstellung auch gegenüber den USA mit Bezug auf ihre Führung in der Interimslösung auf der Basis von Proximity Talks. Immerhin ist das Vertrauensverhältnis zu den USA so gut, dass ihre Anregungen und Ratschläge am ehesten Chance haben, in Jerusalem angenommen zu werden.

Ad ägyptisch-israelischer Konflikt

Ich habe in meinem Exposé zwei Probleme erwähnt, die umstritten sind und die noch einiger Erklärungen bedürfen:

1. Der Sicherheitsratsbeschluss 242 vom 22. November 1967 ist in seiner Auslegung und Bedeutung von Anfang an umstritten gewesen. Wie man mir in Jerusalem sagte, hatten bei seiner Beratung die Russen und die Franzosen verlangt, den Rückzug der Israeli aus allen besetzten Gebieten ausdrücklich zu verlangen. Dies wurde abgelehnt und der englische Originaltext so formuliert, dass man sich auf das alle nicht festlegte. Die englische und französische Fassung differieren in diesem Punkt. Weil dieser wesentliche Punkt damit offengeblieben ist, ist es heute auch möglich, dass jede Partei sich auf den Beschluss 242 berufen und ihre Auslegung hineindeuten kann.

2. Das Memorandum von Botschafter Jarring vom 8. Februar 1971. Israel ist der Auffassung, dass

- Botschafter Jarring mit diesem Memorandum seine ihm vom Sicherheitsrat respektive Generalsekretär übertragenen Kompetenzen überschritten hat;
- dass die ägyptische Antwort mit ihren verschiedenen Vorbehalten (totaler Rückzug als Vorleistung, Rechte des palästinensischen Volkes) mindestens so negativ war, wie die israelische.

M. GRABER

ajoute aux deux exposés précédents des informations et impressions glânées lors de la visite officielle. Dans ce conflit du Moyen-Orient, chacune des parties prétend vouloir la paix, mais affirme en même temps que l'autre partie ne la souhaite pas. Le Ministre Zayyat - avec un accent de sincérité indubitable - a posé comme axiome intangible le fait que le patriotisme égyptien exclut absolument toute concession territoriale. Sa solution personnelle est la partition de la Palestine. Zayyat, dans une conversation privée, a rejeté la solution interimaire de la réouverture du canal de Suez, car il craint qu'elle se fixe et devienne définitive. Une réouverture du canal signifierait, selon lui, la réinstallation de la population dans cette zone, sa reconstruction, ce qui empêcherait toute reprise des hostilités.

Chacune des parties cherche le terrain le plus favorable pour la défense de ses thèses. Les Arabes, contrairement à Israël, optent pour l'ONU et les négociations indirectes. Dans quelle mesure spéculent-ils aussi sur le pétrole pour tenter d'infléchir la position

des USA? M. Riad, secrétaire général de la Ligue arabe, a défendu cette thèse d'une manière très dure.

On sent, ici au Caire, le lourd poids d'une guerre possible; le pays se trouve dans une situation dramatique et est obligé de faire un effort terrifiant d'armement (600'000 hommes sur pied de guerre), et cela au détriment de son développement économique et social. L'Egypte indubitablement, s'impose des sacrifices énormes sans voir ni entrevoir seulement d'issue au problème.

M. TURRETTINI

se propose de reprendre les points soulevés par le Chef du Département. Dans les conversations avec la plupart des chefs de mission arabes à New York, l'on retrouve une constante principale: le retrait d'Israël de tous les territoires occupés en 1967. Aucune négociation ne pourra s'engager avant le retrait.

Quant à une éventuelle solution partielle, les Egyptiens ne la recherchent pas vraiment. Les Arabes craignent que l'ouverture du Canal n'amène les grandes puissances à s'habituer à cette situation et à l'accepter.

Les Arabes se sentent dans un climat favorable à New York; ils ont besoin de gagner du temps. Ils pensent que le débat aura probablement lieu début juin. Après les discussions, l'on se rendra compte que l'ONU n'est plus en mesure de faire quelque chose d'utile.

A propos du pétrole, les avis diffèrent. L'huile jouera un très grand rôle dans l'avenir et la pression exercée sur Israël pourrait être très forte.

M. THALMANN

fügt hinzu, dass die Bemerkung von Herrn Frey über direkte Verhandlungen nach den Gesprächen mit seinem "homologue" der Präzisierung bedarf. Aegypten befürchtet, dass direkte Verhandlungen mit Israel

zu einer Aushöhlung der Resolution 242 führen würden und bleibt deshalb unnachgiebig. Ueber die "international boundaries" kann nach Auffassung der Aegypter nicht verhandelt werden, dagegen sind sie bereit, über das Gebiet zu reden, das ausserhalb liegt. Solche Verhandlungen dürften aber weder von den Palästinensern noch von Israel akzeptiert werden.

M. GRANDJEAN

fait une distinction entre la RAU et le monde arabe. Un seul pays a un intérêt particulier à ce qu'il y ait une solution: c'est l'Egypte. Pour les Algériens, il faut chasser Israël de tous les territoires. Autour de l'Algérie se groupent d'autres pays qui ne sont pas disposés à traiter avec Israël: l'Irak et la Syrie.

Les grandes puissances ne seraient pas intéressées à la solution du problème du Moyen-Orient. Si la paix venait au Moyen-Orient, on leur demanderait de quitter la Méditerranée où elles se sont installées.

M. STOUDMANN

précise qu'à Tunis, on a des vues particulières sur le problème. Le Président Bourgiba disait, à la fin avril, que la paix au Moyen-Orient devait être possible, grâce aux éléments modérés des Palestiniens; que le Président Sadate acceptait maintenant l'existence d'Israël comme un fait, décidé par l'ONU; que les Arabes étaient prêts à faire des concessions et enfin que M. Sadate ne pourrait maintenir son régime qu'à condition qu'Israël, à son tour, en fasse également. Ces propos du Président tunisien sont singulièrement différents de ceux du Président libyen.

M. GRABER

pose la question de savoir si le Colonel Kadhafi entend réellement se retirer.

M. STOUDMANN

répond que, selon certaines informations, il se réserverait le poste de commandant en chef de l'armée de l'Union égypto-libyenne.

M. DE TRIBOLET

dit que le Roi Hassan songe surtout à son pays. Le Maroc, qui a sa tradition propre, est un peu à l'écart et sa position l'a rapproché de l'Europe. Les sentiments des dirigeants marocains sont pro-occidentaux; le plan quinquennal a une option libérale.

Néanmoins, la solidarité joue dans le problème arabe et le Maroc se range du côté de ses frères. Il a fait une contribution tangible en envoyant des troupes en Syrie. Sa position est influencée par des considérations de politique intérieure et par le danger que représente Kadhafi. Le Maroc préconise des négociations, mais la présence des grandes puissances en Méditerranée bloque toute solution du problème du Moyen-Orient.

M. GRABER

s'adressant à MM. Frey et Hess, pose la question des perspectives d'un éventuel déblocage de la situation.

M. FREY

bemerkt, dass die "international boundaries", die Herr Thalmann erwähnte, die Grenzen des ehemaligen britischen Protektorats Palästina seien. Gaza gehörte zum Protektorat und war von Aegypten nach 1948 bloss verwaltet worden.

Jarring hat in seinem Aide-Mémoire auf die internationalen Grenzen abgestellt und damit Gaza ausgeklammert. Israel muss nicht eine Vorleistung durch den Rückzug der Truppen erbringen, sondern sich bloss verpflichten, seine Truppen zurückzuziehen unter der Bedingung, dass Aegypten sich zu Verhandlungen über Friedensvertrag etc. verpflichtet. Israel in seiner Position der Stärke (Phantoms) sollte dazu den Mut haben.

Zur Differenz zwischen dem englischen und französischen Text der Resolution 242 ist zu sagen, dass Lord Caradon den Text dahin interpretierte, dass im Prinzip alle Territorien zurückgegeben werden müssen, Grenzberichtigungen aus Gründen der Sicherheit aber möglich seien.

Aegypten würde auf ein Zeichen Israels positiv reagieren. Sadat würde eine USA-Initiative eventuell sogar mit solchen Grenzberichtigungen akzeptieren.

M. HESS

erklärt, nach Abba Eban ist es gerade dieses "prior commitment", das Israel davon abhält, die Resolution 242 durchzuführen.

Es ist ein Mythos, dass die ägyptische Antwort auf das Jarring Aide-Mémoire positiv gewesen sei. In Wahrheit war die Antwort zweideutig.

Z.B.: Jarring frug Aegypten, ob es mit einer entmilitarisierten Zone einverstanden sei. Aegypten antwortete: "Ja, allerdings auf beiden Seiten ("astride").

Die ägyptischen Vorbehalte zeigen Eban, dass Aegypten nicht auf vernünftige Weise verhandeln will.

Israel sieht für die nahe Zukunft folgende Entwicklungen:

- Ein in den nächsten Monaten erwarteter Jarring-Bericht.
- Eine Diskussion im Sicherheitsrat.

Nach Jerusalem ist die UNO kein geeignetes Gremium zur Lösung von Konflikten; es ist ihr noch nie gelungen, ein grosses Problem zu lösen. Israel wartet auf die Bereitschaft Aegyptens, sich an den Tisch zu setzen. Israel sagt nie, es möchte Gaza annektieren, sondern Gaza sei ein Verhandlungspunkt. Gaza ist etwas anderes als Sharm El Sheikh.

Die Franzosen haben bezüglich der Mirage-Lieferungen an Libyen Zusicherungen gegeben, und doch sind diese Flugzeuge in Aegypten aufgetaucht. Man kann eben den Versicherungen der Grossmächte nicht

trauen. Schon de Gaulle hat gesagt, dass ein Land seine Politik ändern kann. Israel hat daher kein Vertrauen in internationale Garantien. Eban erwartet, dass Aegypten nach den unnützen Manövern Jarrings im Sicherheitsrat einen neuen Weg sucht, eventuell sogar zu Verhandlungen unter amerikanischer Leitung bereit sein wird.

2. Le rôle des grandes puissances

M. TURRETTINI

Dès la création le 7 mai 1948 de l'Etat d'Israël, oeuvre des Nations Unies, les membres permanents du Conseil de sécurité ont joué un rôle prépondérant dans l'évolution de la situation provoquée par l'implantation de ce nouvel Etat dans le monde arabe. Leur puissance, associée à leur position privilégiée au Conseil, les a automatiquement chargés de responsabilités particulières dans cette région qui, ne l'oublions pas, avait été entre les deux guerres sous domination française ou britannique.

Depuis 25 ans donc, les membres permanents ont, suivant les époques, adopté au Conseil des positions variables traduisant à l'égard du problème arabo-juif - qui fit l'objet d'innombrables réunions au cours de ce quart de siècle - leurs préoccupations du moment. Je rappellerai comme exemple, à ce propos, les convergences de vues américano-russes de 1956 qui obligèrent les Franco-Britanniques, alors alliés d'Israël, à abandonner les buts qu'ils s'étaient fixés. Que les temps ont changé depuis!

En 1967 encore, si les grandes puissances ne sont pas parvenues à empêcher le déclenchement du conflit, étant donné les divergences des deux Super-grands placés chacun dans un camp différent, elles ont tout de même obtenu son arrêt après six jours de combat. La persévérance de Lord Caradon, le représentant britannique d'alors, a finalement triomphé de tous les obstacles en obtenant du Conseil qu'il vote à l'unanimité, le 22 novembre 1967, la fameuse résolution 242 que vous connaissez tous. Depuis bientôt six ans, c'est elle toujours que les membres du Conseil évoquent lorsque toutes les autres voies recherchées pour amorcer une solution ont échoué.

Il serait trop long d'énumérer ici les positions qu'ont prises les grandes puissances au cours des multiples séances que le Conseil a tenues depuis 1967 à propos du problème du Moyen-Orient. Une constatation s'impose cependant: Israël, bien que condamné régulièrement

pour ses interventions militaires au-delà de ses frontières, est aujourd'hui, fort de sa puissance, plus intransigeant que jamais dans sa manière d'entrevoir le rétablissement de la paix avec les pays arabes. Il ne peut se permettre cette attitude que parce qu'il se sait assuré du soutien total et quasi inconditionnel du plus puissant des membres permanents du Conseil, les Etats-Unis.

Avant de venir ici, j'ai eu des entretiens avec tous les membres permanents du Conseil. A l'exception de l'Ambassadeur des Etats-Unis, les quatre autres m'ont déclaré que la clé du problème du Moyen-Orient se trouvait dans les mains du Président Nixon et que seule une forte pression sur son protégé pourrait obliger celui-ci à adopter une position plus conciliante et plus compréhensive. Depuis des années, on parle toujours de la pression que pourraient et devraient exercer les Américains sur Israël. Or, actuellement, c'est plutôt le contraire qui se produit. La puissance juive aux Etats-Unis est telle que Tel-Aviv parvient à obtenir tout ce qu'il désire et même quelquefois à intimider Washington. Il suffit que Mme Golda Meir apparaisse dans la capitale américaine pour que toutes les portes s'ouvrent et que toutes les ressources dont elle a besoin soient immédiatement mises à ses pieds. L'appui financier donné par la communauté israélite à la dernière campagne présidentielle de Nixon a été massif. On ne l'oublie pas. D'autre part, le Congrès et le Sénat sont en grande majorité composés de membres enclins à soutenir Israël. Le Sénateur Fulbright, Président du Comité des relations extérieures du Sénat, l'a fort bien décrit dernièrement lorsqu'il a dénoncé, dans une interview accordée à une chaîne de télévision, la partialité du gouvernement américain à propos du Moyen-Orient, soulignant le danger que cela représentait pour la cause de la paix. Voici ce qu'il a dit entre autre:

"The Israelis object to an imposed settlement. I don't know what they mean by an imposed settlement.

It is quite obvious that without the all-out support by the United States in money and weapons and so on the Israelis could not do what they have been doing.

So we bear a very great share of the responsibility for the continuation of this state of warfare."

Certains cercles aux Etats-Unis vont même jusqu'à dire que le Pentagone veut un Israël supérieurement armé, capable de défendre si nécessaire les intérêts de l'Amérique au Moyen-Orient. Comme bastion avancé, on lui donne les moyens d'intervenir pour garder, le cas échéant, les voies du pétrole - que certains pays arabes devenus progressistes en désespoir de cause chercheraient à couper - ouvertes à l'Amérique à un moment où celle-ci, du fait de la crise de l'énergie, en aurait le plus besoin.

Les Israéliens savent très habilement exploiter les faiblesses aussi bien de leurs alliés que de leurs adversaires. Ils jouent actuelle-

ment aux Etats-Unis la carte de la terreur provoquée par les actes des extrémistes palestiniens, ce qui leur permet de faire accepter plus facilement par l'opinion publique américaine leur installation définitive dans diverses parties des territoires occupés où déjà, paraît-il, plus de 50 établissements communautaires ont été créés. Aujourd'hui, donc, la position américaine apparaît plus pro-israélienne que jamais.

Washington ne veut pas entendre parler de la reprise de la concertation des cinq membres permanents, se méfie de l'ONU et de l'Ambassadeur Jarring. Seul un règlement où les Etats-Unis joueraient le rôle principal, pour en tirer le maximum de prestige, paraît les intéresser. Le représentant américain m'a cependant déclaré que les intérêts concernant la sécurité de son pays ne concordent pas avec ceux d'Israël et que le jour viendra où Washington sera obligé d'imposer à Tel-Aviv certaines conditions pour maintenir son soutien. Mais il a ajouté que ce n'était pas pour demain.

Les Soviétiques, eux, qui depuis des années s'érigent en défenseurs du monde arabe, se disent prêts à favoriser un règlement basé sur leur interprétation de la résolution 242, soit le retrait immédiat d'Israël de tous les territoires occupés lors de la guerre des six jours. Mais le sont-ils vraiment? C'est douteux. Ils retirent en effet des avantages notables de la situation actuelle: mainmise sur certains gouvernements arabes, ventes d'armes à leurs alliés, installation quasi définitive dans la région, contrôle plus ou moins direct des ressources pétrolières dont ils pourraient un jour avoir besoin, présence permanente de leur flotte dans la Méditerranée orientale. Le départ forcé d'Egypte n'a en fait pas compromis leur position dans une mesure aussi marquée que l'Occident l'a proclamé et souhaité. Les Soviets ont gardé leur influence dans la région, obtiennent des succès de propagande, poussent leur alliés juste assez pour les tenir sur le qui-vive sans cependant les inciter à la guerre qui pourrait leur créer de graves difficultés avec les USA, ce qu'ils désirent à tout prix éviter, l'entente avec Washington passant actuellement avant toute autre considération. Le représentant de l'URSS à New York ne croit d'ailleurs pas à une solution possible dans le présent. Cependant, son pessimisme actuel s'estompe lorsqu'il regarde plus loin, estimant que l'avenir apportera avec une nouvelle génération d'Arabes et de Juifs des possibilités de règlement plus concrètes qu'aujourd'hui où prédomine encore à Tel-Aviv cette race de pionniers sionistes de la vieille garde.

Quant aux Chinois, qui se désolidarisent totalement de la résolution 242 à l'élaboration de laquelle ils n'ont pas pris part et qu'ils estiment inapplicable parce qu'ambiguë - ce qui a provoqué l'échec de la mission Jarring - leur position est simple. Ils se concentrent sur un soutien total à la cause des Palestiniens, tout en se rendant parfaitement compte qu'il n'y a pour eux pas de solution véritable car ils ont un intérêt à ce que la tension au Moyen-Orient se maintienne aussi longtemps que possible, perpétuant là un

foyer de discorde américano-soviétique qui, indirectement, leur permet de souffler sur le front soviéto-chinois qui reste leur principale préoccupation pour ne pas dire leur constant souci.

Je ne vous cacherai pas que la Chine a beaucoup déçu depuis son arrivée à New York. Annoncée comme une superpuissance avec laquelle il faudrait désormais compter, elle s'est avérée au fond assez faible, souvent maladroite dans sa manière d'opérer. D'ailleurs, elle n'est pas en mesure d'aider les Arabes, n'en ayant ni les moyens ni la puissance. Aussi se contente-t-elle de verser de l'huile sur le feu en brandissant le drapeau palestinien et en accusant les deux Super-grands d'une collusion qui contribue à maintenir volontairement une situation qui, selon les dires du représentant chinois, n'est "ni de guerre ni de paix".

On ne doit dès lors pas compter sur une contribution positive de la Chine communiste à la solution du problème du Moyen-Orient. Au contraire, suivant l'évolution de la situation, un veto chinois bloquant toute velléité d'arrangement ne doit pas être exclu.

Que dire maintenant des deux puissances européennes encore membres permanents du Conseil de sécurité? Ce sont certainement les Anglais et les Français qui s'efforcent le plus objectivement depuis des années de rechercher une solution acceptable, tenant compte de tous les éléments du problème avec un sens d'équité et d'honnêteté reconnus de tous. Ce qui manque malheureusement aujourd'hui à ces deux nations, grandes par leur passé et restées les maîtres incontestés de la diplomatie, c'est leur ancienne puissance pour imposer la réalisation des suggestions toujours équilibrées qu'elles présentent.

Les Français, qui ont gardé des liens très étroits avec la plupart des pays arabes, seraient momentanément enclins à être plus sévères à l'égard d'Israël dont ils déplorent l'arrogance et le manque de vision historique. Les Anglais, bien que plus proches des Américains, se rendent tout de même parfaitement compte de la partialité des Etats-Unis dans ce conflit. Leur représentant à New York me faisait remarquer que chaque fois qu'il en avait l'occasion, le Premier Ministre britannique s'efforçait de convaincre le Président Nixon d'être plus ferme avec les Israéliens pour les amener à prendre une position moins intolérante. Mais jusqu'à maintenant cela n'a servi à rien pour les raisons que j'ai mentionnées plus haut. Aussi bien Londres que Paris ne voient dès lors pas, pour le moment, la possibilité de sortir de l'impasse qui leur semble rester totale.

Reste la concertation à 5. Les Français, appuyés par les Soviétiques, la préconisent de nouveau. Les Anglais n'y sont pas opposés. Les Chinois n'ont pas encore d'idée arrêtée sur cette manière de procéder. Cependant, les Américains, comme je le disais plus haut, n'en veulent pas, sachant que comme dans le passé ils seraient

immédiatement entièrement isolés et soumis à une très forte pression par les quatre autres pour qu'ils usent de leur influence sur Israël. En résumé, les Russes et les Chinois n'ont pas un intérêt véritable à ce que cette zone de tension chronique qu'est le Moyen-Orient s'apaise.

Les Etats-Unis sont malgré tout sincères, dans une certaine mesure, dans leur désir qu'une solution pacifique intervienne au Moyen-Orient. Preuves en soient leurs propositions, pour un cessez-le-feu sur le canal, de solution partielle dans cette région, ainsi que ce qu'ils appellent les "proximity talks". Cependant, tant que l'impasse subsistera, ils ne s'en formaliseront pas outre mesure, pour autant que leurs intérêts vitaux dans la région, c'est-à-dire leur approvisionnement en pétrole arabe, ne soient pas un jour menacés.

La France et la Grande-Bretagne désirent que la paix soit rétablie dans le Moyen-Orient. Leur position reflète l'inquiétude de l'Europe située à proximité de cette région explosive. Les efforts entrepris par les Anglais et les Français durant la dernière session du Conseil de sécurité ont démontré une fois de plus leur volonté de créer les conditions nécessaires permettant de parvenir à un accord sur le Moyen-Orient.

Pour conclure, et vue de New York, l'impasse aujourd'hui reste entière, et comme Israël annonce à intervalles réguliers qu'il n'a pas la moindre intention de se retirer de la plupart des territoires occupés en 1967 et dont il développe déjà certaines régions sur une base permanente, le rôle des grandes puissances est actuellement limité, puisqu'elles veulent éviter un affrontement militaire pour la cause de leurs protégés respectifs. Le statu quo actuel va donc se maintenir avec, comme corrélatif, l'escalade de la violence. C'est pourquoi, faute de mieux - et j'assiste à ce jeu depuis six ans - on finit toujours par en revenir à la résolution 242, malgré ses ambiguïtés et les différentes interprétations qu'elle suscite, et à la mission de l'Ambassadeur Jarring. Ce sont les bouées de sauvetage auxquelles tous se raccrochent désespérément, sans cependant voir encore le navire qui viendra les sauver.

Peut-être mes collègues vivant dans la région auront-ils une appréciation moins pessimiste que celle que j'apporte de New York et qui reflète l'opinion de tous ceux qui suivent l'évolution de ce drame, condamné, je le crains, à rester sans issue véritable pendant longtemps encore.

M. GRABER

fait remarquer que les ambassadeurs ont, presque naturellement, tendance à épouser la politique de leur pays de résidence. A New York, la situation est évidemment différente. Tout se passe comme si l'Observateur suisse versait du côté de la majorité des pays membres de l'ONU qui prétendent qu'il y a une partie intransigeante et l'autre souple. Cette vision des choses est par trop manichéenne; en fait, les deux parties sont intransigeantes. La Résolution 242 existe; elle est, certes, ambiguë. Qu'elle le soit ou non, elle n'a pas constitué un moyen de débloquent la situation.

M. VOGELBACHER

sagt, dass Irak ein zionistisches Israel ablehnt und will einen palästinensischen, jüdisch-arabischen Staat. In offiziellen Kreisen zeichnet sich Hoffnungslosigkeit und Resignation ab. Man ist der Ansicht, dass die Lösung in Washington liege.

M. HESS

bemerkte, dass Israel zwei wichtige Alliierte hat: die USA und die Diaspora (6 Millionen Juden allein in den USA). Jerusalem, welches eine Lösung will, betont, dass diese von den Supermächten USA und UdSSR abhängen. Die andern Länder sollen sich nicht einmischen, da sie ja doch nichts zu sagen haben. Frankreich und England wissen, dass der Schlüssel zur Lösung des Konflikts in Washington und Moskau liegt. Sie können es sich leisten, die Araber zu unterstützen und für Resolutionen zu stimmen, die sich gegen Israel richten, da sie wissen, dass sie damit Israel nicht schaden.

Bei der Haltung der Supermächte spielen Weltprobleme mit, die mit dem Nah-Ost-Konflikt in keinem direkten Zusammenhang stehen.

Wenn Israel Konzessionen machen wird, wird es sie nur gegenüber den USA machen.

Israel empfindet über den Beitritt Chinas zur UN eine gewisse Genugtuung, da dies eine gewisse Entlastung bringt und es mit fünf Grossmächten noch weniger möglich sein wird, Einstimmigkeit zu erreichen.

M. VALLOTTON

a le sentiment que dans ce conflit, les parties directement ou indirectement intéressées ne semblent pas parler du même problème. Ainsi, pour l'Egypte, la préoccupation première est de résoudre le problème frontalier et accessoirement celui de la Palestine. Le souci d'Israël reste sa survie. Pour l'Algérie, la préoccupation est plutôt théorique. Il n'y a pas de dénominateur commun. Selon un haut fonctionnaire algérien, une solution frontalière ne peut être que partielle. En fait, l'Algérie commence à penser à la possibilité d'une solution générale et pacifique, dépassant ce problème frontalier.

M. STOUDMANN

demande dans quelle mesure l'Egypte se sentirait liée par tout ce que les autres pays pourraient vouloir.

M. FREY

unterstreicht, dies sei eine zentrale Frage. Aegypten ist in eine Mittlerrolle, eine Art Grossmachtrolle, gedrängt. Seine Vergangenheit ist angesichts der gegenwärtigen Inefficiency fast eine Belastung. Aegypten hat einen Nachholbedarf an Prestige.

Aegypten liegt in der Mitte und muss eine Politik der Mitte führen. Dadurch, dass es keinen der arabischen Brüder vor den Kopf stossen darf, erweckt es Misstrauen.

Sadat könnte man mit Brüning vergleichen, der zwischen den Nazi und den Kommunisten stand. Die Kräfte der Mitte sind in Aegypten zwar unsicher, aber es ist besser, sie zu unterstützen als in den Extremismus gleiten zu lassen, sei er rechts oder links. Gerade auf der Rechten gibt es einen religiösen Faschismus, der nicht ungefährlich ist.

M. GRABER

ajoute que la liberté de mouvement du gouvernement égyptien est limitée à cause de la compétition avec les autres pays arabes. De quel poids la politique intérieure pèse-t-elle?

M. FREY

dit que la situation intérieure est moins tragique qu'en Allemagne. Le peuple est patient, la campagne et la ville sont différentes. Il n'y a pas beaucoup de problèmes intérieurs, mais des luttes intestines.

M. THEVENAZ

rapporte l'avis d'un haut fonctionnaire égyptien, selon lequel les chances de s'entendre avec la vieille garde israélienne sont nulles. Par contre, il existe dans la jeunesse israélienne un mouvement contestataire qu'il faut laisser se développer; dans une ou deux générations, c'est avec cette jeunesse que l'on pourra amorcer valablement le dialogue.

M. HESS

erklärt, dass viele Leute in Israel versuchen, sich ein Bild über die innenpolitische Lage in Aegypten und anderen arabischen Ländern zu machen. Im Aussenministerium gibt es eine ganze Sektion, der Leute angehören, die arabisch sprechen und lesen, Radio hören usw. Sie bestreiten, dass Aegypten keine territorialen Konzessionen machen könnte; Sadats Stellung sei stark genug für Verhandlungen und eventuelle Konzessionen. Die grosse Volksmasse ist ohnehin kein Problem für Sadat. Wichtig sind die Intellektuellen, Journalisten usw. Diese könnten auf Sadat Druck ausüben, um das Terrain für Verhandlungen mit Israel vorzubereiten, auch gegen den Willen anderer arabischer Staaten.

Andere Israelis, z.B. Dayan, meinen hingegen, die Zeit hiefür sei noch nicht reif. Keine ägyptische Regierung könne territoriale Konzessionen machen. Es würden bis dahin noch 10-15 Jahre vergehen.

M. TURRETTINI

rapporte qu'à New York l'impression qui domine est que la situation va se figer, parce qu'aucune grande puissance n'est prête à aller jusqu'au bout. On ne comprend pas pourquoi Israël n'est pas plus souple, plus conciliant. Si la situation se fige, Israël sera obligé d'absorber les Arabes dans les territoires occupés, qui sont tranquilles pour le moment, mais dans l'avenir, les Arabes augmenteront en nombre et ils risquent de constituer un danger. Plus Israël attend, moins il y a de chances de trouver une solution. Il demande s'il est vrai qu'Israël développe les territoires occupés.

M. HESS

gibt zu, dass auf den Golanhöhen ein Skilift erbaut wurde. Dies gehört zur Politik des Ausfüllens des Vakuums, bis es einmal zu Verhandlungen kommt.

Für diese Politik gibt es zwei Gründe:

1. Die Palästinenser müssen wissen, was die Israelis wollen. Sie dürfen nicht in der Ungewissheit gelassen werden.
2. Wenn die Israelis das Vakuum jetzt ausfüllen, zwingt dies die andern, anzunehmen, dass die Zeit für die Israelis arbeitet. Dies erzeugt einen Druck in Richtung Verhandlungen.

Siedlungen werden nur dort errichtet, wo Israel zu bleiben gedenkt, Hebron ausgenommen. Daneben denkt man an freie jüdische Siedlungen in Gebieten, die man zurückgeben will. Da eine Rückgabe die Normalisierung der Lage zur Voraussetzung hätte, wäre ein Austausch und Verkehr über die Grenzen möglich, ebenso ein Recht auf freie Ansiedlung.

M. FREY

stellt die Frage, wie sich diese Politik mit der Resolution 242 vereinbart. Dies bereitet logisch Mühe.

M. HESS

antworte, dass Israel erklärt, man könne aus zwei Gründen Krieg führen:

- a) um Territorien zu erwerben
- b) um sichere Grenzen zu bekommen.

Israel will das zweite, d.h. sichere Grenzen. Dazu gehört z.B. Sharm El Sheikh.

M. GRABER

constate que cette manière de "controverse" entre les participants à la conférence régionale est éclairante et utile. Le temps qui passe durcit la position des deux parties. Y a-t-il eu un cas dans l'histoire où une partie a cédé des territoires sans avoir tenté de les négocier? Il est difficilement imaginable que le vainqueur d'une guerre restitue les gages qu'il a pris.

M. TURRETTINI

est d'avis que les USA auraient la possibilité de faire pression sur Israël pour qu'il devienne plus souple et s'engage à se retirer. L'installation dans les territoires occupés va à fins contraires.

M. DE TRIBOLET

estime que la discussion est faussée, car il n'est fait référence qu'aux événements de 1967, comme s'il s'agissait d'un conflit pareil aux autres. Il ne faut pas perdre de vue les circonstances dans lesquelles l'Etat d'Israël est né - ce qui explique la psychologie blessée et outragée des Arabes. En Suisse, on a trop tendance à considérer Israël comme la Serbie de 1914 ou la Finlande de 1940.

M. GRABER

pense qu'il faut partir des réalités, telles que l'existence d'Israël. La Suisse doit tenter de comprendre les uns et les autres, sans prendre parti.

M. FREY

rappelle la déclaration Balfour et mentionne une brochure publiée à Jérusalem, qui ne cite que la première partie de la déclaration, dans laquelle le gouvernement britannique se prononce en faveur de l'établissement d'un foyer juif. Cette déclaration, pourtant, stipule aussi que l'établissement d'un foyer juif se fera sans préjudice pour les droits existants d'autres communautés. La résolution de 1947 sur la partition a repris ces deux points. M. Frey demande alors si l'on a respecté en Israël ces points ou si l'on est prêt à les respecter.

M. HESS

explique, dass Israel sich daran hält und entsprechend seinen Gesetzen tolerant gegenüber den Christen ist. In der Praxis wird es allerdings nicht ganz so gehalten. Israel ist eine jüdische Heimstätte, was gewisse Schwierigkeiten für Muslime und Christen bringt. Auf der anderen Seite geniessen die Araber mancherlei Rechte. Sie können an den Universitäten studieren. Es gibt einen arabischen Vize-Minister und arabische Parteien. Wahrscheinlich stellt sich die grosse Mehrheit der Araber positiv zur Regierung. Es gibt zwar Kritik, z.B. wenn eine israelische Siedlung rascher Elektrizität bekommt als eine arabische, aber die Araber sind in Israel doch relativ glücklich.

Die Christen, und zwar arabischer Herkunft, haben zahllose Kirchen. Allerdings existieren gewisse Einschränkungen. Im Souvenirhandel z.B. sind Juden an die Stelle von Christen getreten. Dies ist aber nicht die Politik der Regierung.

3. Le rôle de l'Europe

M. STOUDMANN

D'aucuns pensent que la présence soviétique en Méditerranée n'est pas sans présenter quelques similitudes avec celle des Américains. Les USA ont mis le pied au Moyen-Orient peu après la première guerre mondiale. Puissance maritime, les Etats-Unis ne pouvaient se désintéresser du libre accès au corridor méditerranéen et, par ailleurs, devenant le principal pétrolier de la région, ils eurent des intérêts majeurs à protéger. Jusqu'à la seconde guerre mondiale, les Anglais veillaient, du reste, sur les intérêts conjoints du monde anglo-saxon en dépit de quelques rivalités sur le terrain entre Londres et Washington, à propos de concessions pétrolières et du foyer national juif en Palestine par exemple. Ce ne fut qu'à l'issue de la seconde guerre mondiale que l'on vit s'aventurer dans le cul-de-sac méditerranéen les premiers navires de l'US Navy qui y renforce ses effectifs au fur et à mesure que les vicissitudes impériales de la Grande-Bretagne contraignent le Colonial Office à liquider les dernières garnisons de gurkhas qui jalonnaient plus d'un siècle durant la fameuse route des Indes. Yalta partagea l'Europe continentale - non la Méditerranée - alors formée soit de nations "capitalistes" (à l'exception de la Yougoslavie et de l'Albanie), soit de colonies et territoires sous tutelle occidentale. Conséquence naturelle de leur émergence dans l'après-guerre, les USA deviennent une puissance globale, moins par choix que par nécessité.

De ce fait, le couloir méditerranéen prenait aux yeux de la Maison Blanche une importance que n'avait eue jusqu'alors que l'isthme de Panama.

Yalta confirma par contre l'URSS dans son pouvoir continental et eurasiatique. Mais contrairement aux USA, qui ne firent aucune conquête territoriale substantielle après la victoire mais se contentèrent d'installer, parfois un peu naïvement, partout où ils le pouvaient, des gouvernements conformes à leurs idées de la démocratie libérale et de la "free enterprise", les Soviétiques, eux, colonisèrent directement et brutalement d'immenses territoires en Europe et en Extrême-Orient, qu'ils incorporèrent dans leurs frontières. Aussi les tentatives méditerranéennes de l'URSS se limitèrent-elles, dans l'immédiat après-guerre, à des revendications territoriales sur des provinces de la Turquie et de l'Iran, nations voisines. L'URSS n'avait aucun investissement outre-mer à protéger et la part soviétique dans le commerce méditerranéen et international en général était pour ainsi dire nulle.

Ce sont des raisons essentiellement politiques, et singulièrement la crise de Cuba, et, sur la scène méditerranéenne, la tentative de l'Armada franco-britannique à fin octobre 1956, ainsi que le débarquement américain au Levant en 1958, qui allaient inciter les Soviétiques à se doter des moyens de faire pièce aux Américains partout où ces derniers étaient présents.

Avec 10 ans de retard sur leurs rivaux, et en manifestant une remarquable tenacité, ils allaient tenter à leur manière la conquête du tiers monde par l'aide économique, mais surtout par des envois d'armements massifs à tout pouvoir antioccidental. La construction d'une flotte marchande et militaire polyvalentes constitua l'instrument qui permit aux Soviétiques non seulement leur présence sur toutes les mers du globe, mais aussi le début d'un commerce international, notamment du fait de l'acheminement de considérables quantités de matières premières perçues à titre de troc contre des armements provenant des surplus de la dernière guerre mondiale échangés au prix fort. La volonté de nuire aux intérêts occidentaux était évidente. Nous en fîmes nous-mêmes les frais, puisque nous fûmes contraints d'acheter le célèbre coton Karnak à longue fibre, fierté de l'économie égyptienne, à travers la Tchécoslovaquie. L'URSS finit par hériter à son tour des intérêts non seulement politiques, mais économiques à protéger.

En 1970, les deux Superpuissances se partagent la Méditerranée, chacun avec sa "clientèle" politique et ses intérêts économiques non seulement à protéger, mais encore à "ajuster" au gré des secousses qui remettent constamment en cause l'équilibre des forces locales.

Le but ultime de la diplomatie soviétique en Méditerranée est la fermeture de celle-ci à la flotte américaine - en d'autres termes la démilitarisation, la neutralisation et, partant, la dénucléarisation du "lac sacré". A lui seul, cet enjeu est si important qu'il justifie aux yeux de Moscou les fantastiques investissements à fonds perdus de l'URSS dans les pays du tiers monde arabe. Faire de la Méditerranée une "mer propre", un "lac de paix", signifie rendre celle-ci aussi anodine que la Mer Noire, en refoulant dans l'Atlantique le seul dispositif militaire efficace qui soit en contact avec les frontières les plus sensibles de l'URSS.

Si la VI^e flotte partait et allait s'ancrer en Floride, alors que la flotte rouge resterait tapie derrière les Dardanelles, dans l'éventualité où elle consentirait à évacuer elle aussi la Méditerranée, l'Europe orientale ne serait plus qu'une immense frange territoriale du bloc eurasiatique soviétique, dont la soumission et la conquête ne seraient qu'une affaire de temps. Il est à peine besoin de relever que, même unie, l'Europe occidentale n'a ni le potentiel ni les moyens financiers et technologiques suffisants pour faire échec à l'URSS et à ses alliés sur son flanc méditerranéen; a fortiori, serait-elle incapable de le faire en ordre dispersé!

Les quelque quinze années de pénétration soviétique au Moyen-Orient se caractérisent moins par une action "révolutionnaire" que par une tentative très classique, "historique" d'assurer son hégémonie globale, de se procurer des marchés et des bases, de disputer une clientèle politique et économique à l'Occident, et peut-être aussi à son rival chinois.

On peut donc se demander si le véritable enjeu de la politique de Moscou en Méditerranée est vraiment la défense très extensive des frontières de l'URSS, la destruction de l'Etat israélien et la vassalisation du Moyen-Orient tout entier qui serait obtenue à ce prix, incidemment l'accaparement des ressources pétrolières de la région, ou si ce n'est pas plutôt et plus ambitieusement le contrôle des quelque 180 millions d'Européens de l'Ouest appartenant à une Europe qui demeure un formidable réservoir de richesses et d'énergie créative qui reste au centre des préoccupations "méditerranéennes" de l'URSS.

Point de rencontre de l'Orient et de l'Occident, de l'Europe et du tiers monde, la Méditerranée - centre de foyers de troubles aigus - revêt par conséquent une importance considérable, moins sans doute en raison du conflit israélo-palestinien, exploité de diverses façons, qu'étant donné les visées soviétiques à l'égard de notre vieux continent.

Situés sur le pourtour sud et oriental de la Méditerranée, les Etats arabes s'émeuvent de la situation dans laquelle leur région se trouve ainsi placée, encore que le degré de leur anxiété diffère selon qu'ils appartiennent au groupe des pays "traditionnels" ou à celui des Etats "progressistes".

De Tunis, il n'est guère possible d'avoir une vue complète sur les objectifs réels des Etats arabes face au problème méditerranéen. Ceux-ci sont d'ailleurs nuancés, varient dans le temps, donnent même l'impression d'être parfois contradictoires, en apparence tout au moins. Aussi, nos échanges de vues permettront-ils peut-être de déterminer, dans les grandes lignes, s'il y a divergence ou concordance et, le cas échéant, à quel niveau il importerait de se placer pour en arrêter le dénominateur commun.

Resté plus intimement associé à l'Europe occidentale, par nécessité ou par inclination, le Maghreb redoute toute situation qui étranglerait cette sorte de cordon ombilical qui s'est, envers et contre tout, et malgré des soubresauts successifs, maintenu entre les deux rives de la Méditerranée. C'est en tout cas particulièrement vrai pour un pays comme la Tunisie, considéré comme tête de pont de l'impérialisme américain en Afrique par l'ensemble des camps et du tiers monde progressiste.

Ce que Tunis craint en effet le plus, vu son rapprochement avec le monde arabe, c'est d'être moins gâtée que jusqu'ici par les USA et

l'Occident. Elle ne veut pas risquer l'asphyxie et fait, conjointement, d'énormes efforts pour que son existence soit solidement liée à l'Europe, notamment par des accords aussi complets que possible avec la CEE.

Sans que l'on sache jamais exactement de qui il est le porte-paroles (monde arabe - Machrek et Maghreb - Maghreb seul - Tunisie), Masmoudi qui, depuis plus de deux ans, parcourt le monde, n'a cessé de réclamer que l'Europe prenne conscience, que ce soit dans le cadre de la conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) ou en dehors de celle-ci, des problèmes méditerranéens et, partant, de celui du Moyen-Orient qui le conditionne plus ou moins. Faisant référence au Général de Gaulle qui imaginait une Europe allant de l'Atlantique à l'Oural, le chef de la diplomatie tunisienne y a ajouté la dimension N-S, Méditerranée comprise, estimant que la sécurité de l'Europe sans celle de la Méditerranée reste une vue de l'esprit, d'où par conséquent la nécessité d'inclure dans la discussion les pays riverains de la côte sud qui y sont intéressés au même titre que ceux de la côte nord.

Nous savons tous, grâce notamment aux informations reçues du Département, le rôle qu'a joué notre délégation à Helsinki et, de deux côtés au moins, combien a été appréciée notre attitude à l'égard de l'interdépendance entre sécurité européenne et sécurité méditerranéenne.

Mais à travers l'intérêt qu'éveille tout naturellement la sécurité en Méditerranée, c'est en priorité le renforcement des liens entre les deux rives de la Méditerranée qui capte à un degré aigu l'attention de mon pays de résidence; c'est le souci que devrait avoir l'Europe de mettre sur pied une sorte de "Plan Marshall" au profit des Etats riverains moins favorisés économiquement, la sécurité de l'Europe ne sachant se concevoir tant que la Méditerranée n'est pas redevenue un "lac de paix" et aussi longtemps que subsisteront sur le pourtour de ses rives des Etats - je cite - "malades du développement, de propreté, de science" - fin de citation - qui doivent consacrer les 75 % de leur budget à l'armement au lieu de le réserver à des tâches constructives et durables. C'est dans le cadre d'une telle perspective que s'inscrivent les efforts de Tunis, Alger et, dans une moindre mesure, Rabat pour se rapprocher de la CEE, thème auquel je ne m'arrête pas davantage, car les derniers documents reçus de Bruxelles il y a à peine deux semaines, grâce à l'obligeance de notre délégation permanente auprès des communautés, nous donnent l'état de la situation et le chemin qui reste à parcourir.

Bref et ainsi que je l'ai déjà relevé au début de cette introduction, les échanges de vues qui vont sans doute suivre devraient permettre une comparaison utile des différents objectifs que les pays concernés cherchent à atteindre dans leur rapprochement avec l'Europe.

Pour faire le tour de la question, il faut encore que je dise quelques mots de ce qu'ils attendent de la Suisse.

Je ne pense pas, pour ma part, que les souhaits à l'endroit de notre pays soient très différents de ceux qui concernent l'Europe occidentale en général, quelques nuances mises à part découlant de notre position de neutre qui peut, dans certains cas, inciter tel pays à s'adresser de préférence à la Confédération plutôt qu'ailleurs afin d'éviter d'être entraîné dans une spirale politique.

L'attente porte en bref sur tout ce qui peut aider au développement, qu'il s'agisse de coopération technique, scientifique, financière, culturelle.

Pour revenir à la Tunisie et en guise de conclusion, mon pays de résidence désire savoir où il en est dans la hiérarchie des soucis de l'Europe qui se cherche et souhaite avec les pays qui en font partie une association à part entière dans tous les domaines qui engagent la paix et la prospérité.

M. THALMANN

bemerkt, dass in Aegypten Enttäuschung über die USA und damit über die Rolle der Grossmächte herrsche. Daher wenden sich die Aegypter vermehrt nach Europa. Es stellt sich die Frage, ob die anderen arabischen Länder auch ihre Hoffnungen auf Europa setzen.

Es wäre interessant zu wissen, wie in den einzelnen arabischen Staaten die Ausrichtung auf Europa ersichtlich wird.

M. GRANDJEAN

rapporte que l'Algérie, depuis l'indépendance, a essayé de se séparer de la France, mais pas de l'Europe, ceci afin de diversifier les contacts économiques. Elle entretient des relations étroites avec la RFA, l'Espagne et l'Italie sur le plan économique. Elle s'est rapprochée de Washington malgré l'absence de relations diplomatiques, mais en vue de l'exploitation du gaz naturel.

En ce qui concerne la CSCE, l'Algérie est l'un des pays les plus actifs et elle joue un rôle déterminant dans les couloirs. Dans le

cadre du rapprochement avec l'Europe occidentale, l'Algérie veut jouer le rôle de leader.

M. VOGELBACHER

sagt, dass die progressiven Staaten auch mit Europa verflochten sind. Ihre Hinwendung zu Europa ergibt sich aus der europäischen Abhängigkeit vom Erdöl und umgekehrt aus der Abhängigkeit der arabischen Staaten von der europäischen Technik und Entwicklung. Es handelt sich also um einen Austausch, der ökonomisch und technologisch begründet ist. Die Progressiven wollen das Erdöl als Waffe benutzen, aber dennoch bleiben sie von Europa abhängig.

M. DUBOIS

constate que si le Liban s'est traditionnellement tourné vers la France, il amorce ces derniers temps un mouvement vers l'Italie, le Royaume-Uni et la RFA. Les relations avec les USA sont bonnes, à part le refroidissement provoqué par les récents événements de Beyrouth.

M. CASANOVA

dit que les relations de l'Arabie Saoudite avec l'Europe sont conditionnées par des raisons économiques. Les relations politiques entre l'Arabie Saoudite et les USA sont excellentes et elles sont conditionnées par la question du pétrole. De son côté, la France fait d'immenses efforts et d'immenses bassesses pour reprendre son rôle.

M. DE TRIBOLET

estime que les cas marocain et tunisien sont assez semblables. Davantage que l'Algérie, le Maroc a conservé sa personnalité au lendemain de l'ère coloniale; il souffre moins de ce complexe d'infériorité qui caractérise nombre d'autres anciennes colonies et a gardé des liens spéciaux, naturels avec la France. Le 58 % de sa population a 20 ans ou moins. La reprise des terres (rendues

aux fellhas) a eu, certes, des conséquences désagréables et a touché des intérêts suisses. Cependant, le prochain plan de développement reste basé sur l'entreprise privée, du moins dans la mesure du possible. Les USA, bailleurs de fonds les plus importants, sont fortement implantés. Le Maroc est déterminé à resserrer autant qu'il peut ses liens avec l'Occident.

M. THALMANN

sagt, dass man seine Frage wohl falsch verstanden habe. Ihn interessiert, was die arabischen Staaten von Europa in Bezug auf den Nahost-Konflikt erwarten. In Helsinki war die Rede davon, dass die Resolution 242 gutgeheissen werden soll. Dies würde uns in Verlegenheit setzen.

M. GRABER

rapporte ce qu'il a appris à la Ligue arabe, à savoir la prochaine création d'une commission (composée de l'Algérie, la Tunisie, l'Egypte et le Soudan) qui s'attacherait à trouver une réponse à la question suivante: est-il opportun que l'Europe (via Helsinki?) s'occupe du problème du Moyen-Orient, étant donné la paralysie des grandes puissances?

M. FREY

fügt hinzu, dass die Verflechtung der arabischen Staaten mit Europa drei Aspekte hat:

- a) das bilaterale Verhältnis zu den früheren Kolonialmächten, zu denen enge Bande der Sprache, Tradition und Geisteswelt und wirtschaftliche Beziehungen bestehen;
- b) der Konflikt mit Israel, bei dem die Unterstützung Europas für den - wie die arabischen Staaten es sehen - Kampf ums Recht gesucht wird. Die französische Haltung seit Präsident de Gaulle hat der arabischen Sache sehr geholfen. Viele Europäer haben heute Verständnis für die arabische Position und sehen Israel

kritischer. Das Mittelmeer als vermittelnde Verbindung zwischen Europa und dem Mittleren Osten spielt dabei eine wichtige Rolle;

- c) die wirtschaftliche Entwicklung des Mittleren Ostens, der die technologische Hilfe Europas dringend braucht.

M. GRABER

rappelle ses récents entretiens avec MM. Masmoudi et Riad. Le premier estime que la sécurité et l'indépendance de l'Europe sont intimement liées à la Méditerranée; il est dans l'intérêt de l'Europe de soutenir la Tunisie. Le second pense qu'il est grand temps que l'Europe, profitant du désarroi américain, donne des conseils impératifs à Washington en vue d'infléchir la politique pro-israélienne des Américains.

M. VALLOTTON

ajoute que l'Algérie attend une compréhension active de la part de l'Europe, dans le sens de ce que nous avons fait à Helsinki. Dans l'affaire des Palestiniens, elle attend aussi de la compréhension, mais elle réalise qu'il faudra attendre plus longtemps. La question, pourtant, est moins importante pour l'Algérie, qui se solidarise avec les problèmes du peuple palestinien. Alger a de la sympathie pour la lutte du peuple palestinien, car l'Algérie a dû lutter pour sa propre indépendance et elle demande de nous que nous comprenions son attitude.

M. GRANDJEAN

ajoute que l'Algérie connaît des difficultés avec les CE, car elle n'a pas réussi à passer avec elles un accord à son gré satisfaisant.

M. HESS

explique, dass Israel alles unternimmt, um möglichst gute Beziehungen, vor allem wirtschaftliche, mit Europa zu unterhalten. An erster Stelle ist England zu nennen, dann Italien. Die Franzosen machen ebenfalls gute Geschäfte. Der Importüberschuss zu Gunsten Europas

beträgt 500 Millionen Dollar pro Jahr. Insbesondere ist die Handelsbilanz der EWG aktiv.

Israel hat aber auch Interesse an guten Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Europa, denn jene verhindern Repressalien! So ist Israel nicht gegen die deutschen Bemühungen um bessere Beziehungen zu den arabischen Staaten. Auch würde Israel die Normalisierung der Beziehungen mit USA nicht stören. Denn diese können ganz unabhängig vom Konflikt gut oder schlecht sein.

4. Problème palestinien

M. HESS

Vorerst zur Definition. Was bedeuten die "Rechte des palästinensischen Volkes"? Nach israelischer Auffassung ist dies ein politisches Schlagwort wie Demokratie, Friede, Freiheit etc., das jeder nach seinen eigenen Interessen auslegt und ausnützt.

Nach israelischer Auffassung gibt es kein palästinensisches Volk und keine historischen Rechte eines solchen Volkes, die man wieder herstellen müsste. Dies sind Begriffe, die nur dank der arabischen Propaganda, von jedem arabischen Herrscher für seine eigenen Zwecke missbraucht, in die Weltpolitik gedrungen sind. Die Philister waren ein Volk vorchristlicher Zeit; das nach ihnen benannte Palästina existiert erst seit 1918, wobei daraus später Transjordanien, dann Israel und Jordanien entstanden. Auf dem Gebiet Palästinas gab es aber immer Araber, Beduinen, Juden und Christen. Unter den Palästinensern pflegt man die Araber zu verstehen, die einmal auf dem Gebiet des britischen Mandates Palästina lebten. Davon sind heute 300'000 in Altisrael, 600'000 in Jordanien und 1 Million in den seit 1967 besetzten Gebieten. Die meisten von ihnen haben ihre Beschäftigung und ihren festen Wohnsitz und streben eine Lösung an, die mit der Existenz eines jüdischen Staates Israel kombiniert werden kann; in der Regel eine Lösung, welche ein Jordanien mit Souveränität über Cisjordanien, eventuell auch Gaza und ein jüdisches Israel innerhalb seiner Grenzen von 1948 vorsieht. Ob Israel für seine Sicherheit einige unbewohnte Landstriche mehr erhält oder nicht, ist ihnen im übrigen nicht so wichtig. Für die Lösung dieser wichtigsten Seite des Palästinaproblems, nämlich die Beziehungen zwischen Israel und den genannten drei Gruppen Palästinensern gibt

es zahlreiche Vorschläge, so der Hussein-Plan, der Allon-Plan etc. Auch diese Seite ist komplex, besonders wegen Jerusalem, aber lösbar, sobald einmal Aegypten das grüne Licht für Verhandlungen gibt.

Israel und Jordanien sind sich einig, dass es zwischen dem Mittelmeer und der Wüste nur 2 Staaten geben soll, nämlich den jüdischen Staat Israel und den arabischen Staat Jordanien, in welchem die Beziehungen zwischen den Palästinensern und den Beduinen und zwischen Cis- und Transjordanien nicht Sache der Israeli sondern des jordanischen Regimes sind. Platz für einen dritten, palästinensischen unabhängigen Staat hat es nicht.

Was man unter dem politischen Schlagwort "Palästinaproblem" meist versteht, reduziert sich damit auf eine Teilfrage, nämlich die Zukunft der Flüchtlinge. Diese sind Resultat des arabischen Angriffes gegen Israel 1948/49; sie wurden seither von den arabischen Regierungen in ihrem Kampf gegen Israel politisch und als Ersatz für militärische Erfolge benützt. Auch unter diesen Flüchtlingsmassen, über deren Zahl die Meinungen differieren, sind weitaus die meisten friedlich gesinnt und wären bereit, wie die Juden aus arabischen Ländern in Israel, sich im Sinne des UNO-Beschlusses über die Schaffung einer jüdischen Heimstätte in arabischen Ländern anzusiedeln. Ein winziger Teil der arabischen Milliardenereinnahmen aus dem Erdöl hätte genügt, um die Ansiedlung längst zur vollen Zufriedenheit aller Flüchtlinge durchzuführen. Die Politik der arabischen Staaten hat dies verhindert.

Dank finanzieller Unterstützung durch die Araber (die Motive dafür sind ganz verschieden), konnten aus diesen bewusst in elenden Lagern belassenen Flüchtlingsmassen ungefähr 20'000 Guerillakämpfer gebildet, trainiert und bewaffnet werden, die sich zum Programm verpflichteten, Israel zu vernichten, ein Ziel, das die arabischen Regierungen nach israelischer Auffassung ebenfalls verfolgen, aber nicht selber erreichen können oder wollen. Jede arabische Regierung verfolgt mit der Unterstützung der palästinensischen Extremisten ein anderes Ziel und gestaltet deshalb auch ihre Beziehung zu ihnen in besonderer Weise. Jedenfalls aber würden diese künstlich geschaffenen und am Leben erhaltenen, ferner von den Wünschen und Interessen der Masse der palästinensischen Araber losgelösten Terrororganisationen sofort in sich zusammenfallen, wenn die arabischen Regierungen sie nicht mehr unterstützen würden. Ohne irgendwelchen Schaden könnten diese die Unterstützung abbrechen, sobald sie sich ernsthaft entschliessen, den Frieden mit Israel anzustreben. Diese Unterstützung betrachtet Israel m.a.W. als Beweis, dass ein solcher Entschluss nicht gefasst ist.

Daraus zieht Israel folgende Konsequenzen:

1. Das Schlagwort "Israel verletzt die Rechte des palästinensischen Volkes" kann ad absurdum geführt und eine Lösung für das Palästina-

problem gefunden werden, durch Schaffung guter Beziehungen mit der eingewohnten arabischen Bevölkerung der besetzten Gebiete, durch Befriedung der Flüchtlinge in den besetzten Gebieten, durch faktische Normalisierung der Beziehungen zu Jordanien und Anerkennung des jordanischen Königs als Sprecher und Souverän der Palästinenser; ferner durch gezielte Aktionen gegen die Guerillas nach zahlreichen Vorbildern in Südamerika, Kanada, Afrika, Osteuropa etc.

2. Dabei wird anerkannt, dass ein echtes Flüchtlingsproblem existiert, wer immer dafür die Schuld trägt. Israel schlägt vor, in einer internationalen Konferenz eine Lösung für Ansiedlung und Finanzhilfe zu suchen. Es lehnt aber die freie Einschleusung aller Flüchtlinge nach Israel ab, da dies seine Existenz gefährden würde.
3. Die Unvereinbarkeit der arabischen Friedensbeteuerungen einerseits und der Unterstützung der Fedayin, welche Israel vernichten wollen andererseits, soll ausgewertet werden, als eines der Mittel, um der arabischen Propaganda im Ausland entgegenzuwirken und um mitzuhelfen, die Araber zu Verhandlungen zu bringen.

Den Terroristen gegenüber ist Israels Einstellung folgende, gemäss Zitat aus einem Leitartikel zur Sicherheitsratsdebatte über den Raid in Beirut: "Wir verlangen von keinem Staat, für unsere Existenz und Unabhängigkeit zu kämpfen und dafür seine Beziehungen zu den arabischen Staaten zu opfern. Dagegen können wir nicht akzeptieren, dass ein Staat, der unsere Existenz und unser Recht auf Sicherheit anerkennt, den Terroristen das Recht zubilligt, israelische Staatsangehörige ungestraft zu töten". Demgegenüber ein anderes Zitat aus einem Leitartikel von Claude Monnier im Journal de Genève: "Israël devrait agir en leader responsable et état civilisé et moderne. Israël, un état industriel moderne, a prouvé sa force en 1967. Il est inacceptable qu'il batte les Palestiniens où il se trouvent. On comprendrait au Caire ou Tripoli, mais pas au faible Liban". Diese Haltung akzeptieren die Israeli nicht. Wie gesagt, betrifft aber diese Divergenz nur einen kleinen Teilaspekt des gesamten Palästinaproblems.

Wie stellen sich die Grossmächte, Europa, und die Anrainer des Mittelmeeres zum Palästinaproblem? Wie einmal das Verhältnis Israel/Jordanien gelöst werden soll, ist ein Teilaspekt der bereits behandelten allgemeinen Lösung des Nahostkonfliktes. Zum Problem Flüchtlinge, UNRWA etc. möchte ich mich ebenfalls weiter nicht äussern, ebenso wenig zu Terrorismus, Highjacking etc. im allgemeinen. Zur Haltung den palästinensischen Kampforganisationen, Guerillas, Fedayins gegenüber folgende Bemerkung:

- China unterstützt sie mehr verbal und politisch als effektiv; China will mit ihnen für alle Fälle Kontakte haben, eine wichtige Priorität haben sie nicht.

- Die UdSSR unterstützt die Fedayin vorsichtig und mit Zurückhaltung, soweit ihre Politik der Unterstützung der Araber und des langsamen Ausbaus von Positionen im arabischen Raum dies als angezeigt erscheinen lässt. Für die UdSSR ist diese Unterstützung aber sekundär und ist ohnehin wie die ganze Nahostpolitik z.Zt. untergeordnet dem wichtigen Détenteverhältnis Nixon-Breschnew.
- Für Europa stehen alle möglichen Sonderinteressen wie die traditionellen Beziehungen zu Libanon, Wirtschaftsinteressen in der arabischen Welt im allgemeinen, EWG-Solidarität etc. im Vordergrund. Die Einstellung zu den Fedayin kann solchen Interessen untergeordnet werden, weil man den Vorrang der Supermächte im Nahostkonflikt ganz allgemein anerkennt. Man laviert, um möglichst vom Terror nicht betroffen zu werden, im Bewusstsein, dass wenn einmal der Nahostkonflikt einer Lösung näher kommt, der Terrorismus automatisch austrocknen wird.
- Die USA scheinen die sekundäre Rolle und Künstlichkeit der Fedayinbewegung anzuerkennen. Priorität hat der Konflikt zwischen den Nahoststaaten; man geht davon aus, dass das Problem der Flüchtlinge und ihrer aggressiven Extremisten sich nachher leichter lösen lasse. Bis dahin muss der Terror bekämpft werden; soweit dies nicht möglich ist, muss man mit ihm leben.
- Wie gesagt, ausschlaggebend ist für das Problem die Einstellung der arabischen Geldgeber. Solange diese ein Interesse am Extremismus sehen, wird er nicht aussterben und niemand wird eine Lösung finden.

M. FREY

gibt zu, dass mit dem Palästina-Problem viel Tränendrüsen-Propaganda getrieben wird. Es steht aber fest, dass viele Araber von Israel mit Terrormassnahmen zur Emigration gezwungen wurden. Unser palästinensischer Vertrauensarzt ist ein Zeuge! Andererseits werden die Palästinenser, obwohl sehr tüchtig, in den arabischen Ländern nicht unbedingt geschätzt. Ihre Ansiedlung kann geradezu zu einer Gefahr werden, wenn man sich der grossen Zahl von Palästinensern, z.B. in Kuwait und Saudi Arabien, und der wichtigen Stellungen, die sie inne haben, bewusst wird.

Stimmt es, dass die vierte Genfer Konvention von Israel in den besetzten Gebieten nicht angewendet wird?

Zum Thema Terror ist zu sagen, dass Israel die Tendenz hat, jeden Palästinenser als Terroristen zu bezeichnen. Dies ist aber eine

unberechtigte Simplifizierung. Wie jede Freiheitsbewegung bedient sich die palästinensische des Terrors als ultima ratio, da sie keinen anderen Ausweg sieht. Wir waren im letzten Weltkrieg von den Taten der Widerstandsbewegung in den deutsch besetzten Gebieten begeistert. Wir sollten daher auch Verständnis für den Freiheitskampf der Palästinenser aufbringen.

M. GRABER

rappelle qu'Israel conteste l'applicabilité de la IVème Convention, sous prétexte qu'il n'existe pas de territoires "occupés", mais simplement des territoires "récupérés". Néanmoins, Jérusalem appliquerait, à ses dires, le 4/5 de la Convention de manière autonome. Pour ce qui est de la IIIème Convention, Israël reproche aux pays arabes leur carence totale. (Dans ce contexte, M. Graber fait allusion aux difficultés du CICR en Indochine: refusé par le Vietnam du Nord, le CICR est toléré par le Vietnam du Sud où il ne peut, en fait, assumer ses responsabilités. D'où le dilemme: soit le CICR s'indigne publiquement, au nom des principes, et se retire, au risque de se voir éliminé de tous les "points chauds" dans le monde, soit il tente de faire tout ce qui est humainement possible pour exercer, même imparfaitement, son mandat).

M. GRANDJEAN

constate que les Arabes ont tout intérêt à entretenir les camps de réfugiés pour maintenir des foyers de tension. L'Algérie reproche à l'Occident de soutenir l'oeuvre de l'UNRWA.

M. BINDSCHEDLER

explique, dass es nicht die Aufgabe des IKRK sei, gegen die Nicht-Anwendung der Genfer Konventionen zu protestieren. Dies wäre die Aufgabe der Schutzmächte. Im Mittelostkonflikt haben wir aber gerade deswegen ein Problem besonderer Art, weil keine Schutzmächte ernannt worden sind. Es sollte automatisch bei jedem Konflikt eine Schutzmacht ernannt werden.

Wegen der Weigerung, die Kriegsgefangenen herauszugeben, kann den Arabern rechtlich kein Vorwurf gemacht werden. Denn die Kriegsgefangenen müssen gemäss Dritter Konvention erst nach Ende der Feindseligkeiten entlassen werden. Vorher braucht es die Zustimmung beider Mächte.

Was die Konvention über den Schutz der Zivilbevölkerung betrifft, ist Israel rechtlich verpflichtet, sie anzuwenden. Es gibt keinen Grund, dies nicht zu tun.

M. HESS

sagt zum Punkt 2 von Herrn Bindschedler, dass laut Kriegsgefangenen-Konvention die Freigabe bei Beendigung der aktiven Kriegsführung erfolgen soll. Seit 1970 besteht kein aktiver Kriegszustand mehr. Folglich besteht die Verpflichtung zur Herausgabe.

M. GRABER

constate que, quelle que soit la valeur des arguments des juristes, la IVème Convention n'est pas appliquée. Ce sujet délicat n'a pas été abordé avec M. Zayyat, car l'on se trouve dans le domaine des gages politiques.

M. FREY

précise qu'il s'agit de 10 personnes, dont 4 pilotes, deux ayant la nationalité américaine. Des visites leur sont faites chaque semaine.

M. THALMANN

bemerkt, dass in seinem einleitenden Referat Herr Hess auch das Problem Jerusalem gestreift hat. Die Israelis sagen, man könne auch dieses Problem auf dem Verhandlungswege lösen. Das ist aber ein Propagandastück. Israel hat die Integration Jerusalems selbst als "irreversible process" bezeichnet. Man sieht deshalb nicht recht, wie dieses Problem auf dem Verhandlungswege gelöst werden kann.

5. Etats arabes et organisations de libération palestiniennes

M. DUBOIS

Il n'est guère possible de traiter ce problème sous forme de considérations générales, vu les modifications constantes qui se produisent dans l'état des relations entre pays arabes et organisations de résistance. Toutefois, en se reportant quelque peu en arrière, l'on constate - et les dirigeants palestiniens doivent le reconnaître - que depuis l'acceptation par Nasser du plan Rogers, en juillet 1970, la situation de ces organisations s'est beaucoup détériorée.

Si l'on s'en tient aux pays arabes limitrophes d'Israël, on observe que le soutien de l'Egypte paraît bien se borner à une assistance presque purement verbale. La Jordanie, elle, a complètement éliminé ces organisations entre 1970 et 1971, à l'exception d'une unité de l'ALP stationnée sur son territoire, mais pratiquement incorporée à l'armée jordanienne. Quant à la Syrie, elle contrôle strictement toute l'activité de ces organisations; du reste, la plus importante de celles-ci sur son territoire, la Saïka, est subordonnée aux forces armées syriennes. Précisons que ce contrôle est devenu si strict qu'aucune action de commando en direction d'Israël ne peut se faire sans la permission expresse des autorités syriennes. Or, ces autorisations doivent vraiment être délivrées au compte-gouttes vu les rares annonces d'attaques de fedayins faites par la radio israélienne ou celle au service des Palestiniens.

Avant de passer au dernier pays ayant une frontière commune avec Israël, le Liban - question sur laquelle je reviendrai avec plus de détail - passons ici en revue les diverses attitudes prises par les autres Etats arabes à l'égard de la résistance palestinienne.

L'on trouve tout d'abord le groupe des régimes conservateurs qui, pour divers motifs, accordent des subsides financiers souvent importants aux organisations de résistance. Dans ce groupe, il y a l'Arabie saoudite et les Emirats du Golfe persique, pays qui, grâce à leur pétrole, disposent de gros revenus. Dans le cas des Emirats, l'on a vraiment l'impression que le versement de ces subsides constitue une forme d'assurance en vue d'éviter les troubles que pourraient provoquer les nombreux palestiniens travaillant chez eux. Quant à l'assistance financière saoudienne, je ne reviendrai pas aux raisons qui conduisent ce régime très conservateur à la verser, car mon collègue Casanova l'a clairement exposé dans l'un de ses rapports qui nous a été transmis.

Puis viennent les Etats dont l'appui est verbal ou consiste à critiquer d'autres pays frères qui n'interviennent pas assez

activement en faveur de la résistance palestinienne. Ainsi l'Irak, qui sporadiquement verse une assistance financière et maintient peut-être encore un ou deux camps d'entraînement de fedayins sur son territoire, mais, on s'en souvient, s'abstint prudemment d'intervenir en leur faveur durant les combats de septembre 1970 en Jordanie; ainsi la Libye qui, l'année passée, avait envoyé quelque six cents volontaires appuyer les commandos palestiniens en Syrie, mais, prétextant leur inactivité, les a retirés il n'y a pas longtemps; le bruit court également qu'elle aurait suspendu son aide financière au Fath et au FPLP.

Quant à l'Algérie, dont l'aide - à ma connaissance - consistait en livraisons d'armes et d'équipements aux commandos, l'on affirme qu'elle aurait fait savoir aux responsables palestiniens que leur politique actuelle était vouée à l'échec et qu'une révision de leurs activités s'imposait. A ce propos, il faut relever que l'Ambassadeur d'Algérie à Beyrouth entretient des contacts constants avec les organisations palestiniennes et l'on a l'impression que sa principale activité est d'effectuer la liaison entre celles-ci et son gouvernement, dont il faisait partie avant de venir au Liban. Selon les informations publiées dans la presse libanaise, l'OLP a tenté, à la suite de ces critiques, de mettre sur pied un "front oriental d'un type nouveau" - comme le qualifiait son porte-paroles, feu Kamal Nasser - front qui aurait groupé l'Irak, la Syrie et la résistance palestinienne. Mais cette tentative a jusqu'à présent été vouée à un échec en raison des différences qui séparent Bagdad de Damas. En outre, ce projet provoque des divisions au sein même des groupements palestiniens, certains éléments modérés craignant que cette association avec l'Irak et la Syrie ne provoque une rupture avec les régimes conservateurs et une suppression de tout ou partie de leurs subsides.

Revenant au Liban, il faut constater que c'est, je crois, le seul pays où les organisations palestiniennes jouissent d'un tel degré de liberté au point de constituer presque un Etat dans l'Etat. C'est ainsi que les camps de réfugiés échappent complètement au contrôle des autorités libanaises et s'organisent d'une manière tout à fait autonome, sous la direction des organisations palestiniennes. Cette situation, qui certainement ne reflète pas les vœux de la majorité des Libanais, est le résultat d'un ensemble de facteurs découlant de la nature même du Liban.

La faiblesse du gouvernement, due à la composition complexe du pays le forçant à maintenir un équilibre fragile entre les différentes confessions et à l'intérieur de celles-ci entre les différents rites et sectes, a pour conséquence ce faux-semblant de libéralisme. Cela a permis aux Palestiniens, venus se réfugier au Liban sur une terre hospitalière qui leur offrait sécurité et possibilités de travail, de peu à peu s'organiser sans interférence du gouvernement. Durant le mandat du Président Hérou, la situation intérieure se

dégrada profondément et la résistance en profita pour renforcer ses assises dans le pays. De concessions en concessions, le gouvernement perdit peu à peu le contrôle des Palestiniens. Au moment des premiers actes de terrorisme en 1969 déjà, alors qu'on s'interrogeait sur leur origine, le chef du gouvernement osa affirmer très officiellement qu'il n'y avait pas un seul fedayin au Liban; très vite, on s'aperçut du contraire, mais il était déjà trop tard et le pouvoir trop faible ne put pas redresser une situation qui le dépassait.

Les abus de pouvoir commis par la résistance finirent par provoquer une tension extrême entre la population et les Palestiniens et l'on fut, en 1969, à deux doigts de la guerre civile. Cette situation aboutit à la signature au Caire le 2 novembre d'un accord entre le commandant en chef de l'armée libanaise et Yasser Arafat, accord qui, s'il semble avoir apporté de très rares restrictions à l'activité des Palestiniens, consacrait les droits qu'ils s'étaient arrogés. L'arrivée à la présidence de la République du Président Frangié, qui coïncida avec la mort du Président Nasser, amenèrent un net redressement de la situation. Dès les premiers jours de son mandat, le Président Frangié sut faire preuve d'autorité d'une manière qui contrastait avec les méthodes passives de son prédécesseur. Néanmoins, il ne fut pas possible d'annuler les concessions accordées précédemment. A la suite de diverses attaques israéliennes visant les fedayins, mais dont souffrirent particulièrement les populations frontalières, l'armée libanaise reprit toutefois sous son contrôle une large bande de territoire, au grand mécontentement des commandos qui perdaient ainsi des bases de départ vers Israël. Par ailleurs, on veilla à empêcher que l'action des Palestiniens ne déborde hors des camps; mais à l'intérieur de ceux-ci, les autorités libanaises continuent à ne pouvoir exercer aucun contrôle. A tel point qu'aujourd'hui, un jeune Français soupçonné - à tort ou à raison, personne ne peut le dire - d'intelligence avec l'ennemi à la suite de l'attaque israélienne sur Beyrouth le 10 avril dernier, a été appréhendé par les fedayins, emmené dans un camp où il est encore détenu sans que les Libanais, en dépit des pressantes démarches de l'Ambassade de France, n'aient pu obtenir son transfert devant la Justice libanaise. L'on prétend même qu'après divers incidents qui ont suivi cette attaque, le Président Frangié aurait demandé à Arafat que les camps soient replacés sous contrôle libanais, mais qu'il se serait heurté à un refus.

Il est clair que la présence de commandos palestiniens à Beyrouth a provoqué une vague de critiques dans de larges couches de la population libanaise, spécialement dans les milieux chrétiens et il en est résulté une certaine tension qui, selon les nouvelles publiées aujourd'hui, a abouti à de graves incidents entre l'armée et les commandos.

Par ailleurs, l'on annonçait que quelques dirigeants palestiniens envisageaient un retour de la résistance à la clandestinité avec un transfert des postes de commandement à Damas, ce qui n'est pas

souhaité par les autorités syriennes. Une chose est certaine, c'est que les chefs palestiniens qui, comme leur trois camarades tués lors du raid du 10 avril, habitaient dans un quartier résidentiel bien coté de Beyrouth, ont dû tous disparaître pour des retraites plus discrètes. Cette forme d'embourgeoisement, qui a permis à Israël de supprimer trois personnages importants, a certainement dû soulever après coup des critiques acerbes au sein des organisations de résistance.

En terminant cet exposé, je voudrais faire quelques remarques sur l'attitude des pays arabes face au terrorisme palestinien. Il est à mon avis difficile de définir avec précision cette attitude, ceci d'autant plus que le verbalisme arabe ne contribue pas à éclaircir la situation.

L'on peut toutefois penser que dans la majorité des pays arabes, même ceux qui soutiennent les actes terroristes palestiniens, il existe une crainte voilée de répercussions dont ils pourraient eux-mêmes pâtir un jour. Il ne faut pas oublier que par leurs activités, les terroristes cherchent à renverser les institutions existantes pour les remplacer par un ordre nouveau, ceci aussi bien en Israël que dans les pays arabes où les extrémistes palestiniens estiment ne pas trouver assez d'appui. En outre, le terrorisme tel qu'il est pratiqué va souvent à l'encontre de la propagande arabe et, aujourd'hui plusieurs gouvernements s'en rendent compte. Même certains chefs palestiniens ne cachent plus leur répugnance à l'usage de telles méthodes.

Je me bornerai ici à relever l'attitude du Liban, car c'est sans doute le pays le moins enclin à admettre le terrorisme comme moyen de lutte. Mais, c'est en même temps le pays le moins bien protégé pour s'opposer à de tels actes à partir de son territoire. Les camps de fedayins jouissant d'une manière d'exterritorialité au sein même du pays, à l'abri de tout regard indiscret, peuvent exercer toutes sortes d'activités plus ou moins avouables. En revanche, respectant bon gré mal gré cette autonomie, le Liban s'abstient en fait d'intervenir lors d'attaques israéliennes sur les camps. Le Liban fut, en tous les cas, le seul pays à avoir manifesté officiellement et sans équivoque sa désapprobation de tous les actes de terrorisme.

M. GRANDJEAN

explique que la position de l'Algérie est logique. Dès le début, elle a toujours refusé de reconnaître que la paix était une solution. La seule solution possible est la poursuite de la guerre. L'Algérie est l'un des cerveaux du terrorisme arabe; les actes de terrorisme sont inspirés et préparés à Alger. L'expérience et les

contacts que M. Grandjean a eus ont permis de conclure que la préparation et l'entraînement des commandos se font en Algérie.

Pourquoi l'Algérie a-t-elle adopté cette attitude? Belliqueux, l'Algérien s'est toujours battu contre des conquérants. L'Algérie est éloignée du conflit, par conséquent à l'abri des Israéliens. L'Algérie sait le prix du silence et de la discrétion. Elle a un régime autoritaire. Les Algériens sont des gens intelligents, subtils, passés maîtres dans l'art du faux papier. Ils ont remis des passeports diplomatiques algériens à des Palestiniens. L'Algérie est la plaque tournante des mouvements palestiniens; le FATAH a une vitrine à Alger, mais il n'y joue aucun rôle.

M. GRABER

ajoute que le soutien algérien ne va pas uniquement aux terroristes palestiniens, mais à tous les mouvements de libération dans le monde.

M. GRANDJEAN

ajoute que l'Algérie a adopté une position en flèche dans les mouvements révolutionnaires pour se mettre à la tête du tiers monde.

M. GRABER

pose deux questions:

- 1) Que recouvre, en fait, l'organisation faïtière?
- 2) Que représente "septembre noir"? Il semble qu'avant l'apparition de cette organisation, les Etats arabes ont eu une attitude hostile à l'égard du terrorisme, du moins n'y ont-ils pas été favorables. Par contre, à l'occasion des événements de Munich, aucun gouvernement arabe ne s'est publiquement désolidarisé de "septembre noir". A Munich, le terrorisme a compté, pour la première fois, ses victimes.

M. DUBOIS

indique que l'OLP a un conseil national des organisations palestiniennes avec un comité central comprenant un savant dosage entre le FATAH, le FPLP et deux autres organisations. Le FATAH est l'organi-

sation la plus nombreuse, mais peut-être aussi la plus embourgeoisée. Septembre Noir est financé par l'OLP, mais sans qu'il y ait de certitude à ce propos.

M. BERTHOUD

précise qu'Arafat est à la fois président de l'OLP et président du FATH, organisation la plus importante et aussi la plus violente (mis à part les mouvements de tendance marxiste). Le Conseil national de l'OLP est, en réalité, une foire d'empoigne qui illustre bien la désunion arabe. Selon des indications fournies par le Jordanien Aboud, "Septembre noir" serait synonyme du FATH pour les opérations de terrorisme. Au fond, l'OLP, modérée dans les paroles, est tout aussi violente dans ses actes que les autres organisations. Lors des premiers chocs, très durs, entre les Feddayins et l'armée libanaise (1964/68), les éléments feddayins étaient constitués au moins à 50 % par des troupes régulières syriennes déguisées.

M. TURRETTINI

demande si, lors des événements de Beyrouth, au cours desquels des commandos israéliens ont abattu des Palestiniens, il y a eu connivence entre l'armée libanaise et les Israéliens pour arriver à ce résultat, comme certaines personnes l'ont pensé.

M. DUBOIS

précise que l'armée libanaise a publié un communiqué par lequel elle expliquait sa non-intervention par le fait qu'elle croyait être en présence de combats entre feddayins.

M. DUMONT

erklärt, dass für Jordanien das Palästina-Problem lebenswichtig ist, da es sein wichtigstes Territorium verloren hat. Deshalb unternimmt Hussein alles, um zu einer Lösung zu kommen (vgl. den Hussein-Plan). Seit Oktober 1970 und Juli 1971 unterstützt er die palästinensischen Organisationen nicht mehr, da er weiss, dass palästinensische Kreise

die Vernichtung der haschemitischen Familie anstreben, um z.B. eine volksdemokratische Republik zu errichten. Hussein versucht aber, die palästinensische Minderheit zu schonen, ja er würde sogar die Fedayin unterstützen, wenn sie sich der Armee unterstellen würden.

M. HESS

fügt hinzu, dass Israel den Hussein-Plan zuerst ablehnte, weniger wegen dem Inhalt als wegen der Form. Denn Israel will verhandeln und kann daher nicht fremde Pläne akzeptieren. Eine Föderation zwischen Cis- und Transjordanien würde aber den Israelis zusagen. Deshalb erfolgten später Aeusserungen, dass der Plan als Basis für Verhandlungen gelten könnte. Die israelische Tendenz geht dahin zu sagen, die Palästinenser haben ja ihr Land (Cis- und Transjordanien). Wir wollen nur Sicherheit. Die Organisation jenes Landes ist aber Sache der Palästinenser.

6. Unité arabe

M. FREY

A. Arabische Einheit

Die arabischen Völker haben ihren inneren Zusammenhalt in der gemeinsamen Sprache, Literatur und Geisteswelt, in verwandten Gebräuchen und Traditionen und in der Religion des Islam. Diese Gemeinsamkeit gibt den Völkern die Ueberzeugung, dass sie über alle geographischen und politischen Differenzen hinweg schicksalsmässig verbunden sind. Diese Ueberzeugung reicht weit in die Welt der Mythen und ist damit unbezwingbar.

Aehnlich wie bei der deutschen und der italienischen Einigungsbe-
wegung des 19. Jahrhunderts ist dieser Mythos als politischer Vor-
spann benutzt worden. Und ähnlich wie dort brauchte es die äussere
Gefährdung dazu, die Herrschaft des Ottomanischen Reiches. Als
dieses 1918 zusammenbrach, sahen sich die arabischen Nationalisten
getäuscht, weil Grossbritannien und Frankreich, die sie während des
Krieges ermuntert hatten, nun kein arabisches Nachfolgereich wollten.
Doch die Bewegung der arabischen Einigung war im Gange. Am 29. Mai
1941, angesichts der Machenschaften der Achsenmächte im Mittleren

Osten, erklärte Anthony Eden: "His Majesty's Government will give their full support to any scheme that commands general approval". Nouri Pacha Al Said, der irakische Premierminister, lancierte bald darauf seinen 5-Punkte-Plan, der Gross-Syrien mit Syrien, Libanon, Palästina und Transjordanien, sowie eine Arabische Liga unter irakischer Führung vorsah. Die Juden in Palästina und die Maroniten im Libanon sollten ein privilegiertes Regime bekommen. Doch hiergegen gab es Opposition. Die Syrier und Libanesen, erst seit kurzem unabhängig, wollten sich nicht in eine ungewisse Föderation begeben, die Juden wollten den Staat Israel und nicht bloss Privilegien, und Kairo, wo sich seit 1936 das Zentrum des arabischen Nationalismus befand, wollte keine irakische, sondern eine ägyptische Vormachtstellung.

Die ägyptische Regierung war dann auch erfolgreich. Nahas Pacha, der Premierminister, eröffnete am 25. September 1944 in Alexandrien eine all-arabische Konferenz, und am 22. März 1945 unterzeichneten Vertreter von Aegypten, Irak, Libanon, Syrien, Transjordanien und Saudiarabien den Pakt der Liga der arabischen Staaten, dem bald darauf Yemen und mit der Zeit alle unabhängig gewordenen arabischen Staaten beitraten. Heute sind es 18 Mitglieder. Das Zentrum der Liga ist in Kairo geblieben, und an seiner Spitze steht als Generalsekretär nach den beiden Aegyptern Azzam Pacha und Abdel Khalek Hassouna (Pacha) wieder ein Aegypter, der frühere Aussenminister Mahmoud Riad.

Diese Liga ist bei weitem nicht das, was die arabischen Nationalisten sich erträumt hatten, nämlich eine staatliche Einheit. Sie ist ein loser Bund, der rechtlich und prozedural nur über beschränkte Mittel verfügt und mehr mit Ueberredungskunst als mit verpflichtender Autorität arbeitet. Ursprünglich von Grossbritannien ermuntert, wurde die Liga bald zu einem Instrument der anti-britischen Politik Aegyptens. Der Palästina-Konflikt erhielt dabei eine besondere Bedeutung, da Grossbritannien gegenüber den Zionisten im Worte war und eine Lösung mit dem benachbarten Transjordanien suchte, dem hachemitischen Gegenspieler von Kairo. Bei allen Rückschlägen hat Kairo gegenüber den differierenden Interessen nicht ungeschickt operiert und jedenfalls ein Auseinanderbrechen der Liga verhindern können.

Nach den lamentablen Erfahrungen des Krieges von 1948, wo jeder an seinem Strick zog, kam am 17. Juni 1950 eine Konvention über gemeinsame Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit zustande. Wohl sollen die militärischen Mittel der Mitgliedstaaten koordiniert und Verteidigungspläne ausgearbeitet werden, und wohl gibt es ein gemeinsames Oberkommando, aber dies alles steht mehr auf dem Papier als in der Welt der Realität, wie man in Kairo am besten weiss. Dies muss auch für die wirtschaftlichen Vereinbarungen gesagt werden, wo an sich eine Reihe nützlicher Ansatzpunkte bestehen, wie die Konvention über Handel, Transit und Zahlungsverkehr vom 7. September 1953, die Konvention über die Vereinheitlichung der

Zoll-Nomenklatur vom 25. Januar 1956 und die Konvention über die Wirtschafts-Union vom 3. Juni 1957. Aber diese Konventionen enthalten sozusagen ausschliesslich nur Empfehlungen und keine Verpflichtungen. Sie haben daher wenig Kraft.

Von Bedeutung allerdings könnte eine andere Konvention werden, diejenige vom 12. Januar 1959, die das Ziel verfolgt, den Kapitalbedarf für die Entwicklung der arabischen Länder aus den Erdölerträgen zu finanzieren und eine eigentliche Entwicklungsstrategie aufzustellen. Hier liegt die grösste Aufgabe, die den arabischen Ländern in der Zukunft gestellt ist, nämlich einen entwicklungs-mässigen Ausgleich zu schaffen zwischen den Ländern mit enormen Finanzmitteln, doch rückständiger Entwicklung und geringer Bevölkerung, und den dicht bevölkerten Ländern wie Aegypten mit mangelnden Finanzmitteln, grosser Konsumkraft und technologischem Vorsprung. Dies könnte der bedeutendste Anwendungsfall der arabischen Einheit sein. Es scheint, dass der Anstoss, diese Einheit nutzbar zu machen, von aussen kommt, einerseits von den Oelkonsumenten in der Welt, und andererseits von Israel, da beide - eventuell sogar verbündet - bemüht sein könnten, Finanzbedarf und Entwicklung der Region unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Hiergegen richtet sich die geplante Union zwischen Libyen und Aegypten. Es wird für die weiteren Vorgänge im Mittleren Osten grosse Bedeutung haben, ob diese Union zustandekommt oder nicht.

B. Aegyptisch-Libysche Union

Das Projekt wurde am 26. September 1972 mit der Deklaration von Tripolis gemeinsam durch die Präsidenten Sadat und Ghaddafi proklamiert. Es handelt sich hier nur um eine Absichtserklärung, denn die eigentliche Schaffung der Union wird erst ab 1. September 1973 aufgrund einer Volksabstimmung in beiden Ländern möglich sein.

Zur Vorbereitung der Union wurde ein "Politisches Kommando" geschaffen, das unter Leitung von Prof. Hafez Ghanem steht, der kürzlich zum Ersten Sekretär der "Arab Socialist Union" (ASU) ernannt wurde. Im "Politischen Kommando" sind Aegypter und Libyer vertreten. Es bestehen folgende 9 Kommissionen:

1. Verfassung
2. Politische Organisation
3. Verteidigung
4. Innere Sicherheit
5. Aussenpolitik
6. Wirtschaft
7. Justiz und Gesetzgebung
8. Finanz und Verwaltung
9. Wissenschaft und Erziehung

Einige Kommissionen haben ihre Arbeiten bereits beendet. Die Schlussberichte sollen bis Ende Mai vorliegen. In einigen Sektoren wird ein sofortiger Zusammenschluss vorgeschlagen, in anderen soll dieser etappenweise vom 1. September 1973 an erfolgen.

Die verfassungsrechtliche Gestalt des neuen Staatsgebildes scheint noch nicht definitiv festzustehen. Immerhin sollen beide Länder eine einheitliche Verfassung bekommen und in Zukunft nur noch eine diplomatische Vertretung in den fremden Ländern haben. Der Name wird wahrscheinlich "Vereinigte Arabische Republik" sein. Wie die beiden Präsidenten Sadat und Ghaddafi die Macht verteilen werden, weiss man noch nicht. Wahrscheinlich wird der eine Präsident und der andere Vizepräsident oder Chef der ASU.

Von entscheidender Bedeutung sind Währung und Finanzwesen, doch ist kaum anzunehmen, dass es vom ersten Moment an zu einer völligen Vereinheitlichung kommt, d.h. Aegypten den Zugang zu den libyschen Währungsreserven erhält. Eher ist ein Phasensystem wahrscheinlich, dessen Einzelheiten aber noch nicht bekannt sind. Wenn man bedenkt, wie sehr Aegypten angesichts seiner Zahlungsbilanzschwierigkeiten die libyschen Reserven braucht, ist wenig wahrscheinlich, dass Präsident Ghaddafi diesen Trumpf ohne erhebliche politische Gegenleistungen aus der Hand geben wird.

Was sind diese Gegenleistungen? Libyen ist für die Entwicklung seines Landes auf die technologische Hilfe von aussen angewiesen. Kein anderes Land kann sie ihm geben wie Aegypten, das einen Ueber- schuss an qualifizierten Arbeitskräften hat und zudem ein arabisch- mohammedanisches Land ist, was für Ghaddafi wichtig ist. Mit der Union bekommt dieser eine Machtposition in Kairo, der Kapitale der arabisch-mohammedanischen Welt. Er scheint vom Charisma, das von ihm ausgeht, manches für seine persönliche Macht in der Zukunft zu erwarten. Waren nicht schon früher Ausländer Herrscher Aegyptens?

Die Verschiedenheit von Mentalität und Entwicklungsstand lassen am Erfolg dieser Union zweifeln. Obwohl in Aegypten - und wohl auch in Libyen - sehr viele skeptisch sind, werden die Völker sich doch mehrheitlich für den Zusammenschluss aussprechen, denn der arabi- sche Traum der Einheit ist ein emotiver Antrieb über alle Rason hinweg. Doch der Misserfolg, der dem seinerzeitigen Projekt der Union zwischen Aegypten und Syrien beschieden war, zwingt die poli- tische Führung zur Vorsicht. Es ist also sehr wohl möglich, dass diesmal die Völker dafür sind, doch die Regierungen eine Reihe von Bremsen einbauen, für den Fall, dass die entscheidenden Punkte nicht geregelt werden können.

Die Konfrontation mit Israel und die hohe Problematik der Erdöl- interessen treiben zum Zusammenschluss und damit zur Ueberwindung der Schwierigkeiten. So darf man annehmen, dass selbst dann, wenn wichtige Fragen noch offen sind, gegenüber aussen etwas Spektaku- läres getan wird, besonders dann, wenn keine sonstigen Erfolge in

der Auseinandersetzung mit Israel aufzuweisen sind. Wir müssen also damit rechnen, dass es zu dieser Union kommt. Ob sie aber Bestand haben wird, dies ist eine andere Frage.

M. GRABER

pose la question de l'issue probable de la consultation populaire.

M. FREY

répond que les observateurs s'accordent pour penser que les Egyptiens répondront positivement.

M. DE TRIBOLET

dit que l'on pense à un revirement de la Libye, qui se tournerait vers l'Algérie et le Maroc.

M. STOUDMANN

constate qu'il y a en Tunisie une situation bizarre; l'on prétend que les Tunisiens cherchent à détourner la Libye de cette fusion. En fait, on préfère avoir la Libye à ses frontières plutôt que l'Egypte, avec laquelle Tunis n'entretient pas de relations normales. On prête les mêmes sentiments à l'Algérie et au Maroc.

A Tunis, l'on se dit que si les Egyptiens sont à la frontière de la Tunisie et de l'Algérie, cela signifierait que les Israéliens sont à leurs trousses et pourraient franchir le canal.

La Tunisie cherche à capter l'attention de la Libye, car celle-ci a de l'argent, alors que la Tunisie a des gens à placer. Ce sont deux pays complémentaires, mais il y a eu l'altercation entre Bourguiba et Kadafi à Tunis.

M. DE TRIBOLET

précise que, selon des informations obtenues de source arabe, le peuple libyen nourrit une profonde antipathie à l'égard de l'Egypte.

M. GRABER

rapporte les craintes de M. Masmoudi, qui préfère avoir à ses frontières la Libye plutôt que l'Egypte en qui il voit le fourrier des Soviétiques. A ce propos, quels seront les effets de la future union sur la politique de l'URSS dans cette région du monde?

M. VALLOTTON

pense que Boumedienne espérerait utiliser Kadafi pour faire comprendre à Sadate que si une solution frontalière était trouvée, l'Algérie ne l'accepterait en aucun cas.

M. FREY

explique, dass Ghaddafi wie Nasser eine charismatische Figur ist, doch anders als jener. Er zeigt eine starke Rechtstendenz in Richtung auf einen religiösen Faschismus. Er bekämpft daher den Kommunismus und steht im Gegensatz zu den Russen. Ghaddafi verkörpert den Traum der arabischen Einheit und will Nassers Rolle auf einem religiösen Fundament übernehmen.

Eine Vereinigung von Libyen und Aegypten würde für Sadat einen grossen Erfolg bedeuten, den er dringend nötig hat. Die Ausweisung der sowjetischen Berater war ein erster Schritt zur Union, die kurz darauf vereinbart wurde. Sadat hat seither weitere Konzessionen gemacht. So wurden beim letzten Regierungswechsel die "Pro-Russen" abgeschoben.

Bei der Ungleichheit der beiden Länder ist es schwierig, sich vorzustellen, wie diese Vereinigung zustande kommen soll. Aber das Ganze ist doch ein "Grand Design", den man ernst nehmen muss.

M. GRABER

se demande ce que deviendra l'URSS dans cette aventure.

M. FREY

glaubt nicht, dass die Russen etwas gegen die Union unternehmen könnten. Sie wollen mit Aegypten und Libyen im Spiel bleiben.

Die Uebernahme der russischen Basen im Juli 1972 war von der ägyptischen Armee gut gelöst worden. Die Russen verfügen allerdings noch über vielfache Druckmittel (Berater, Nachschub), haben aber eingesehen, dass es unvereinbar ist, gegen den Kolonialismus zu kämpfen und zugleich die Rolle der Engländer in Aegypten zu spielen. Aegypten ist nicht Ungarn und nicht die Tschechoslowakei. Militärische Massnahmen wie dort sind nicht möglich. Aber sicher werden die Russen versuchen, Ghaddafi die Hölle heiss zu machen.

M. GRABER

en conclut que les Soviétiques se résigneraient à ce mariage. Quelle serait dès lors l'attitude de Kadafi?

M. FREY

répond qu'il n'y a pas de base dans le sens technique.

M. TURRETTINI

estime que les Russes pensent plus loin; ce qui importe pour eux, c'est que la tension se maintienne. S'ils acceptent l'alliance entre la Libye et la RAU, cela signifie que la tension s'accentuera.

M. VALLOTTON

cite un article qui qualifie Kadafi d'amoureux déçu: Sadate "veut bien de son argent, mais il ne veut pas la guerre".

M. GELZER

bemerkte, dass es die Rede davon war, dass der politische Wille zur Einheit vorhanden sei. Ihn interessiert nun aber die Praxis: Wie weit sind die vorbereitenden Kommissionen gekommen (Armee, Aussenpolitik etc.)? Wird es in Zukunft jeweils nur noch einen Botschafter für die Union geben?

M. FREY

antwortet, dass es schwierig ist, zwei verschiedenartige Rechtssysteme zu vereinigen. Die Vereinheitlichung der Administration

erscheint dem gegenüber einfacher, doch kann man im Moment nicht die praktischen Auswirkungen übersehen. Herr Frey kennt die Berichte der Kommissionen nicht. Bezüglich der Aussenvertretungen besteht die Absicht, im Ausland nur jeweils eine Vertretung zu unterhalten. Das Aussenministerium käme nach Kairo. Die fremden Botschaften in Libyen werden verschwinden. Die dortigen Vertretungen werden zu Konsulaten.

M. STAUDMANN

indique que le Ministre de l'information de Libye a démissionné parce qu'il pense qu'il est impossible de suivre les directives sur le plan diplomatique.

M. THEVENAZ

explique la position de l'URSS. La chute d'Ali Sabry et de l'entourage pro soviétique a suivi immédiatement les fiançailles. Au moment où Sadate s'est rendu à Tripoli, Ali Sabry a tenté de le renverser. Moscou le soutenait pour empêcher tout mouvement vers l'union. Ils se sont probablement inclinés, mais ils n'ont certainement pas renoncé à torpiller l'accord. Ils ne disposent cependant plus de personnel sur place pour agir.

M. THALMANN

dit qu'étant donné les positions personnelles et les idéologies différentes, il ne croit pas à la fusion.

(fin de la séance à 17 h.30)

B. Séance du 4.5.1973

(début de la séance à 09 h.30)

M. GRABER

ouvre la séance en saluant la présence de M. Zellweger, qui a pu finalement rejoindre Le Caire.

7. Conférence diplomatique de Genève (droit humanitaire)

M. BJINDSCHEDLER

Ich verweise auf die Zirkularschreiben, mit denen die Auslandsvertretungen über den Verfahrensgang orientiert wurden. Die Konferenz dürfte wohl im Februar/März 1974 stattfinden.

Möglicherweise sind zwei Phasen nötig, d.h. eine zweite Session im Jahre 1975. Man will sich aber nicht zum vornherein darauf festlegen, damit auch wirklich bereits in der ersten Phase mit efficiency gearbeitet wird.

Wichtige Probleme und die Haltung der Schweiz:

1) Bestellung der Schutzmächte.

Es werden immer weniger Schutzmächte eingesetzt. Das Ziel sollte daher sein, ein Verfahren zu schaffen, wonach die Bestellung von Schutzmächten obligatorisch ist - und zwar innert gewisser Fristen - und vereinfacht wird. Auch die Regelung der Kontrolle der Schutzmachtstätigkeit ist mangelhaft.

Wenn kein Land als Schutzmacht bezeichnet wird, können die Parteien das IKRK als Substitut bestellen, doch kann eine humanitäre Institution natürlich nur in beschränktem Masse handeln. Das Beste wäre ein Mechanismus, der beim Fehlen einer Schutzmacht automatisch das IKRK an deren Stelle setzen würde.

England und die Schweiz treten für diesen Plan ein, sonst blieb er aber ohne Unterstützung.

2) Schutz der Zivilbevölkerung.

Hierfür ist unerlässlich eine klare Differenzierung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten.

Die Zivilbevölkerung wird gefährdet von Seiten der mächtigen Staaten durch Massenvernichtungsmittel, von Seiten der schwächeren durch Guerilla-Kriegführung.

Er herrschte an der Expertenkonferenz in Genf eine enge Zusammenarbeit zwischen Aegypten, der Schweiz, Mexiko und Schweden. Die ägyptische Delegation war sehr aktiv und zeigte grosses Verständnis für unseren Standpunkt. Wir machten folgenden Vorschlag: Verbot von Flächen- und Terrorbombardierungen, von Zerstörung von Vieh, Ernten, Wohnstätten, ganz allgemein von Gütern, die wichtig sind für das Ueberleben der Bevölkerung, ferner absoluter Schutz von Objekten, deren Zerstörung katastrophale Auswirkungen hätte (Staudämme).

Die Grossmächte stimmen diesem Vorschlag nur im Prinzip zu. Dies bewirkt eine Kautschuk-Formulierung ohne grossen Wert. Opposition kommt vor allem von den Franzosen, etwas weniger stark von den USA, während die Russen die lachenden Dritten sind.

3) Guerilla-Kriegführung

Nach der geltenden Auffassung geniessen Angehörige von Guerilla-Verbänden nur dann den Schutz von Kombattanten, wenn sie die folgenden Regeln der Haager Landkriegsordnung beachten, nämlich: offenes Tragen der Waffen, Kennzeichnung, verantwortliche Führung sowie Respektierung der Gesetze und Gebräuche des Krieges.

Nach Auffassung derjenigen Länder, die am Guerilla-Krieg interessiert sind, sollten keine einschränkenden Regeln bestehen, so dass Guerillas auch dann geschützt wären, wenn sie die obigen vier Bedingungen nicht erfüllen. Dies würde aber den Zusammenbruch des humanitären Rechtes bedeuten. Wortführer des totalen Guerilla-Krieges sind Indonesien und Nigeria. Die arabischen Staaten haben sich bis jetzt nicht geäussert. Sie sind zurückhaltend wegen der Palästinenser. Der Vorgang ist politisch bedeutsam, da er auf eine Auseinandersetzung zwischen Entwicklungsländern und industrialisierten Ländern, zwischen Reich und Arm hinausläuft.

4) Nicht-internationale Konflikte.

Artikel 3 der Genfer Konventionen sollte ausgebaut werden. Damit der Zivilbevölkerung und den Kämpfern in einem nicht-internationalen Konflikt ein wirksamer Schutz gewährt werden kann, muss die Definition des nicht-internationalen Konflikts eng gefasst werden. Allerdings bleiben dann eine Reihe von Tatbeständen

ungedeckt. Artikel 3 der Genfer Konvention sieht das Wirken humanitärer Organisationen wie das IKRK vor. Dies muss auch in einer neuen Regelung unbedingt erhalten bleiben.

- 5) Ueber die übrigen offenen Fragen, wie Transport von Kranken und Verwundeten, herrscht weitgehende Uebereinstimmung.

8. Questions d'arbitrage

M. BINDSCHEDLER

Die Verträge sehen vor, dass ein Staat sich in Konfliktsfällen einem Schiedsgericht unterzieht. Der Bundesrat will die frühere Aktion aus den 50er Jahren, die darauf ausging, solche Verträge abzuschliessen, weiterführen. Unterdessen sind eine ganze Reihe Verträge, ca. ein Dutzend, abgeschlossen worden, u.a. auch mit Israel. Ich wünsche eine Neubelebung dieser Aktion, obwohl man gerade im Nahen Osten auf Zurückhaltung stösst. Aber vielleicht bestünde die Möglichkeit, mit Tunesien, Marokko, dem Sudan, Aegypten und Libanon solche Abkommen abzuschliessen. In Irak und Syrien scheint es schwierig zu sein.

M. DE TRIBOLET

indique que pendant longtemps les pays arabes ont été sous régime colonial et ils n'ont pas encore achevé le processus d'épuration appelé "séquelles du colonialisme". L'emprise française, par exemple, sur l'économie du Maroc empêche la diversification de l'économie. Les pays arabes poursuivront leur politique de décolonisation avec acharnement. L'on peut se demander s'il y a lieu de conclure un accord d'arbitrage, tandis que le contentieux, pour lequel nous appliquerions l'accord, n'est pas réglé; il faut tout d'abord liquider le contentieux avant de conclure ce genre de traité.

M. FREY

bemerkt, dass in den Investitionsschutzabkommen eine Schiedsgerichtsklausel ist, wonach ein Signatarstaat sich einem Schiedsgericht auf Ersuchen des andern unterziehen muss. Das Weltbank-Abkommen (Convention pour le règlement des différends relatifs aux investisse-

ments entre états et ressortissants d'autres états) sieht vor, dass ein Privater einen Staat vor das "Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements" ziehen kann, wenn dieser damit einverstanden ist. Ist es nötig, Schiedsgerichtsabkommen auch mit Ländern abzuschliessen, mit denen ein Investitionsschutzabkommen besteht? Im Sudan z.B. sind beide Abkommen in Vorbereitung.

M. STAUDMANN

précise, à propos de la Tunisie, que la nationalisation des terres de 1964 a été suivie d'indemnisations. Le problème peut être considéré comme réglé.

M. HESS

interessiert sich für die Anwendbarkeit, da gerade jetzt mit Israel, mit dem die Schweiz einen Vertrag abgeschlossen hat, ein Streit ausgebrochen ist: Beim israelischen Angriff auf den Flugplatz Beirut wurden schweizerische Waren zerstört. Israel weigert sich zu zahlen, um keinen Präzedenz-Fall zu schaffen, es wäre denn, wir könnten uns auf internationales Recht berufen.

M. BINDSCHEDLER

nimmt Stellung zu de Tribolet: Bestehende Streitfälle machen die Staaten nicht zum Abschluss von Schiedsgericht-Verträgen geneigt. Aber man könnte in solchen Fällen doch darauf hinweisen, dass es nützlich wäre.

zu Hess: Ein Schiedsgericht-Vertrag erlaubt, den Fall vorzubringen, wenn nicht durch eine Klausel bewaffnete Konflikte ausgeschlossen sind. Dies ist nun im Vertrag mit Israel der Fall. Es ist umstritten, ob Versicherungsgesellschaften völkerrechtlich überhaupt geschützt bzw. belangt werden können Vgl. den Untergang der Lusitania, bei welchem die Versicherungen den Schadenersatz ablehnten.

zu Frey: Es liegt kein Widerspruch vor. Die Schiedsgerichtsklauseln in den Investitionsschutzabkommen betreffen bestimmte Fälle und schliessen ein generelles Abkommen nicht aus. Beim Weltbank-Abkommen ist eine Privatklage möglich, weil man das Verfahren entpolitisieren wollte. Dafür beruht das Weltbank-Abkommen auf Freiwilligkeit. Für jeden Fall ist das gegenseitige Einverständnis nötig. Es besteht kein Obligatorium. Meines Wissens ist dieses Verfahren noch nie benutzt worden.

M. TURRETTINI

se référant à un exposé antérieur, désire savoir ce que sera la tâche du Commissaire nommé par le Conseil fédéral pour la conférence sur le droit humanitaire.

M. BINDSCHEDLER

antworte, dass der schweizerische Kommissär für die Diplomatische Konferenz über humanitäres Recht vor allem organisatorische und administrative Aufgaben (Uebersetzer, Miete von Sälen etc.) hätte. Dies schliesst aber nicht aus, dass er auch bei der diplomatischen Vorbereitung der Konferenz mitwirkt, z.B. in der einen oder andern Hauptstadt den Zweck der Konferenz darlegt. Auch ist damit zu rechnen, dass der schweizerische Kommissär zum Generalsekretär der Konferenz bestimmt wird.

9. Aspects méditerranéens

M. DE TRIBOLET

déclare qu'à la fin de la conférence des chefs d'Etat de l'OUA en juin 1972, le Roi Hassan a tenu une conférence de presse. Il ressort de ses déclarations qu'une conférence de sécurité des Etats méditerranéens doit inclure tous les pays riverains intéressés à la sécurité en Méditerranée.

Pourtant, la position des différents pays n'est pas la même. Le Liban, ouvert sur la Méditerranée et tourné vers les autres pays riverains dont la France, est intéressé à la participation de ces autres pays. Il en va de même pour la Tunisie. Le Maroc, pour sa part, n'est pas désireux de pousser la question, mais il semble s'aligner sur la Tunisie. Le Maroc louvoie; il est animé d'un esprit de solidarité et de fraternité pour les autres pays arabes. Mais après Skhirat, l'on constate un revirement. Depuis ce moment, les problèmes intérieurs priment. Le Maroc cherche à améliorer ses relations avec l'Algérie et le contentieux est liquidé.

M. GRANDJEAN

précise que l'Algérie a été un des pays qui est à l'origine de la tentative de convocation d'une conférence sur la sécurité en Méditerranée. L'idée de réunir, au début 1973 à Alger, les Vice-Ministres des affaires étrangères des pays riverains non-alignés (donc France, Turquie, Italie exclues) a fait finalement long feu. L'Algérie devait, par la suite, jouer un rôle important à la conférence préparatoire d'Helsinki.

M. VALLOTTON

n'a pas grand-chose à ajouter. L'idée est très ancrée dans l'esprit des Algériens et on cherchera à en parler à la conférence des non-alignés qui aura lieu à Alger.

M. GRABER

pose la question de savoir ce que les initiateurs d'une conférence méditerranéenne attendent des non-alignés.

M. DE TRIBOLET

dit qu'une question importante est la définition de la notion de pays non-aligné. Les pays qui accordent des bases ne pourront pas participer. L'Egypte n'a pas de bases, mais reçoit des services. Les pays qui accordent des bases sont ceux qui accordent des droits

d'extra-territorialité. Le Maroc pense cependant qu'aucune conférence ne pourra faire sortir les Russes de la Méditerranée.

M. STAUDMANN

ajoute que lorsque Masmoudi prêche dans le pays, on ne sait pas au nom de qui il prêche: Tunisie? Machrek? Maghreb? ou les trois à la fois? La Tunisie cherche la coopération tout azimut.

M. VALLOTTON

précise que la 4ème conférence des non-alignés ne comprendra pas seulement les non-alignés de la Méditerranée, mais la question sera à l'ordre du jour.

M. THALMANN

sagt, an sich gehört die Frage des Mittelmeerraums in den Rahmen einer europäischen Sicherheitskonferenz, doch hat dies mehr akademische Bedeutung, weil weder die USA noch die UdSSR daran interessiert sind. Wir sind positiv eingestellt, denn nach unserer Ansicht kann über die europäische Sicherheit wirkungsvoll nur unter Einbeziehung des Mittelmeeres diskutiert werden. Eine solche Diskussion würde aber unweigerlich den Mittelostkonflikt aufs Tapet bringen, wodurch die Konferenz gefährdet würde.

M. GRABER

désirerait que l'on précise la conception générale de la défense du "ventre trou" de l'Europe qui, géographiquement, est très proche de nous.

M. HESS

erklärt, dass Israel die Bestrebungen der arabischen Staaten, die Sicherheit im Mittelmeerraum mit der europäischen Sicherheit zu koppeln, mit Interesse verfolgt hat. Es möchte dies aber verhindern und ist dagegen, dass irgend ein Gremium einen Plan für die Regelung des Nahost-Konflikts aufstellt. Wie steht es mit den Bestrebungen z.B. von Algerien für eine Mittelmeerkonferenz?

M. GRANDJEAN

a appris par un collègue yougoslave que c'est la France qui empêchait cette conférence de se réunir, en raison du fait que, en sa qualité de pays aligné, elle n'y aurait pas été invitée.

M. DE TRIBOLET

dit que le Maroc adopte une position très réservée. Il étudie le problème, mais n'a aucun plan d'exécution.

M. GRABER

fait remarquer qu'il existe tout de même des liens privilégiés entre ces pays.

M. TURRETTINI

indique que, dans les résolutions prises aux Nations Unies, la 4ème Commission condamne toujours l'Espagne.

M. DE TRIBOLET

dit que les Arabes estiment que le temps travaille pour eux. A Madrid, l'on a aucune intention de lâcher le Sahara espagnol. Au Maroc, l'opposition excite le nationalisme, mais le gouvernement durcit sa position dans l'optique de la politique intérieure.

M. THALMANN

erklärt, dass der spanische Botschafter ihn letzte Woche wegen des Fischereikonfliktes besuchte. Spanien will offensichtlich den Konflikt herunterspielen und friedlich lösen. Man hat nicht den Eindruck, dass er sich ausweiten wird.

10. Les Arabes et l'Afrique noire

(voir Annexe 1 pour exposé de M. Langenbacher).

M. TURRETTINI

fait appel à l'indulgence de l'auditoire, parce que ce qu'il va dire est fondé sur des impressions. En 1966, dans l'année précédant le conflit des six jours, les pays noirs font preuve d'une compréhension totale pour la cause arabe, tout en observant une certaine prudence, car Israël faisait des efforts immenses en Afrique noire pour aider au développement social et économique. Survint la guerre des six jours. La position de l'Afrique noire reste prudente. Le tournant véritable est la mission des sages, qui a échoué. Cette mission a essayé de trouver une solution raisonnable avec Israël. Les chefs d'Etats africains n'ont pu obtenir aucune concession. Le tournant décisif est suivi d'un durcissement net à l'égard d'Israël. Certains ont renoncé à l'aide d'Israël pour se solidariser avec la cause arabe. Dans les récents débats à l'ONU sur la question, les pays d'Afrique noire se sont solidarisés totalement avec les pays arabes.

M. GRABER

fait mention des conclusions du Secrétariat politique concernant la mission des quatre sages africains, conclusions qui diffèrent de celles de M. Turrettini; les quatre sages auraient été minorisés au sein de l'OUA.

M. THALMANN

ajoute qu'il n'est pas moins vrai que les rapports entre l'Afrique noire et le monde arabe ont changé ces derniers temps.

M. HESS

bestätigt, dass die Mission der vier Weisen nach Kairo und Jerusalem einen wichtigen Wendepunkt darstellte. Die Vier kamen mit einem relativ vernünftigen Papier zurück, nicht zuletzt dank dem Einfluss

von Senghor. Dieses Papier gefiel aber den Arabern nicht. Sie griffen die Vier an und setzten sie unter Druck, so dass sie schwankend wurden und den Bericht abschwächten. Bei den Abstimmungen über den afrikanisch-asiatischen Resolutionstext hat Senegal sich der Stimme enthalten, weil es überzeugt war, dass der ursprüngliche Bericht der vier Weisen den einzigen Weg zu einer Lösung zeigte. Seither sind für Israel in Afrika weitere Rückschläge zu verzeichnen, doch ist dies unabhängig von der Mission der vier Weisen. Uganda ist wohl ein Sonderfall, dem Charakter Amins zuzuschreiben. Mali und Tschad sind Nachbarn von arabischen Staaten, mit bedeutendem mohamedanischen Bevölkerungsanteil, arm und daher auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Israel hat zwei Stützen: die USA und die Diaspora. Daneben legt es auf gute Beziehungen zu Europa grossen Wert. Diese Beziehungen sind wichtiger als jene zu Afrika und Asien. Kleine Staaten wie Mali und Uganda spielen keine grosse Rolle. Israel ist aber hinsichtlich West- und Ostafrika im ganzen gesehen doch optimistisch.

Man ist sich in Israel bewusst, dass die afrikanische Solidarität unter arabischem Einfluss gegen Israel arbeitet, andererseits aber der Gegensatz Nordafrika - Schwarzafrika ihm hilft.

M. DUBOIS

dit que l'élément religieux et l'argent ont joué un rôle.

M. FREY

verweist auf seine Erfahrungen in Ostafrika. Als er dort im Jahre 1963 begann, stand Israel hoch im Kurs. Es galt als Kämpfer für Unabhängigkeit und Freiheit. Der 67er Krieg brachte aber eine Wende. Zuerst herrschte Bewunderung für die militärische Leistung, doch nach und nach begannen die Afrikaner sich zu fragen, ob es Israel wirklich um sichere Grenzen oder in Wahrheit nicht um Ausdehnung seines Staatsgebietes gehe.

Herr Frey verweist auf die israelische Antwort vom 26. Februar 1971

auf das Jarring-Papier. Darin findet sich der ominöse Satz: "Israel will not withdraw to the pre-5 June 1967 lines". Dies ist ein ungeschickter Satz, welcher die Afrikaner misstrauisch macht, weil Israel damit zu verstehen gibt, dass es entscheiden wird, was sichere Grenzen sind, die Verhandlungen darüber also bereits präjudiziert sind. Die andauernde Besetzung und die immer wieder gehörten Bemerkungen, dass Israel den grössten Teil behalten will, wirken gegen Israel.

Die israelischen Diplomaten und Experten sind sehr tüchtig, wissen immer alles. Dies macht den Afrikanern Angst. Weniger wäre mehr.

11. Les bailleurs de fonds arabes

M. ZELLWEGER

Libyen, ursprünglich von zwölf, jetzt noch von elf jüngeren Armeee-offizieren regiert, verfolgt aussenpolitisch ähnlich wie Syrien und Irak das Ziel des Zusammenschlusses aller arabischen Länder, dann aber auch der kompromisslosen militärischen und staatlichen Eliminierung Israels. Dazu wird bekämpft, was nach libyscher Beurteilung Kolonialismus und Rassismus ist und unterstützt, was als Freiheitsbewegung gilt. Die Geister scheiden sich bei der Frage der politischen Gestaltung des arabischen Raums und der Kriegführung gegen Israel. Die Führungsspitze sieht die Zukunft der Araber nicht progressistisch, auch nicht konservativ-islamisch, sondern sozialrevolutionär, auf die islamischen Prinzipien des Korans ausgerichtet. Panarabien soll auch ein Schutzwall gegen den Kommunismus und gegen den Einfluss des westlichen Kapitalismus auf die islamische Jugend bilden. Der Exponent dieses Wunschbildes, der libysche Staatschef, arbeitet konsequent auf diesen Endzweck hin und verwendet dabei bekanntlich radikale und aggressive Mittel.

Inbezug auf die Kriegführung gegen Israel lehnt der Oberst neuestens jegliche Verantwortung und jede weitere Mitarbeit an der Planung ab. Er ist erzürnt darüber, dass die beiden Partner der Dreierföderation sein Kriegskonzept nicht berücksichtigen.

Millionenbeträge werden für die revolutionären Bewegungen in Afrika, den beiden Amerika, auf den Philippinen und Nordirland verausgabt und neuestens auch für die politische Beeinflussung der europäischen Jugend, wie es das kommende arabisch-europäische Jugendfestival in

Tripolis zeigt. Um Marokko kümmert sich der Staatschef immer selbst. Dazu kommen die enormen Summen, die für die Aufrechterhaltung der politischen Antisraelischen Front südlich und westlich der Sahara ausgegeben werden. Hingegen soll die Finanzierung der Fedayin und ihrer Kommandounternehmen eingestellt und die in Libyen ausgebildeten Freischärler sollen zurückbeordert worden sein. Divergenzen haben sich mit Aegypten, Syrien und dem Libanon ergeben, die eine Guerillatätigkeit nach den Ideen aus Tripolis nicht mehr dulden.

Diese Meinungsverschiedenheiten scheinen die Fusion mit Aegypten nicht zu beeinflussen. Tatsache ist nun aber, dass die libysche Bevölkerung und die nach hunderttausenden zählenden Aegypter in Libyen sich völlig auseinander gelebt haben, sie sind direkt verfeindet. Die Situation ist diesbezüglich bis in die kleinsten Dinge geradezu grotesk geworden. Präsident Sadat soll bei seinem kürzlichen Besuch in Tripolis diese für Aegypten unerfreuliche Sachlage zur Diskussion gebracht und Remedur verlangt haben. In diesem Lichte ist wohl die vor zwei Wochen gestartete Volks- und Kulturrevolution zu beurteilen, die im vollen Gange ist und mehrere Monate dauern kann. Buch- und Musikgeschäfte sind bereits von allem Gedankengut gesäubert worden, das der libyschen Revolution und dem Koran zuwiderläuft. Die in den Ortschaften errichteten politischen Komitees von 2 bis 3 Mann üben richterliche Funktionen aus. Die Bevölkerung wird gesiebt. Zweifelhafte Elemente, besonders Studenten und Rechtsanwälte, werden eingesperrt. Die Einreisepraxis wird noch restriktiver gehandhabt. Auch das diplomatische Corps ist Einschränkungen unterworfen. Die Stimmung ist ganz allgemein misslich und wie es scheint, ist sie es bis in das höchste Gremium hinauf. Denn die Idee und Aktion sind diejenigen eines einzelnen. Die Volksabstimmung im kommenden Oktober dürfte jedenfalls nach dem Willen der Veranstalter ausfallen.

Abschliessend möchte ich sagen, dass nach dem Zusammenschlusse der beiden Länder wohl mit einer Intensivierung des ideologischen Kampfes um die Seele des Arabers zu rechnen ist. Der libysche Präsident, so wie er ist, kann nur schnurgerade auf sein Ziel hinsteuern. Seine wiederholten Erklärungen, zurückzutreten, nimmt auf der libyschen Seite niemand für bare Münze. Entweder wird er sein Ziel erreichen oder er wird daran zerbrechen, was nicht heisst, dass dann auch die Union zerbricht. Denn es gibt in Libyen noch andere Revolutionsoffiziere, Pragmatiker, die sich mit der ägyptischen Führung ausgezeichnet verstehen sollen.

M. GRABER

pose la question du rôle futur de Kadhafi, une fois l'union avec l'Egypte réalisée.

M. ZELLWEGER

répond que l'on ne le sait pas. On dit qu'il prendra sa retraite après l'union. Son idole est Nasser. De même que Nasser a démissionné et a repris le pouvoir à la demande du peuple, Kadhafi, selon les Libyens, se retirera et le peuple lui demandera de rester; il était prévu que Kadhafi prendrait le commandement de l'armée, mais les Egyptiens ont refusé. Il pourrait devenir président de l'Union Socialiste Arabe, mais cela semble peu probable, selon les milieux libyens. Puis, il a indiqué dans une interview qu'il prendrait sa retraite. Quoi qu'il en soit, une grande incertitude règne quant à son avenir.

12. Politique pétrolière

M. CASANOVA

En Arabie saoudite, le pétrole et la religion sont la source et l'explication de toutes choses. En effet, le premier fournit à mon pays de résidence les moyens qui lui permettent de se montrer magnanime envers les pays arabes et islamiques, alors que la religion détermine le comportement et la politique du roi Fayçal.

Sans entrer dans les détails de l'arithmétique pétrolière, sujet réservé à M. Vogelbacher, il sied de mentionner que le pétrole intervient pour 96 % dans les revenus du royaume et a représenté, l'année passée, environ 10 milliards de francs suisses. On compte avec 25 milliards dans deux ans - ce qui représente un peu plus du double du budget de la Confédération pour 1973 - et avec 64 milliards de francs en 1980. Ceci vient à dire que l'Arabie saoudite - avec ses 5 millions d'habitants - a et aura à disposition des sommes énormes (57 milliards en 1975 et 160 milliards de francs en 1980), revenus et réserves d'or et de devises compris.

Elle se trouve, en outre, actuellement dans la situation enviable de ne dépenser par année que les deux tiers des montants inscrits au budget. Avec l'incroyable progression des revenus pétroliers, la rubrique des dépenses du budget ne pourra absorber en 1980 que 20 milliards sur les 64 milliards de francs que produit le pétrole.

Les soucis du roi Fayçal et de son ministre des finances seront donc d'un autre ordre que ceux de M. Celio et se résumeront dans

la question angoissante: Que faire de tout cet argent?

Ces revenus et la stabilité intérieure donnent au gouvernement saoudien les moyens d'une politique ambitieuse. Cependant, si l'on ramène à l'essentiel la conception de la politique étrangère du régime du roi Fayçal, on constate qu'elle s'est inspirée jusqu'à ce jour plutôt de considérations défensives. Avant toutes choses, il s'agit de mettre le régime des super-privilégiés, autoritaire et archaïque, à l'abri des menaces extérieures susceptibles de le mettre en péril. Une attention spéciale est dès lors vouée aux principes suivants:

- il importe qu'un nouveau polarisateur de la sensibilité arabe ne puisse pas mobiliser l'opinion de l'Arabie saoudite, ainsi que le fit Nasser;
- le roi Fayçal doit être lui-même ce polarisateur;
- il est essentiel d'écarter des frontières saoudites et de la surface de la péninsule tout régime communiste, communisant ou socialisant.

La religion est à la fois une fin et l'un des moyens de la politique étrangère saoudienne. La prétention du roi Fayçal à la conduite des croyants a pris sa source dans le défi nassérien. Elle s'appuie sur un argument objectif, à savoir la position du roi comme Gardien des Lieux Saints.

C'est avant tout la position de l'Arabie saoudite dans le monde arabe qui intéresse le régime et c'est avant tout l'opinion arabe qu'il s'agit d'influencer par des appels adressés aux musulmans en tant que tels et ses interventions à l'étranger ont de plus en plus un caractère religieux. L'Arabie saoudite veut être derrière tout ce qui se fait en matière musulmane dans le monde. Le voyage du roi en Afrique noire a revêtu le caractère d'une tournée avant tout religieuse. Le souverain apparut autant en qualité de personnalité musulmane que de chef d'Etat. Les prétentions du roi Fayçal ont souvent agacé un certain nombre de gouvernements; les autres chefs d'Etat n'éprouvent pas de l'enthousiasme à voir s'interposer la personne du roi Fayçal entre leurs sujets et eux-mêmes. Le mélange du spirituel et du temporel comme il est pratiqué en Arabie saoudite n'est pas apprécié partout au même degré. Souvent une réserve polie, plus souvent irritée, accueille ses prétentions.

Cependant, en 1972, en s'adressant à des pays d'Afrique particulièrement déshérités - le Tschad - ou plongés dans une situation difficile - l'Ouganda - le roi a marqué des points. Ces points ne furent cependant pas gratuits au point de vue de la caisse du souverain. On peut s'attendre que des fonds saoudiens de plus en plus importants seront affectés à la propagation de l'Islam dans cette partie du monde.

Revêtu de la dignité de Gardien des Lieux Saints, le roi Fayçal doit proposer les thèses les plus intransigeantes sur le plan islamique et arabe et spécialement à propos de la crise du Moyen-Orient. C'est ainsi que le roi, plutôt porté à la modération, multiplie ses appels à la Guerre sainte pour mobiliser l'opinion musulmane contre l'ennemi commun israélien. Propriétaire de fonds immenses, l'Arabie saoudite dispose d'assez de poids pour entraîner un certain nombre de gouvernements étrangers dans une politique d'isolement d'Israël. C'est ainsi que la visite du roi à cinq pays africains a eu comme résultat la rupture des relations diplomatiques que l'Ouganda et le Tschad entretenaient avec Israël. Ce succès diplomatique a servi le prestige du roi Fayçal.

Dans le cadre du monde arabe, le souverain saoudien aussi marque des points. Certainement, ses interventions sont de plus en plus prises au sérieux, mais la vraie force saoudienne est financière et son rôle est - avec celui du Koweït - de distributeur de fonds.

A Djeddah, les Arabes distinguent deux catégories de pèlerins. Il y a d'une part les 700'000 qui chaque année viennent de l'étranger accomplir leurs devoirs religieux à La Mecque. De l'autre, on relève les pèlerins beaucoup moins nombreux qui viennent tout au long de l'année, mais qui sont plus importants par leurs fonctions. Ce sont les présidents, les chefs de gouvernement et ministres étrangers qui viennent demander au roi Fayçal de l'argent.

Son aide financière aux pays étrangers peut être divisée en trois groupes:

1. la propagation de l'Islam et la fraternité arabe et islamique;
2. la lutte contre Israël et l'aide aux pays victimes d'Israël;
3. la lutte contre le communisme.

1) Dans le chapitre de la propagation de l'Islam dans le monde et la fraternité islamique, il s'agit de montants allant de quelques milliers à plusieurs millions de dollars pour la construction de mosquées, d'écoles coraniques, de centres islamiques, pour l'aide aux populations islamiques nécessiteuses, etc. Les versements vont aussi bien à des pays africains ou asiatiques qu'aux centres islamiques de Washington, de New York ou de Paris. Quoique le budget du royaume ne mentionne que 18 millions de francs, on évalue le total à environ 100 millions de francs par an.

2) En ce qui concerne l'aide aux pays arabes en relation avec la crise du Moyen-Orient, les accords de Khartoum de 1967 prévoient une aide financière de l'Arabie saoudite à l'Egypte et à la Jordanie. L'annuité à l'Egypte s'élève à 575 millions de francs.* Celle versée régulièrement à la Jordanie est de 50 millions de livres, auxquels vient s'ajouter, pour l'année courante, un supplément de 24 millions de dollars. Quant à la Syrie, elle vient de toucher ce

* inscrits au budget.

mois-ci 10 millions de Livres pour son armée. Aucune donnée ne peut être obtenue sur les sommes versées au Fatah; on croit cependant savoir que les trois quarts du total que cette organisation touche proviennent de l'Arabie saoudite.

3) On sait que le roi Fayçal voue toute sa haine au communisme: d'une part parce que ce dernier est athée - ce qui ne correspond nullement aux conceptions religieuses du souverain - et, d'autre part, parce que le communisme constitue une menace réelle pour la péninsule arabe. En effet, à Aden s'est installé un régime communiste que le roi veut combattre. Depuis des années, il soutient financièrement et militairement les tribus du Yémen du Nord, afin qu'elles s'opposent au régime du Sud. Vous savez que ceci a donné lieu à certains affrontements aux frontières entre troupes du Sud et du Nord. Les relations entre Riyadh et Sana'a s'étant améliorées au courant de ces derniers mois, l'aide de l'Arabie saoudite passe maintenant par des canaux officiels. On estime qu'au cours des derniers 15 mois, l'aide saoudienne au gouvernement du Yémen du Nord a été de 260 millions de francs, non compris les livraisons d'armes et de pièces de rechange que les Russes ont refusé à Sana'a.

Le second pays menacé par le communisme d'Aden est le Sultanat d'Oman, par suite de l'activité des guerilleros dans le Dhofar, au Sud du pays. Aussi l'Arabie saoudite vient-elle d'initier son aide au Sultan par un versement de 52 millions de francs.

Le roi fait encore effectuer de nombreux autres versements qui ne figurent pas au budget et qui ne sont connus que de son entourage immédiat. Il est impossible de faire le compte du total de l'aide saoudienne à l'étranger. On l'évalue à environ 1,5 à 2 milliards de francs par année, ce qui correspond à 15 % du total du revenu pétrolier actuel.

M. VOGELBACHER

Bisherige und latente Entwicklung

Einsatz als politisches Druckmittel

1. Die Erdölvorkommen. 60 % der mit 85 Milliarden Tonnen nachgewiesenen Erdölvorkommen der Welt liegen im Mittleren Osten. Die Hälfte der Welterdölvorkommen findet sich im Gebiet um den Persischen bzw. Arabischen Golf. Die Erdölreserven Saudi Arabiens allein werden mit 20 Milliarden Tonnen, d.h. ungefähr 1/4 der Gesamtvorkommen, beziffert.

Die nachgewiesenen Vorkommen in Nordafrika betragen 7 Milliarden Tonnen.

Im Mittleren Osten und Nordafrika liegen somit rund 2/3 der Weltvorkommen an Erdöl. Zum Vergleich: die USA verfügen über rund 6 Milliarden, die UdSSR über 13 Milliarden Tonnen, West-Europa über 400 Millionen Tonnen in der Nordsee.

2. Die Erdölproduktion im Jahr 1971 betrug für den Mittleren Osten rund 800 Millionen Tonnen, das ist 1/3 der Weltproduktion. Mit der Produktion in Nordafrika betrug der Anteil an der Weltproduktion 1971 rund 1 Milliarde Tonnen, oder 40 %.

Vergleichen wir diese Produktionszahlen mit den beiden grössten Weltproduzenten, den USA und der Sowjetunion. 1971 produzierten die USA 532 Millionen Tonnen oder 20 %, die UdSSR 378 Millionen Tonnen oder 15 % der Weltproduktion. Daneben erscheint Europas Erdölproduktion (ohne Sowjetunion) mit 15 Millionen Tonnen völlig unbedeutend. Sie deckte ganze 2,5 % seines Verbrauchs von 650 Millionen Tonnen im Jahre 1971.

3. Entwicklung der Beherrschungsverhältnisse. Die Erdölausbeutung und ihre Kommerzialisierung liegt auch heute noch überwiegend in den Händen der 8 grossen Erdölgesellschaften, nämlich Standard Oil of New Jersey (ESSO), Shell, Texaco, Standard Oil of California (Chevron), Mobil, Gulf, British Petroleum und Compagnie française des Pétroles (TOTAL).

Folgende Wandlungen in den Beherrschungsverhältnissen sind zu verzeichnen: Etappenweise, vom reinen Konzessionsvertrag zum Konzessionsvertrag mit stiller Partnerschaft seitens der erdölproduzierenden Staaten schliesslich zum reinen Dienstleistungsvertrag zwischen Erzeugerstaat und den ausländischen Erdölgesellschaften und - als jüngste Entwicklung:

Der finanziellen Beteiligung der erdölproduzierenden Staaten am Aktienkapital der in ihrem Gebiet tätigen ausländischen Gesellschaften.

Die Konzessionsverträge. Der erste Konzessionsvertrag wurde 1901 zwischen der persischen Regierung und dem britischen Schürfexperten (Prospecteur) d'Arcy abgeschlossen. Dieser Vertrag diente in der Folge als Modell für alle während den 20er und 30er Jahren seitens der erdölproduzierenden Staaten den ausländischen Gesellschaften eingeräumten Konzessionsrechten, so in Irak, Bahrein, Saudi Arabien, Kuwait und Qatar. Die Konzessionsverträge sicherten den Gesellschaften unbestreitbar den Löwenanteil an der durch Förderung und Verkauf des Erdöls erzielten Gewinne. Die ersten Konzessionsverträge brachten den Regierungen der Erzeugerländer für lange Zeit durchschnittlich nicht mehr als 15 % der erzielten ausländischen

Gesellschaftsgewinne ein. Die Verträge zeichneten sich zudem durch die Einräumung grosser Konzessionsflächen aus (im Falle Iraks z.B. praktisch des ganzen Staatsgebiets), die lange Dauer - bis zu 80 Jahren und mehr, der Konzessionsvertrag der ARAMCO mit Saudi Arabien läuft z.B. bis 1999, derjenige der Kuwait Oil Company mit dem Staat Kuwait bis 2026, aus, ferner durch weitgehende Steuerprivilegien und quasi-territorialen Rechten der ausländischen Gesellschaften.

Nach dem 2. Weltkrieg, der zu einer ersten grösseren Produktionssteigerung im Mittleren Osten führte, bildeten die Konzessionsverträge Gegenstand zunehmender Angriffe seitens nationalistischer Kräfte in den Erzeugerländern. Die Allmacht der Konzessionsgesellschaften, welche in ihren Auseinandersetzungen mit den Gaststaaten oft mit Mitteln der Kanonenboot-Diplomatie unterstützt wurden, wurden als wirtschaftliche Ausbeutung und halb-koloniale Beherrschung empfunden. Saudi Arabien war 1950 - vom Beispiel Venezuelas 1948 inspiriert - der erste arabische Staat, der mit den ausländischen Gesellschaften die Konzessionsverträge auf der Basis der 50 %igen Gewinnbeteiligung abschloss. Irak und Kuwait folgten dem saudiarabischen Vorgehen noch im gleichen Jahr. Iran machte 1951, unter Ministerpräsident Mossadegh, einen für damalige Verhältnisse revolutionären Schritt: Es verstaatlichte die Erdölanlagen, musste jedoch schon zwei Jahre später wieder unter dem Druck der realen Machtverhältnisse zur Form der Konzessionsverträge mit 50 % Gewinnbeteiligung zurückgreifen. Die Erdölfelder verblieben aber bis auf den heutigen Tag Eigentum des iranischen Staates.

In den 50er und 60er Jahren revidierte oder neu abgeschlossene Konzessionsverträge schränkten die Ausdehnung der Konzessionsgebiete ein. Die Konzessionsrechte wurden im Unterschied zu früher nun nicht mehr an eine einzige, sondern an mehrere ausländische Gesellschaften gewährt.

Die stillen Partnerschaftsverträge führten Ende der 50er Jahre zu neuen Beziehungen zwischen Erzeugerländern und gewissen ausländischen Gesellschaften. Es waren amerikanische, von den grossen Monopolgesellschaften unabhängige, sowie europäische, in Staatseigentum befindliche Firmen, die sich die Bewilligung zur Ausbeutung der Erdölfelder durch günstigere finanzielle Bedingungen für die Erzeugerländer erkaufte. Das Beispiel der italienischen ENI (Ente Nazionale di Idrocarburi) unter ihrem damaligen Präsidenten Mattei, zuerst 1956 in Iran praktiziert, machte bald Schule in Saudi Arabien, Kuwait, Libyen und Aegypten. In Aegypten bestehen für die Erdölausbeutung bloss Partnerschaftsverträge mit den ausländischen Gesellschaften. Diese Vertragsart, rechtlich weiterhin auf Konzessionsverträgen beruhend, sicherte den Erzeugerländern in der Regel bis zu 75 % der Gewinne.

Die Dienstleistungsverträge als moderne, für die Erzeugerländer bisher vorteilhaftesten Verträge, gehen auf die Konzeption der französischen ERAP (Entreprise des Recherches et d'Activité Pétrolière) zurück. Der Unternehmer, d.h. die ausländische Gesellschaft, kommt voll für die Explorationskosten auf, während die nationale Erdölgesellschaft einen Beitrag an die Investitionskosten leistet. Erweisen sich die Bohrungen als rentabel, werden die Aufwendungen des Unternehmers voll vergütet. Eigentümer des produzierten Erdöls und der Anlagen ist die nationale Erdölgesellschaft. Der Unternehmer ist alsdann beim Verkauf des Erdöls für die nationale Gesellschaft als Makler auf einer Kommissionsbasis (2 %) tätig. Auch auf dem Gebiet der Dienstleistungsverträge ist Iran als Bahnbrecher zu bezeichnen. Es schloss 1966 den ersten derartigen Vertrag mit einer Gruppe der ERAP ab. Es wird geschätzt, dass den Erzeugerländern auf dieser Vertragsbasis 45 - 90 % der Gewinne zufließen. Allerdings ist zu bemerken, dass die Zahl der bisher abgeschlossenen Dienstverträge sich in bescheidenem Rahmen hält.

4. Die Schaffung geeigneter Organisationen seitens der Erzeugerländer zur Durchsetzung besserer finanzieller Bedingungen bei der Erdölausbeute war eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung der darauf gerichteten Politik.

Als Interessen- und Koordinationsgemeinschaft der erdölproduzierenden Staaten mit vergleichbaren Wirtschaftsstrukturen wurde 1960 in Bagdad die "Organization of Petroleum Exporting Countries", die OPEC gegründet. Zu den Gründerstaaten gehörten Irak, Iran, Venezuela, Saudi Arabien und Kuwait. Während Jahren von den grossen internationalen Gesellschaften ignoriert, hat sich die OPEC seit 1970 als bedeutendes Instrument namentlich auf dem Gebiet der Erdöl-Preispolitik erwiesen. Ihren ersten grossen Erfolg erzielte sie in ultimativer Form gegenüber den ausländischen Gesellschaften mit der Unterzeichnung der Abkommen von Teheran und Tripolis. Im Februar bzw. April 1971. Die Abkommen brachten den Golfstaaten eine durchschnittliche 33 %ige, Libyen gar eine 90 %ige Erhöhung der Erdölpreise.

Nach dem dritten israelisch-arabischen Krieg 1967 und im Zusammenhang mit dem damals von den erdölproduzierenden arabischen Staaten gegenüber dem Westen verhängten Erdöl-Embargo setzten Bestrebungen ein, im Gegensatz zur OPEC, eine ausschliesslich arabische Organisation zur Verfechtung der arabischen Erdölinteressen zu errichten. Im Jahre 1968 wurde in Beirut die "Organization of Arab Petroleum Exporting Countries", OAPEC genannt, mit Sitz in Kuwait gegründet. Im Gegensatz zur OPEC ist die "Organization of Arab Petroleum Exporting Countries" eine vorwiegend politische Institution, deren Ziel es ist, eine einheitliche arabische Erdölpolitik durchzuführen. Die OAPEC, zu deren Gründerstaaten die, in Anführungszeichen, reaktionären Staaten Saudi Arabien, Kuwait und das damals

noch monarchistische Libyen gehörten, ist bisher durch die Aufnahme, in Anführungszeichen, progressiver Staaten, so u.a. im März 1972 Ägyptens, Syriens und Iraks durch interne Belastungen und Auseinandersetzungen gekennzeichnet. Sie hat bisher keine wesentlichen Erfolge gehabt.

- Nach wie vor gehen die wirkungsvollen Impulse, namentlich im Sinne einer aggressiven Preispolitik, von der OPEC aus. Sie hat in bezug auf die Beherrschungsverhältnisse anlässlich der 24. OPEC-Konferenz in Wien vom Juli 1971 das Begehren gestellt, dass ihren Mitgliedstaaten am Kapital der ausländischen Erdölproduktionsgesellschaften eine 20 %ige Anfangsbeteiligung eingeräumt wird. Schon im Jahre 1968 hatte die OPEC als Konferenzergebnis in einer Erklärung festgehalten, Endziel ihrer Erdölpolitik sei die ausschliessliche Beherrschung der nationalen Erdölindustrie. Die ausländischen Gesellschaften haben im Oktober 1972 in New York in
5. einem Rahmenabkommen dem Prinzip der Aktienbeteiligung der erdölproduzierenden Staaten zugestimmt. Während die Golfstaaten sich vorläufig mit einer Ausgangsbeteiligung von 25 % und der stufenweisen Ausweitung auf 51 % bis zum Jahr 1982 begnügt haben, zielt Libyen auf eine sofortige Mehrheitsbeteiligung von 51 %. Algerien hat dieses Ziel bereits 1968 im Alleingang erreicht. Das Rahmenabkommen von New York räumt den nationalen Gesellschaften der Golfstaaten zudem - allerdings mit vorerst bescheidener Auswirkung - die Möglichkeit ein, die Eigenproduktion künftig selbständig zu kommerzialisieren. Die Angestrebte vollständige wirtschaftliche Kontrolle der arabischen Staaten über ihr Erdöl, d.h. die vollständige Uebernahme der ausländischen Produktionsgesellschaften, dürfte indessen - wenn nicht alles trügt - rascher vor sich gehen, als im Rahmenabkommen von New York vorgesehen. Sie könnte noch in diesem Jahrzehnt zur Tatsache werden, wobei auch das Problem der Kommerzialisierung eventuell unter Mithilfe der internationalen Gesellschaften auf der Basis von Dienstleistungsverträgen gelöst werden könnte.

Es ist darauf hinzuweisen, dass sämtliche OPEC-Mitgliederstaaten ihre eigenen nationalen Erdölproduktionsgesellschaften besitzen. Sie wurden entweder durch Verstaatlichungsmassnahmen oder durch Entzug früherer, den ausländischen Gesellschaften eingeräumten Konzessionsrechte begründet.

Erdöl als politisches Druckmittel

Aufgrund der Beteiligungsverhältnisse erstreben die erdölproduzierenden Staaten in erster Linie eine vermehrte Einflussnahme auf die Produktionsgestaltung, den Transport, Raffinierung und Verteilung, m.a.W. die wirtschaftliche Kontrolle über ihr Erdöl.

Erst die Verlagerung der Beherrschungsverhältnisse zugunsten der erdölproduzierenden Staaten schafft die Voraussetzungen für künftige, allfällig aussenpolitisch motivierte Entscheide der arabischen Regierungen in bezug auf die Erdölausfuhren. Von entscheidender Bedeutung ist die Stabilität der Regime in Saudi Arabien und Iran. Umwälzungen in diesen Staaten, d.h. die Uebernahme der Macht durch sogenannte progressive Kräfte könnten die Erdölbeziehungen zwischen Erzeuger- und Konsumentenländern auf eine vollständig neue Basis stellen und gleichzeitig dem Erdöl als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele vorrangige Bedeutung geben. Die Schlüsselposition nimmt Saudi Arabien ein. Die heterogenen Kräfte im arabischen Lager, dargestellt durch die sogenannten konservativen und fortschrittlichen Regime, lassen einen koordinierten Einsatz des Erdöls als Waffe zur Drucksetzung politischer Ziele zurzeit als wenig wahrscheinlich erscheinen. Indessen kann diesbezüglich eine Prognose auf längere Sicht nicht gestellt werden. Der libysche Präsident hat sich vor 3 Wochen zu dieser Frage in einem Presse-Interview wie folgt geäußert:

"Je doute que les pays pétroliers arabes adoptent une attitude sérieuse pour utiliser "l'arme du pétrole" dans la crise du Proche-Orient. Les pays arabes se leurrent l'un l'autre. Et si un pays arabe arrête le pompage du pétrole, son voisin s'empressera d'accroître sa production..." um anzufügen: "qu'il ne désignait pas ainsi uniquement le Koweit ou l'Arabie Saoudite, mais tous les pays arabes, même ceux qui se prétendent progressistes."

Diese Feststellung dürfte für heute und morgen zutreffen. Ueber das Uebermorgen kann man - wie gesagt - kaum Prophezeiungen wagen. In diesem Zusammenhang sei an die kürzlich veröffentlichten, alarmierenden amerikanischen Presse-Berichte über bestehende Engpässe in der Erdölversorgung der USA und ihrer künftigen Abhängigkeit von Einfuhren aus dem Mittleren Osten hingewiesen. In diesen Berichten wird behauptet, die USA müssten im Jahr 1985 rund 500 Millionen Tonnen Erdöl, d.h. die Hälfte ihres für jenen Zeitpunkt geschätzten eigenen Verbrauchs aus dem Mittleren Osten einführen (1970: 12,5 Millionen Tonnen), Washington indessen bestreitet m.W., dass die USA heute oder in naher Zukunft von einer Versorgungskrise bedroht sei. Künftige massive Erdöleinfuhren aus den arabischen Staaten seitens der USA ohne gleichzeitige entsprechende Produktionssteigerungen im Mittleren Osten, könnten die USA in die Rolle eines Rivalen des hochindustrialisierten Westeuropa drängen. Druckversuche seitens der arabischen Staaten auf die USA bei zunehmender Abhängigkeit vom arabischen Erdöl sind daher auf längere Sicht denkbar. Richten sich die Angriffe der sogenannten progressiven erdölproduzierenden arabischen Staaten auch in erster Linie gegen die USA als imperialistische Macht und Verbündeten Israels, sowie gegen die wirtschaftliche Monopolstellung der amerikanischen, weltumfassenden Erdölgesellschaften, so sind Europa und Japan damit keineswegs vor der Einstellung oder Kürzung der arabischen Erdöl-

lieferungen abgesichert. Die Abhängigkeit vom arabischen Erdöl stellt für Europa und Japan die verwundbarste wirtschaftliche Stelle in Frieden und Krieg dar. Für beide ist die Erdölversorgung lebenswichtig. Europa bezieht 80 % seiner Erdöleinfuhren aus dem Mittleren Osten und Nordafrika, Japan nahezu 90 % aus den Golfstaaten. Die Energieversorgung ist ein echtes internationales Problem.

Alles bisher Gesagte, bezieht sich auf die Friedenszeit. Ueber die Verletzlichkeit der Erdöltransporthäfen, der Erdölleitungen (Pipelines) und Raffinerien auf arabischem Gebiet im Falle eines bewaffneten Konflikts oder auch bloss einer intensivierten Guerilla-Tätigkeit und die Folgen dieser Verletzbarkeit braucht es nicht vieler Worte. Wo und wann der nächste Testfall für den Einsatz des arabischen Erdöls als politisches Druckmittel in seiner ganzen Aktualität eintreten würde, ist offensichtlich.

Fin de la séance : 12.50 h.

C. Séance du 5.5.1973

(début de la séance à 09 h.30)

12. Politique pétrolière (suite)

M. GRABER

pose trois problèmes:

- Les revenus tirés du pétrole en Arabie Saoudite augmentent; comment utilisera-t-on cet argent? Dans quelle mesure cette masse monétaire à placer risque de perturber le système monétaire international?
- La clef du problème pétrolier est en Arabie Saoudite. Le Secrétaire général de la Ligue arabe pense que, grâce au pétrole, l'unité arabe se fera. Dans quelle mesure le pétrole est-il un moyen de pression politique?
- Peut-on admettre que les puissances occidentales, les USA en particulier, se laissent acculer à la capitulation? On imagine mal une superpuissance comme les USA sans possibilité de riposte.

M. CASANOVA

donne quelques indications sur l'utilisation de l'argent en Arabie Saoudite. D'énormes sommes sont disponibles et les dirigeants de l'Arabie Saoudite se sont fait quelques idées sur la manière de les dépenser.

Le transport et le raffinage du pétrole se font par les Américains. L'Arabie Saoudite envisage de faire elle-même le transport et le raffinage. Le plan quinquennal en cours prévoit de nouveaux investissements. Le pétrole, comme seule ressource, ne suffit pas et il faut diversifier l'économie. Les Japonais construiront une industrie pétro-chimique contre paiement en pétrole. Tout étant importé de

l'étranger, le Roi a donné l'ordre d'étudier des projets agricoles qui utiliseraient certains montants.

Le réseau routier est excellent. Des aéroports sont en construction, aussi pour des motifs militaires. Il y a des projets de désalinisation de l'eau. L'instruction a été fortement développée.

L'Arabie Saoudite entend-elle financer massivement la guerre contre Israël? C'est l'opinion de certains, mais l'Arabie Saoudite s'oppose à l'entrée dans le pays d'éléments avancés étrangers.

M. THEVENAZ

à propos de la répartition des montants en trois catégories, pose la question de savoir dans laquelle des trois figurent les indemnités versées à l'Egypte pour compenser la fermeture du canal de Suez.

M. CASANOVA

répond que cela est mis dans la deuxième catégorie d'aide au titre de la guerre contre Israël.

M. FREY

constate qu'il s'agit avant tout d'un problème de développement. Tout tourne autour du problème des relations entre pays riches et pays pauvres.

M. THALMANN

Dem Oelproblem kommt grosse Bedeutung zu.

- 1) Vom wandernden Spekulationskapital (auf 90 Milliarden Dollar geschätzt), das bekanntlich zur Dollarabwertung beitrug, soll 1/3 aus Oelländern stammen. Diese Kapitalmasse kann zur Gefährdung der internationalen Währungslage führen.
- 2) Die erdölproduzierenden Staaten (OPEC) haben mit den Oelgesellschaften die Gespräche über Preiserhöhungen wieder aufgenommen. Sie sind sich ihrer Stärke bewusst, die Preise diktieren zu können.

- 3) Nach Information meines hiesigen Homologen macht Aegypten einen klaren Unterschied zwischen USA und Europa. Es wäre denkbar, dass die USA unter Druck gesetzt würden, Europa aber von diesen Massnahmen verschont bliebe.

M. GRABER

constate que les Arabes veulent tirer le maximum de profit du pétrole, car ils savent qu'ils tiennent le couteau par le manche. M. Riad va plus loin en disant que la sagesse consisterait à "fermer le robinet" et à obliger ainsi l'Occident (USA et Europe) à capituler.

M. HESS

erklärt, dass Israel jedes Problem daraufhin prüft, welches sein Einfluss auf Israel ist. Es glaubt, in der Oelfrage folgende Tendenzen feststellen zu können:

- 1) Wie das Exposé von Herrn Zwahlen - das er ausgezeichnet findet - und die Ausführungen der Kollegen gezeigt haben, hat das Oelproblem eine riesige Tragweite mit allen möglichen Konsequenzen für Produzenten und Konsumenten. Auf den Mittelostkonflikt hat es aber einen kleinen Einfluss. USA und Europa können genau gleich unter Druck gesetzt werden. Unabhängig vom Mittelost-Konflikt muss also eine Lösung gefunden werden. Die Sache ist in letzter Zeit in beschleunigte Bewegung geraten. Vor allem wollen die USA mit Energie dahinter gehen. Die Nixon-Erklärung wird in Israel ernst genommen, doch zeigt man keine grosse Besorgnis, dass das Erdöl-Problem für Israel schädlich werden könnte. Die Verflechtung USA-Europa ist bereits derart, dass Israel sich nicht vorstellen kann, es könnte bloss auf die USA und nicht zugleich auch auf Europa Druck ausgeübt werden. Eine Aufteilung der Repressalien scheint unmöglich.

Ein Programmpunkt Nixons ist, einen einheitlichen Energiemarkt USA-Europa zu schaffen, der weniger Angriffsmöglichkeiten bieten würde.

2) Die Tendenz, dass der Erdölproduzent sich auch in Raffinierung, Transport und Verteilung einschaltet, ist für Israel (übrigens auch für die USA) günstig. Dadurch kann weniger Druck ausgeübt werden, da sich der Produzent selber ins eigene Fleisch schneiden würde. Der Preis war schon seit längerem zu tief und hätte schon früher erhöht werden können.

Israel glaubt, dass Grossproduzenten wie der Iran oder Saudi Arabien nie Repressalien gegen die USA ergreifen werden, vor allem nicht der Iran. Es genügt, dass nur einer liefert, um eine Boykottmassnahme wirkungslos zu machen.

Die Situation in Israel ist so, dass die Sinai-Produktion den eigenen Verbrauch deckt. Allerdings ist die Qualität nicht sehr gut, kann aber trotzdem verwendet werden, da ein Austausch mit höherwertigen Produkten möglich ist.

Die Pipe-line funktioniert sehr gut. In Eilat legen dauernd Tanker mit Erdöl aus dem Golf (Iran) an. Zwei Pumpanlagen befördern es von Eilat ans Mittelmeer von wo es verfrachtet wird, z.B. nach Rumänien und Jugoslawien.

M. TURRETTINI

rapporte qu'il est significatif de voir que depuis un mois à six semaines les masses media semblent traumatisées par la situation. L'impression de certains est que la crise durera 15 à 20 ans jusqu'à ce que les USA trouvent une nouvelle forme d'énergie. L'administration Nixon pourrait vouloir une dramatisation de la situation pour pouvoir, le moment venu, faire pression sur Israël. Si les pays arabes peuvent faire front commun, ils arriveraient à un certain résultat, mais l'on constate un manque d'unité parmi des pays à régimes divers.

Les Américains supporteraient mal un rationnement de l'énergie. Washington en est conscient. Le rapport Nixon sur la politique

étrangère parle de l'amélioration et du rapprochement avec les pays arabes; cela est possible si, aux yeux des Arabes, les Américains ne donnent plus l'impression de partialité dans le conflit du Moyen-Orient.

A-t-on l'impression, en Arabie Saoudite, que le pays serait prêt à fermer les vannes pour faire pression?

M. VOGELBACHER

bewundert zwar die jüdische Intelligenz, aber der Schlüssel liegt nicht in Tel Aviv, sondern in Washington. Die USA-Gesellschaften erwarten eine weitere Produktionssteigerung (letztes Jahr von 227 auf 300 Millionen t) doch erklärte der saudiarabische Erdölminister, Produktionssteigerungen seien in Zukunft nur möglich, wenn dem Israel-Problem erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werde. Dies kann ein Warnschuss sein.

Die OECD befasst sich intensiv mit den Erdölfragen. In den arabischen Staaten herrscht die Sorge, dass dem OPEC ein Konsumentenkartell von Europa und USA entgegengestellt werden könnte. Heute ist es kaum wahrscheinlich, dass bei einem neuen Konflikt Saudi Arabien oder der Iran den Hahnen zudrehen würden. Aber wie sieht es wohl in 3 oder 4 Jahren aus? Jedenfalls werden die Entscheide nicht in Tel Aviv getroffen.

M. TURRETTINI

pense que l'on fera une distinction entre les USA et l'Europe. La thèse israélienne, par contre, est de tenter de démontrer que les Occidentaux seront mis dans le même sac.

M. GRABER

pense que la solidarité d'intérêt dans le domaine monétaire est telle que d'éventuelles mesures de rétorsion atteindraient tout le bloc économique occidental.

M. HESS

sagt, dass man von algerisch-amerikanischen Verhandlungen über ein Erdgas-Abkommen gehört hat. Wie kann Algerien solche Verhandlungen führen, wenn gleichzeitig die Arabische Liga eine anti-amerikanische Erdöl- und Erdgas-Politik vertritt?

M. VALLOTTON

déclare que le souci principal de l'Algérie est d'atteindre sa seconde indépendance, l'indépendance économique. Elle acceptera tout acheteur de gaz naturel, d'où qu'il vienne.

Les Algériens ont le sentiment de s'être mal pris d'avoir rompu les relations avec les USA. Récemment, le Président a tenu à recevoir M. Newson, spécialiste des affaires arabes au State Department, mais aucune mention n'a été faite de cette visite dans le communiqué. Un accord a été conclu pour la livraison de gaz naturel aux USA.

L'Algérie fait passer ses propres intérêts avant tous les autres.

13. Présence de la Suisse

1. Coopération au développement et aide humanitaire

M. FREY

A. Oekonomisches Potential

1. Bevölkerung

Die Situation ist sehr verschieden von Land zu Land :

In Aegypten hat sich die Wohnbevölkerung innert 10 Jahren von 1960 bis 1970 von 25,8 Millionen auf 33,3 Millionen erhöht, obwohl die nutzbare Fläche sehr gering ist. Die Bevölkerungsdichte ist mit 950 km² eine der höchsten der Welt. Die Wachstumsrate von 2,5 % geht langsam zurück, dank der behördlichen Geburtenkontrolle und insbesondere dank der wirtschaftlichen Entwicklung, die der Frau neue

Aufgaben gibt. Während das Prokopf-Bruttosozialprodukt mit US\$ 210.- tief ist, verfügt das Land über relativ viele qualifizierte Arbeitskräfte und eine technologisch geschulte Oberschicht. Hunderttausende finden so Arbeit im Ausland.

In Israel ist die Lage sehr spezifisch, weil die Bevölkerungszunahme vor allem von der Einwanderung herrührt und sehr viele geschulte Arbeitskräfte aller Stufen zur Verfügung stehen, die ein hohes Prokopf-Bruttosozialprodukt schaffen, aber auch fordern, was das Land sozialpolitisch verletzlich macht.

Libanon, Syrien und der palästinensische Teil von Jordanien haben ebenfalls eine Bevölkerung, die bereits in voller Entwicklung ist, während die andern Länder des Mittleren Ostens demgegenüber einen beträchtlichen Entwicklungsrückstand aufweisen und dünn besiedelt sind.

2. Landwirtschaft

Der Anteil des nutzbaren Bodens ist in den meisten Ländern klein, im Durchschnitt nicht mehr als 5 - 7 1/2 % der Gesamtoberfläche. Trotzdem stellt die Landwirtschaft die Hauptbeschäftigung der Bewohner dar, während die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Baumwoll- und Tabakverpackung, Fruchtkonservierung, Gemüse und Olivenöl) einen weiteren Teil der Bevölkerung beschäftigt. Getreide, Baumwolle, Tabak und Früchte sind die wichtigsten Erzeugnisse.

Verschiedene Gründe sind für die relativ geringe Leistungsfähigkeit verantwortlich: Landparzellierung, mangelnde Bewässerung, Versalzung der Erde, hohe Erdtemperaturen, mangelhafte Pestkontrolle. Aegyptens Landwirtschaft ist in bezug auf Intensität und Qualität führend. Die weitere Entwicklung wird jedoch dadurch erschwert, dass fast das ganze Nilwasser bereits genutzt und von Jahr zu Jahr mehr Dünger benötigt wird.

3. Industrie

In den letzten Jahren ist in Aegypten, Israel und Iran ein bedeutender Grad an industrieller Entwicklung erreicht worden. Dort gibt es Schwerindustrie-Betriebe, Montagefabriken für Fahrzeuge und elektrische Maschinen, abgesehen von zahlreichen Fabrikationsstätten für Textilien und leichte Konsumgüter. Aber auch in diesen Ländern bleibt für Kapitalgüter eine starke Importabhängigkeit.

In Irak, Syrien und Libanon bahnt sich eine industrielle Entwicklung an, die dank der Reichhaltigkeit an Arbeitskräften gute Aussichten hat.

Von grosser Bedeutung ist es, ob es gelingt, den innerregionalen Handel zu entwickeln und so den grenzüberschreitenden Verkehr von lokal hergestellten Industrieprodukten zu fördern.

4. Kapital

Die Erdölproduktion brachte unerwarteten Reichtum in einzelne Länder, die aber einen tiefen Entwicklungsstand haben und auf ausländische Arbeitskräfte und know-how angewiesen sind. Dank ihrer Devisenreserven können sich diese Länder die Einfuhr der notwendigen Konsum- und Kapitalgüter leisten und können Entwicklungsprojekte finanzieren.

Einige Nichterdölproduzentenländer ziehen dank ihrer geographischen Lage (Pipeline, Hafen oder Raffinerien) aus dem Erdöl Nutzen. Die meisten übrigen Staaten leiden an chronischem Devisenmangel und stossen durch zunehmende Auslandverschuldung auf abnehmende Kreditaufnahmemöglichkeiten im Ausland, wobei wiederum Israel ein Sonderfall ist.

Vergleichen wir die Prokopf-Bruttosozialprodukte der uns interessierenden Länder, so stellen wir fest, dass diese bei den erdölexportierenden Ländern von \$ 300.- (Algerien) bis \$ 3'760.- (Kuwait) variieren, bei den übrigen Ländern von \$ 80.- (Aethiopien und Arabische Republik Yemen) bis \$ 1'960.- (Israel).

Die Zuwachsrate des Prokopf-Bruttosozialproduktes von 1960 bis 1970 verzeichnet Extreme von -5 % (Süd Yemen) bis +20,4 % (Libyen). Die Zuwachsrate Aegyptens ist 1,7 %.

B. Verwendung des oekonomischen Potentials

Die Erdölproduzentenländer, die früher zusahen, wie das Rohöl von westlichen Gesellschaften gefördert und exportiert wurde, verlangen heute eine Beteiligung, und zwar nicht nur am Ertrag und Gewinn, sondern auch am Kapital und an der gesamten Geschäftsführung. Als Fernziel soll das Erdöl im eigenen Land raffiniert, mit eigenen Mitteln transportiert und verteilt werden. Auch die Verarbeitung der Nebenprodukte sollte im Land geschehen und zur Entwicklung der Wirtschaft beitragen. Dass dies technisch möglich ist, zeigen die in Aegypten, Algerien, Syrien und in Irak gemachten Erfahrungen. Allerdings setzt eine solche Industrialisierung eine wirtschaftliche Integration der arabischen Staaten voraus, denn oft sind es just die erdölreichen Staaten, die arm an Arbeitskräften sind. Als Extremfall kann das Beispiel Aegyptens und Libyens angeführt werden.

Gewisse arabische Erdölproduzenten ziehen es vor, ihre Devisenreserven nicht dem eigenen Land oder andern arabischen Ländern zur Verfügung zu stellen, sondern sie legen es in westlichen Ländern an, wo eine gewisse Rendite gesichert und das Risiko gering ist. Andererseits sind heute Bestrebungen im Gange, diese Erdölgelder zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten im arabischen Raum zu mobilisieren. Die kürzlichen Zusammenschlüsse arabischer und europäischer Finanzinstitute sind u.a. aus diesem Grunde erfolgt (Union des Banques Arabes et Françaises; European Arab Bank). Auch die Banque internationale in Kairo zielt in diese Richtung.

Alle Länder, und zwar die mit Kapitalüberschüssen, aber ungenügendem know-how und umgekehrt, sind nach wie vor auf ausländische Entwicklungshilfe angewiesen, wobei Israel wieder ein Sonderfall ist. Die Staaten sehen sich folgenden dringenden Aufgaben gegenüber:

- Verbesserung der Volksgesundheit, Familienplanung, Erziehung und technische Berufsausbildung. Reservoir an "latent Unterbeschäftigten" stellt eine wichtige Quelle zusätzlicher Produktion dar.
- Schaffung eines "Klimas", das für ausländische Investitionen anziehend wirkt.
- Rationelle Planung der Industrialisierung, wobei auf die Ansprüche und Aufnahmefähigkeit der Absatzmärkte im Ausland abgestellt werden muss. Mancherorts kann die Produktionskapazität der Betriebe nicht ausgenutzt werden, da die Absatzmöglichkeiten nicht abgeklärt oder falsch eingeschätzt wurden.
- Förderung der Dienstleistungen in allen Sektoren, vor allem im Tourismus, Gesundheitswesen, Transport und Verkehr.

Aegypten stellt im arabischen Raum ein politisches und wirtschaftliches Ausstrahlungszentrum dar. Es ist eines der wenigen Länder, die einen Binnenmarkt von einem gewissen Ausmass und trotz den durch den Krieg bedingten Lasten eine Binnen-Konjunktur mit bemerkenswert stabilem Preisgefüge haben. Tritt im Mittelostkonflikt eine Lösung ein, so wird der ägyptischen Innen- und Aussenwirtschaft eine bedeutende Rolle zufallen.

Demgegenüber ist Israel dank europäischer und amerikanischer Kapitalhilfe und Technologie eine kleine Grossmacht, die im Falle einer friedlichen Entwicklung der Region ebenfalls ein gewichtiges Wort mitzureden haben wird. Man sollte meinen, dass der Zugang zum arabischen Wirtschaftsraum für Israel vor allen andern Anliegen Vorrang haben sollte und dass hier die eigentliche Konfrontation mit der arabischen Welt stattfinden wird. Die enormen Möglichkeiten des Raumes und die Komplexität der Probleme, die sich mit der Eingliederung eines Fremdkörpers wie Israel in den Mittleren Osten stellen,

erfordern neue Konzeptionen und Denkmethoden, die im Moment offenbar auf beiden Seiten noch nicht entwickelt sind. Dies mag der tiefere Grund sein, warum keine Seite den Mut hat, die Lösung des Konflikts anzupacken.

Es ist daher von grosser Wichtigkeit, dass dieser Raum entwicklungs- politisch nicht sich selbst überlassen bleibt, sondern dass von aussen auf eine vernünftige und weitblickende Wirtschaftsplanung ein- gewirkt wird. Eine solche Hilfe, die weit mehr in Technologie und Planung als in Kapital - das zwar schlecht verteilt, aber doch vor- handen ist - bestehen muss, ist ein entscheidender Beitrag an die Befriedung dieses weltpolitisch zentralen Raumes. Die Länder des Mittelmeerraumes und damit Europas haben hier eine Aufgabe, die angesichts der Gefahr, dass die Grossmächte die Sache in die Hand nehmen, von grosser Bedeutung ist.

(Voir tableau - Annexe 2)

M. MARCUARD

Tout en désirant être aussi bref que possible, j'aimerais rappeler d'emblée ceci:

La coopération au développement et l'aide humanitaire internationale font partie intégrante de notre politique étrangère. De ce fait, elles prennent naturellement en considération l'ensemble de nos intérêts.

Cependant, elles sont aussi l'expression des sentiments de solidarité ainsi que d'une responsabilité sociale des pays les plus avancés vis-à-vis de ceux qui sont en retard, les uns et les autres faisant aujourd'hui partie d'une communauté de nations devenues étroitement interdépendantes. En outre, et par définition, la coopération au développement et l'aide humanitaire internationale doivent répondre d'abord aux priorités et aux besoins du partenaire en développement.

Si donc notre aide publique, considérée dans son ensemble, répond à l'intérêt général bien compris de notre pays, il ne convient pas toutefois qu'elle soit mise dans l'immédiat au service de visées politiques ou économiques spécifiques suisses.

Cette remarque liminaire faite, voici ce que nous avons fait jusqu'à présent pour les pays arabes:

Plusieurs tableaux vous ont été distribués, contenant des indications assez précises sur le volume des paiements déjà effectués en faveur des pays arabes au titre de la coopération technique et de l'aide humanitaire. Si nous prenons en considération pour les années 1973 et 1974 encore les actions en cours et les engagements déjà pris, il convient d'ajouter aux montants qui figurent dans ces listes une somme supplémentaire de 20 millions de francs. En outre, pour être complet, il conviendrait de tenir compte dans ce contexte aussi d'une

partie au moins de nos contributions à des organisations multilatérales de financement du développement et d'aide technique (AID, Fonds spécial de développement, PNUD). De ce qui précède ressort que nous faisons pour les pays arabes autant quant au volume que ce que nous faisons pour d'autres pays en voie de développement.

Quant à la forme des prestations publiques suisses dans cette région, elle me paraît judicieuse. L'aide humanitaire en effet prédomine. Sur un montant global d'environ 84 millions de francs étalé sur une douzaine d'années, l'aide humanitaire représente à elle seule 52 millions. Compte tenu de la situation politique dans cette partie du monde, et de l'attitude réservée de notre opinion publique vis-à-vis des pays arabes, c'est sans doute encore la forme d'aide qui "passe le mieux". Pour des raisons évidentes, les points de concentration de l'aide humanitaire dans les pays arabes ont été l'Algérie (guerre de l'indépendance, inondations fréquentes), la Jordanie, la Syrie, le Liban (aide aux réfugiés palestiniens le plus souvent par le canal de l'UNRWA) et le Yémen (guerre civile).

La coopération technique, elle, est intervenue à un moindre degré, 30 millions seulement, compte tenu de l'état de guerre latent existant entre Israël et les pays arabes et des déclarations faites à ce propos par le Conseil fédéral. Vous savez par ailleurs que la coopération technique concentre son effort sur les moins développés, c'est-à-dire sur les 25 pays les plus pauvres et sur ceux qui, immédiatement après, se situent entre 100 et 250 dollars de revenu par an et par habitant. Or, la moyenne pour les pays arabes est de 250 dollars, ceci sans prendre en considération Koweït. En outre, les moyens de certains pays de la région: Libye, Arabie Saoudite, Koweït, leur permettent de donner à leurs voisins une aide substantielle. MM. Zellweger et Casanova l'ont relevé dans leurs exposés. Les ressources de plusieurs de ces pays augmentent en outre rapidement: Irak, Algérie, Arabie Saoudite.

Ce sont ces diverses considérations qui expliquent le volume relativement limité des activités de la coopération technique dans les pays arabes. Ces activités se sont concentrées essentiellement sur la Tunisie. Quant aux actions entreprises en Algérie de 1962 à 1966, elles ont été menées à terme, de nouveaux projets n'étant pas mis en oeuvre pour les divers motifs que vous connaissez. J'ajoute encore que pour ménager notre opinion publique, nous ne soutenons ou ne réalisons dans ces pays que de petites actions; ceci suffit pour apporter la preuve à nos partenaires que notre pays n'applique pas, en ce qui les concerne, d'exclusive et qu'en principe les problèmes de développement nous intéressent partout. Encore par souci d'éviter d'attirer l'attention, nous recourons parfois dans cette région du monde à l'aide associée, forme d'aide moins individualisée en ce qui concerne le soutien accordé par le donneur bilatéral et qui, si les projets sont bien choisis, peut nous apporter des enseignements, des expériences fort utiles pour la poursuite de nos propres projets bilatéraux.

En ce qui concerne l'aide financière, une seule opération est en cours d'examen avec la Tunisie.

Quant à nos possibilités futures, elles ne sont pas réjouissantes. L'aide humanitaire pourra être poursuivie dans son cadre actuel. En ce qui nous concerne, le Parlement a bien augmenté le cinquième crédit de programme de la coopération technique de 50 %, mais le Conseil fédéral vient de décider - pour des motifs d'équilibre budgétaire - de réduire les crédits de paiements annuels inscrits au budget de la Confédération, qui nous sont indispensables pour pouvoir tenir les engagements que nous avons pris dans le cadre fixé par le Parlement. L'effet immédiat des réductions budgétaires qui nous sont imposées est encore aggravé par le fait que nous avons nous-mêmes au départ sous-estimé nos besoins en matière de paiements. Dès lors, il paraît très peu probable que nous puissions cette année et l'année prochaine entreprendre des projets nouveaux, c'est-à-dire des projets qui ne figurent pas aujourd'hui déjà dans notre programme d'action.

En ce qui concerne l'aide financière, la situation n'est guère meilleure. Là aussi règne l'incertitude; en outre, la procédure administrative et parlementaire à laquelle est soumise cette forme d'aide est extrêmement lourde, ce qui aura sans doute pour conséquence que cette nouvelle forme de coopération mettra plus de temps qu'on ne pense à déployer tous ses effets. Forme nouvelle de coopération au développement, l'aide financière est moins bien acceptée par notre opinion que la coopération technique. Il est dès lors difficile de se prononcer sur ses possibilités de développement.

Quant aux lenteurs de la coopération technique que certains d'entre vous ont constatées à leurs dépens, elles s'expliquent en partie par le fait que nous devons consacrer beaucoup trop de temps aux travaux fort complexes et malheureusement purement négatifs que nous imposent les coupes faites dans notre budget.

Je regrette que ce tableau soit sombre, mais j'ai pensé que mieux valait vous dépeindre la situation telle qu'elle est et non pas telle que nous voudrions tous qu'elle soit.

M. GRABER

pense qu'il était utile de faire allusion à ces difficultés budgétaires. Nous sommes effectivement dans un "Engpass" qui peut durer quelques années. La contrainte est le fait du gouvernement plutôt que du Parlement. La coopération au développement est nécessairement limitée; il faut empêcher une inutile dispersion des efforts, d'où la théorie des centres de gravité - nécessairement hasardeuse - qui s'explique historiquement. En effet, la coopération au développement

s'est implantée là où existaient déjà des missions, des colonies ou des institutions suisses. Ce qui importe, c'est la continuité de l'effort dans la concentration.

M. VALLOTTON

estime qu'il faut situer l'Algérie par rapport à sa position de pays qui se trouve dans une situation spéciale. L'indépendance politique doit être suivie de l'indépendance économique. De gros efforts de développement agricole ont été faits, mais aussi de développement industriel. Le pays cherche à s'aider lui-même et à faire des plans pour son propre développement, mais il est aux abois; il a un besoin énorme d'appuis de l'extérieur. Un tiers du budget est consacré à l'instruction.

Cette soif de moyens a amené l'Algérie à accepter de l'aide de partout, à mettre en pratique une politique de diversification de son aide. Du point de vue psychologique, il y a une grande sensibilité, de l'orgueil, car l'on accepte difficilement l'aide d'ailleurs; ainsi, l'aide d'Israël, même si cela était possible, paraît utopique.

A cause des efforts que l'Algérie fait elle-même, elle est particulièrement sensible à l'apport de l'extérieur. L'industrie suisse fait un apport énorme pour la formation. L'Algérie est sensible au fait que l'aide vient régulièrement de la Suisse. Cela représente l'idée que l'on se fait de notre pays.

Il y a deux façons de recevoir les Suisses à Alger: le Suisse privé est bien reçu, le Suisse officiel ne l'est pas. Si nous voulons trouver de la sympathie auprès des Arabes, nous devons nous ouvrir sur le monde arabe, mais pas faire un effort limité à certains seulement.

M. GRABER

fait remarquer que M. Grandjean (absent pour le moment) est d'un autre avis; d'après lui, rien ne serait plus faux que de faire des concessions sans contrepartie.

M. THALMANN

constate que les gestes faits à l'égard de l'Algérie n'ont mené à rien jusqu'à présent; une telle situation ne peut pas durer indéfiniment.

M. GRABER

précise que la guerre des ondes (Beromünster) a tout de même cessé, mais que l'événement est malheureusement passé inaperçu. C'est le contact humain qui est important; il s'agit de s'efforcer d'être compréhensifs et amicaux avec les Algériens.

M. DE TRIBOLET

fait part d'une expérience vécue au sujet d'un cas particulier, celui d'Elektrowatt.

M. GRABER

rappelle que lorsque l'opinion publique et le Parlement sont hérissés à l'endroit d'un pays à cause du contentieux, il est très difficile de faire bénéficier ce pays de notre aide au développement. Comme il est également malaisé de faire coïncider chaque fois coopération au développement et intérêts privés.

GELZER

meint, dass Geschäfte mit diesen Ländern gleichwohl gemacht werden. Es wäre interessant, die Zahlen der durch ERG gedeckten Geschäfte zu kennen.

M. MOSER

ajoute, pour compléter l'exposé de M. Marcuard, qu'il y a d'autres formes d'aide: les préférences, l'aide pour la promotion des exportations, la nouvelle loi sur la protection des risques à l'investissement, la garantie aux risques à l'exportation. Dans cette dernière catégorie, l'Algérie vient loin en tête, tandis que l'Egypte est en deuxième position et le Maroc

bon dernier. Le Maroc a raté le coche, car s'il s'était donné la peine de liquider le contentieux, il aurait pu bénéficier de crédits.

M. MARCUARD

fait part de son expérience en Algérie; il avait pu obtenir des possibilités d'apporter d'importantes affaires aux maisons suisses en développant les relations personnelles et en donnant de petits coups de mains. La difficulté est que nous n'avons rien à apporter sur le plan officiel.

M. VALLOTTON

se dit conscient de cet état de choses. Souvent, ce sont de très petits gestes - comme le "coup de main" donné à Helsinki - qui peuvent créer une ambiance favorable.

M. FREY

bemerkt, dass die Schweiz im Mittleren Osten auch ohne grosse Mittel einen nützlichen Entwicklungsbeitrag leisten könnte, und zwar mit Hingabe von "know how". Die Mittel sind ja lokal vorhanden, z.B. in Saudi Arabien, Libyen und in den Golfländern.

- Wäre es nicht möglich, dass der Delegierte für Technische Zusammenarbeit als eine Art Vermittlungsstelle für Fachkräfte wirken würde?
- Auch sollten sich die internationalen Entwicklungsinstitute einschalten und die Mittel aus den ölproduzierenden Ländern nutzbar machen. Auch in solchen Projekten sollten wir mit "know how" beitragen.
- Ferner ist ein schweizerischer Beitrag an "know how" auf dem Gebiet der Privatinvestitionen möglich. Ich denke vor allem an Tourismus und Hotellerie, wo wir führend sind und nützliches leisten könnten.

M. GRABER

pense que la question est effectivement de savoir si les Suisses apparaissent encore comme des experts, même dans leurs spécialités (tourisme, hôtellerie). Il est de plus en plus difficile de trouver de véritables experts.

M. STOUDMANN

déclare que le climat favorable créé par l'assistance technique a permis de débloquent les avoirs de Suisses en Tunisie.

M. HESS

sagt, es scheint, dass schweizerische Grossbanken im Entwicklungsfonds Kuweits eine gewisse Rolle spielen. Wäre es nicht möglich, unsere Grossbanken für eine Mitwirkung im Verwaltungsrat dieses Fonds zu gewinnen?

M. MARCUARD

répond, à propos de l'Algérie, que si l'on donne peu, on ne saurait attendre beaucoup. Il s'agit aussi de faire quelque chose de désintéressé à un moment donné.

M. MOSER

indique qu'en Algérie la porte est relativement ouverte, mais qu'elle a été fermée au plus haut niveau. En réponse à M. Frey, il rappelle que, dans notre Etat libéral, il est impossible, voire exclu, d'influencer les maisons suisses.

M. GELZER

Privat-Investitionen: Herr Moser hat die IRG erwähnt. Diese Institution, die seit 1970 existiert, ist seither recht wenig in Anspruch genommen worden. Bis Ende 1972 wurden ungefähr 12 Fälle behandelt. In 8 Fällen sind Garantien erteilt worden, worunter eine für Saudi Arabien (Zementfabrik Schmidheiny). Das Total-Engagement beträgt 60 Millionen Franken.

M. JACCARD

désire compléter les informations. Le Département politique et la Division du commerce ont engagé Elektrowatt à soumettre le cas du Maroc à la garantie contre les risques à l'exportation.

2. Communautés suisses

M. JACCARD

déclare qu'après les constatations qu'il a faites ces jours-ci, il a trouvé qu'il y a des problèmes variés sans dénominateur commun. Nous devons prendre des précautions et inciter les Suisses à le faire également. La 8ème révision de l'AVS apporte une amélioration importante pour les Suisses de l'étranger avec un délai forclusif jusqu'au 31 décembre 1973. Il est donc important de faire un effort maximum d'information. L'importance du fonds de solidarité réside dans le fait que la participation des Suisses de l'étranger aidera à la Confédération à ne pas devoir dépenser des sommes considérables pour les soutenir.

M. GRABER

remercie l'orateur précédent d'avoir insisté sur ce point, qui à plusieurs reprises a été soulevé par les Commissions de gestion. On leur répond que nos ambassades ne ménagent pas leurs efforts. A propos de la 8ème révision de l'AVS, vos ambassades sont-elles suffisamment renseignées? (Réponses affirmatives unanimes).

3. Nationalisations

M. GRABER

estime que le terme même d'indemnisation - l'expérience le montre - peut déployer des effets négatifs simplement comme mot. Nous devons faire preuve d'imagination et de souplesse.

4. Relations culturelles

M. GELZER

bemerkt, dass das Traktandum "Präsenz der Schweiz im Mittleren Osten" auch die kulturellen Beziehungen umfasst.

M. FREY

fügt bei, dass sein mit den kulturellen Aufgaben betrauter Mitarbeiter darüber ein Papier verfasst hat, das den Anwesenden zugeteilt wird (Annexe 3).

M. GRABER

ajoute que les Egyptiens ont enregistré avec plaisir les efforts faits à l'Université de Berne; la création d'un deuxième institut n'est pas exclue.

M. FREY

schlägt vor, wegen der vorgerückten Zeit, nur über einen Aspekt zu sprechen, nämlich über das Schweizerische Institut für ägyptische Bauforschung und Altertumskunde in Kairo. Es wird getragen von der Borchardt-Cohen'schen Stiftung in Schaffhausen, die 1931 durch den deutschen Aegyptologen Ludwig Borchardt gegründet worden war. Die Statuten sind so eng gefasst, dass keine philologischen Studien getrieben werden können. Verschiedene Versuche, das Institut auf Sprachstudien, Politologie und Soziologie auszudehnen, sind gescheitert, weil dem die Statuten entgegenstehen.

Professor Bürgel, der Berner Ordinarius für Islam-Wissenschaft, hat kürzlich in einer Umfrage an Orientalisten, Aegyptologen, usw. die Frage gestellt, ob sie ein Institut zur Förderung der Beziehungen zur arabischen Welt als wünschenswert erachten. Die Umfrage ist noch hängig.

Er erwähnt das Beispiel Hollands: Holland hat ein Institut mit moderner Orientierung. Es verbindet die Pflege der geistigen Vergangenheit mit modernen Problemen. Es dient mit seiner Bibliothek und seinen Arbeitsplätzen all denen, die hier Studien treiben möchten, nämlich Orientalisten, Soziologen, Politologen etc. Damit ist das Institut ein Zentrum des geistigen Austausches zwischen Holland und Aegypten, bzw. den arabischen Ländern im allgemeinen. Er fragt, ob nach Meinung der Anwesenden auch die Schweiz ein solches Institut schaffen sollte und ob Kairo der Ort dazu wäre, oder sie das Ganze für eine Utopie halten?

M. GRABER

se déclare enchanté à l'idée d'exporter quelques sociologues ou politologues au Caire... ou ailleurs.

M. DE TRIBOLET

dit que l'idée de M. Frey lui est sympathique. Autrefois, la France dominait dans la région, mais les relations de l'Algérie avec la France ont été envenimées par le manque de respect de l'être humain. Au Maroc, la situation est un peu différente, mais la liberté de mouvement des Marocains était limitée sous les Français. A l'indépendance, le Maroc fait venir des experts du reste du monde arabe, de la Syrie et de l'Algérie par exemple, mais comme ce sont souvent des éléments de gauche voués au renversement de la monarchie, le Maroc renvoie ces experts; cela a eu pour effet de ralentir l'arabisation et maintenant le Maroc fait à nouveau appel à des experts français.

Le Maroc n'est pas intéressé à recevoir de la Suisse. Il ne faut pas envoyer des conférenciers, des orchestres, etc. qui ne sont d'un intérêt que pour un public étranger. Il faut au contraire créer un climat de confiance et de compréhension en montrant notre intérêt pour le Maroc.

M. GRABER

pense qu'il sera difficile de définir la nature et le rôle d'un tel institut. Nous savons que les sociologues se sentent "appelés" à donner aux gouvernements des conseils sur le régime politique à choisir.

M. FREY

meint, dass Zeitgemässe Kulturpolitik ja nicht Kulturpropaganda bedeutet. Wie es auch das Auswärtige Amt in Bonn (Leitsätze für die auswärtige Kulturpolitik) definiert hat, soll Ziel der Kulturpolitik nicht bloss Information über die eigene Kultur sein, sondern auch Austausch und Zusammenarbeit. Nötig ist Offenheit und gegenseitiges Verstehen. Selbstverständlich gehört zu unserer Kulturpolitik auch das Nahebringen der schweizerischen Geisteswelt und kulturellen Werte. Aber Hand in Hand muss die Beschäftigung mit der Geisteswelt des Gastlandes gehen.

M. DE TRIBOLET

suggère de développer la formation de jeunes arabisants.

M. THEVENAZ

indique qu'à la veille du départ de Berne, M. Burckhardt a préparé un papier qui sera distribué ultérieurement.

M. STOUDMANN

rappelle l'idée de montrer une exposition de mosaïques de Tunisie, qui sera présentée en Suisse de septembre à décembre.

M. JACCARD

signale que la Commission de coordination pour la présence de la Suisse à l'étranger a envoyé un questionnaire à toutes nos ambassades, qui devrait permettre au Conseil fédéral de faire rapport sur une nouvelle conception de la présence suisse dans le monde. Jusqu'à présent, il a été constaté que la Suisse ne pouvait être présente partout; une sélection de pays est donc indispensable.

M. DE TRIBOLET

a étudié le questionnaire et il se propose d'être franc dans ses réponses. Cela le place dans le plus grand embarras, mais il estime qu'il est mal adapté au but. Il est peut-être adapté pour un pays de culture semblable à la nôtre, mais pas à des mondes qui nous sont étrangers. Les casiers obligent à plier des domaines qui sont trop flexibles. Il ne sortira rien d'utile de ce questionnaire.

M. GRABER

relève qu'un "mouvement de retour" est effectivement indispensable et encourage nos Ambassadeurs de faire connaître leurs remarques à la Centrale.

M. JACCARD

réplique que M. de Tribolet a constaté qu'il était inutile d'envoyer des conférenciers. Ce genre de constatation peut très bien se faire dans le questionnaire.

M. DUBOIS

parle de la présence de la Suisse au Moyen-Orient et dit qu'il ne faudra pas tarder à faire quelque chose dans les Emirats, parce que de grands intérêts économiques sont en jeu et nous ne devons pas manquer le coche.

M. GRABER

remercie tous les participants d'avoir pris part activement aux débats. Le dialogue, mené dans un cercle numériquement limité, a été très fructueux. Il s'estime fort satisfait de cette première conférence régionale, dont il clôt les travaux.

M. DUROIS

déclare que, comme aîné des ambassadeurs présents, il aimerait remercier et dire son appréciation pour cette réunion qui s'est déroulée dans une atmosphère détendue. Les contacts ont été agréables et la conférence est un succès.

(Fin de la séance à 12 h.15)

Exposé von Herrn Botschafter Langenbacher

(nicht unter den Konferenzteilnehmern verteilt)

Schwarzafrika und die Araber

1. Der Schwarzafrikaner steht der arabischen Welt, die ihm im Grunde genommen fremd ist, mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Die Beziehungen werden teilweise auch heute noch untergründig durch ein altes Herr-Knecht-Verhältnis bestimmt: Schwarzafrika hat die über tausend Jahre nicht vergessen, während denen die Araber in Schwarzafrika Sklavenjagd betrieben und Millionen Schwarzafrikaner verschachert haben. Viele Schwarzafrikaner glauben sich auch heute noch durch eine oft arrogante arabische Ueberheblichkeit an die tragischen Zeiten erinnert und deklassiert. Sie begegnen aber auch der erfolgreichen Expansion des Islams südwärts mit einem gewissen Misstrauen. Die Begriffe "Weissafrika" und "Schwarzafrika", die zwar wie die zwischen den beiden Afrikas stehenden Hindernisse teilweise Schöpfungen des Kolonialismus sind, leben heute noch und tragen hie und da, wenn auch versteckte, rassistische Züge.
2. Auch gewisse spezifisch-arabische Eigenschaften liegen dem Schwarzafrikaner nicht immer: Zwar erliegt auch der Schwarzafrikaner oft dem Wunschdenken; doch hat er etwa für die überschäumende Begeisterung des Arabers für eine Sache, von der er selbst genau weiss, dass sie unreal ist, oft nur ein mildes Lächeln übrig. Gleich ergeht es dem Schwarzafrikaner mit der den Arabern oft eigenen wild-aggressiven Rhetorik, die jeder realen Grundlage entbehrt und zum leeren Wortgeklingel wird.
3. Trotzdem sind viele Schwarzafrikaner einer "Vernunftsehe" und den arabischen Lockrufen dazu nicht abgeneigt. Wie lauten diese Lockrufe?

Ihr und wir sind Entwicklungsländer im Kampfe gegen Imperialismus und Neo-Kolonialismus. Wir Araber halten jedoch mit unserem Oel ein gewichtiges Wirtschaftspotential in Händen, von dem auch Schwarzafrika profitieren kann, und das als Druckmittel gegen die Industriestaaten, gegen Imperialismus und Kolonialismus, auch Euch nützen wird.

Oder: Wir beide führen unseren Befreiungskampf, wir gegen Israel, Ihr in Australafrika, auf beiden Fronten jedoch gegen denselben Feind. Hinter Südafrika stehen die gleichen Feinde unseres Kontinents wie hinter Israel. In dieser Situation ist unsere Solidarität ein Garant unseres beidseitigen Erfolges. Diese Befreiungskriege sind zweifellos eine nicht zu unterschätzende einigende Kraft. (In diesem Zusammenhang wird arabischerseits etwa gerne in Erinnerung gerufen, dass die arabischen Staaten über 40 % der Mitgliederbeiträge der OAU bezahlen. Auch namhafte à fonds perdu-Beiträge fließen mehr und mehr korrumpierend in schwarzafrikanische Taschen. In Tat und Wahrheit versucht jedoch jede Seite für ihre Zwecke ein Maximum aus dieser doch noch sehr zerbrechlichen weiss-schwarzafrikanischen Solidarität herauszuholen).

Hie und da wird auch China ins Feld geführt: der neue Freund China ist unser gemeinsamer starker Alliierter von Morgen, im Israelkonflikt und in Australafrika.

4. Mit Blick in die Zukunft sehe ich bei allen Zerwürfnissen eine Stärkung der arabisch-schwarzafrikanischen Solidarität. Die OAU wird zu dieser Schicksalsgemeinschaft, zu einem neuen "Kontinentalgefühl", einen wesentlichen Beitrag leisten. Erste Erfolge liegen bereits vor.
5. Auch der Islam wird dazu - in seiner imponierenden Einfachheit - nicht unwesentlich beitragen. Der Islam versteht es - wie ich im christlichen Aethiopien immer wieder erlebe -, über die verschiedensten Gegensätze hinweg, ein starkes Gemeinschaftsgefühl zu schaffen und damit ein Band zwischen Arabern und Schwarzafrikanern zu knüpfen. Auch wenn der Islam in erster Linie eine geistige Kraft ist, so kann er doch Träger poli-

tischer Macht werden. Zusammen mit den politischen Kräften, die am Werk sind, wird der Islam zweifellos ein gewichtiges Element des Aufbaus der neuen Gesellschaft des afrikanischen Kontinents sein.

Der Islam wird übrigens oft und nicht ohne Erfolg durch vereinfachende Formeln attraktiv gemacht, wie etwa:

- "Christentum = Kolonialismus und Imperialismus"
- "Islam = Damm gegen Kommunismus und Atheismus"
- "Bildung des Nationalbewusstseins dank Islam"
- "Kapitalismus und Kommunismus werden den geistig-moralischen Interessen der Dritten Welt nicht gerecht - der Islam bleibt die letzte Lösung".

Die Brücke zwischen Arabern und Schwarzafrikanern ist jedenfalls im Bau. Einer der Bausteine ist - wie von beiden Seiten immer wieder betont wird - die zwischen Nord- und Süd-Sudan erzielte Einigung.

ANNEXE 2

	Einwohner 1970 (Mio)	Brutto-Soz. Prod. 1970 Total Mio \$	p.Kopf \$	Zuwachsrate 1960 - 1970 Bevölkerung %	BSP %
Aegypten	33,329	6.870	210	2,5	1,7
Sudan	15,695	1.850	120	2,9	1,0
Marokko	15,495	3.600	230	2,9	1,0
Algerien *	14,330	4.270	300	3,1	1,7
Irak*	9,678	3.090	320	3,5	2,5
Saudi Arabien*	7,360	3.220	440	1,7	8,0
Syrien	6,098	1.750	290	2,9	3,4
Arabische Republik Yemen (Nord)	5,730	290	80	2,2	2,0
Tunesien	5,075	1.270	250	3,0	0,5
Libanon	2,726	1.610	590	2,5	0,5
Jordanien	2,317	570	250	3,5	2,9
Libyen*	1,940	3,420	1.770	3,7	20,4
Volksrepublik Yemen (Süd)	1,255	140	120	2,3	- 5,0
Kuwait*	760	2.850	3.760	9,7	- 3,5
Türkei	35,230	10.860	310	2,5	3,9
Aethiopien	24,625	1.880	80	2,2	2,8
Israel	2,910	5.690	1.960	3,2	4,7
Zypern	625	590	950	1,1	5,3
Schweiz	6,281	20.850	3.320	1,5	2,5

* Mitglieder der "Organization of the Petroleum exporting countries"

Zur schweizerischen Kulturpolitik in den arabisch-islamischen Staaten

(Lorenz Stäger, Kairo)

1) Vorbemerkung: Die folgenden Ausführungen beruhen auf Erfahrungen in Aegypten, dürften aber weitgehend auch für die übrigen arabisch-islamischen Länder zutreffen.

2) Definition einer zeitgemässen Kulturpolitik:

Die Definition des Deutschen Auswärtigen Amtes gilt auch für die Schweiz: "Auswärtige Kulturpolitik ist nicht nur Information über unsere Kultur, sondern auch Austausch und Zusammenarbeit... Was wir geben, ist nur soviel wert, wie unsere Bereitschaft zu nehmen. Offenheit für das andere ist daher ein Prinzip unserer auswärtigen Kulturpolitik" (Aus: Auswärtiges Amt, Leitsätze für die auswärtige Kulturpolitik, 1970).

3) Bedeutung der Kultur-Epochen in den arabisch-islamischen Ländern:

Unbestritten ist sicher die Bedeutung der antiken Kulturen Mesopotamiens, Aegyptens sowie der östlichen Mittelmeerküste (Phönizier). Weniger bekannt ist, dass die im Süden und Osten des Mittelmeeres gelegenen Randstaaten einen gewichtigen Anteil an den Leistungen der griechischen, hellenistischen, römischen und frühchristlichen Kultur haben (Alexandrien, römisches Karthago usw.). Noch seltener ist man sich bewusst, dass die islamisch-arabische Zivilisation (mit einem persischen Anteil) während etwa 700 Jahren die führende der Erde war, epochemachende Leistungen z.B. auf dem Gebiete der Naturwissenschaften und der Medizin (Blutkreislauf, Chirurgie usw.) aufweisen kann und die kulturelle und geistige Entwicklung des Abendlandes in hohem Masse beeinflusste.

4) Gegenwärtige Situation in Aegypten:

Eine grosse Anzahl von Aegyptern und Aegypterinnen - heute meist Leute in führenden Stellungen (z.B. die Sozialministerin Frau Rateb) - hat vor Jahren die Schweiz kennengelernt, an Schweizerischen Universitäten studiert und ausgezeichnete Beziehungen zur

Schweiz und ihrer Geisteswelt gepflegt. Dies gilt auch für andere Gebiete des öffentlichen Lebens, einschliesslich Sport (Tennis, Fussball etc.), wo früher ein enger und freundschaftlicher Austausch mit Aegypten bestand. Diese Kontakte sind im Laufe der vergangenen fünfzehn Jahre zusehends eingeschlafen, z.T. sogar abgebrochen.

Die Ursachen:

a) innenpolitische Vorgänge in Aegypten, insbesondere die Verstaatlichung von Handel und Industrie, was die schweizerische Präsenz in Aegypten weitgehend auflöste.

b) Abkühlung der politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Aegypten als Folge der nahöstlichen Auseinandersetzungen.

Die Hauptaufgabe unserer Kulturpolitik in Aegypten besteht folglich in der Reaktivierung der eingeschlafenen Beziehungen.

5) Hilfsmittel, um die schweizerische Kultur- und Geisteswelt in den arabisch-islamischen Staaten bekannt zu machen

a) Ausstellungen und Konzerte (regionale Organisation: vermindert die Reisekosten; arabische Texte und Beschriftungen können mehrmals verwendet werden), Vorträge, Sportveranstaltungen

b) Filme (Filmclubs, TV)

c) Verteilung von Unterlagen an Presse, Radio und Fernsehen

d) Informationsreisen (Journalisten, Angehörige der Kulturministerien etc.)

e) Stipendien, Gastvorlesungen, Dozenten auf Zeit (die Cairo University sucht z.B. einen jungen Schweizer Germanisten linguistischer Richtung).

f) Aktionen in Zusammenarbeit mit der UNESCO

g) Herausgabe einer für die arabisch-islamische Welt bestimmte Zeitschrift oder eines Jahrbuches (Idee von A. Theile)

h) Unterstützung von Friendship-Societies in den Gastländern, eventuell Anregung zur Gründung von solchen (Beispiel Aegypten)

6) Hilfsmittel zur Förderung des schweizerischen Verständnisses für die Werte der Kulturen in den arabisch-islamischen Ländern

Verständnis setzt ein gewisses Mass an Wissen voraus. Dieses - und damit auch das Verständnis - kann verbreitet oder gefördert werden durch:

a) Massenmedien

b) Ausstellungen über die verschiedenen kulturellen Epochen (z.B. Aegyptens: alt-ägyptisch - griechisch/römisch - koptisch - islamisch).

c) Koordination und Bestandesaufnahme der Arbeiten schweizerischer Gelehrter, die sich mit dem islamischen Orient befassen (vgl. den Bericht von Professor Bürgel, Bern).

d) Neuorganisation des Arabisch-Unterrichtes in der Schweiz, eventuell mit Schwerpunkt an einer Universität. Heute besteht in der Schweiz m.W. keine Möglichkeit, sich wirklich fundierte Kenntnisse über eine gesprochene arabische Sprache anzueignen.

e) Gründung eines Institutes im nahöstlichen Raume (z.B. in Kairo), das sich mit der arabisch-islamischen Welt in Gegenwart und Vergangenheit befassen und allen Fachrichtungen offenstehen würde. Es müsste zugleich der sprachlichen Ausbildung schweizerischer Studenten (ev. auch angehender Diplomaten) dienen. Als vorbildliches Beispiel sei das vor einiger Zeit eröffnete holländische Institut in Kairo genannt.

f) Finanzielle Beteiligung oder Vermittlung von know-how bei der Rettung und Konservierung von Altertümern in den Gastländern (vgl. unsere Beteiligung an der Rettung der Tempel von Abu Simbel und Philae), was befruchtend auf die Forschungsarbeit der schweizerischen Gelehrten wirkt und das schweizerische Interesse an den betreffenden Kulturen weckt.

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

3003 Berne, le 27 juillet 1973

a.726.1. - IN/mü

CONFIDENTIEL

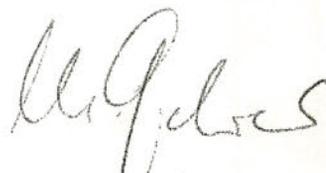
- Aux représentations diplomatiques à l'étranger
- A la Direction politique : Divisions I et II
- A la Direction du droit international public (3)
- A la Direction des organisations internationales (3)
- Au Délégué à la coopération technique (3)
- Au Service économique et financier
- Au Secrétariat politique
- Au Service des Suisses de l'étranger

- A la Division du Commerce (3)

Conférence régionale des Ambassadeurs,
le Caire, 3-5 mai 1973

Dans l'idée que le déroulement de la Conférence et des discussions pourraient vous intéresser, nous vous envoyons en annexe le compte-rendu de la Conférence régionale des Ambassadeurs qui a eu lieu au Caire du 3 au 5 mai 1973.

DIRECTION POLITIQUE


(Gelzer)